



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

77. Sitzung

Hannover, den 15. Oktober 2015

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 21:

Mitteilungen des Präsidenten 7581
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 7581

Zur Geschäftsordnung:

Jens Nacke (CDU) 7581
Grant Hendrik Tonne (SPD)..... 7582
Christian Dürr (FDP) 7583
Helge Limburg (GRÜNE)..... 7584
Björn Thümler (CDU) 7585

Tagesordnungspunkt 22:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/4365..... 7586

Frage 1:

**Wie bewältigt Niedersachsen die Flüchtlingskri-
se?**..... 7586

Angelika Jahns (CDU)..... 7586, 7597, 7599
Boris Pistorius, Minister für Inneres und
Sport..... 7587 bis 7627
Jörg Bode (FDP)..... 7596
Editha Lorberg (CDU) 7597
Dr. Max Matthiesen (CDU) 7600
Rudolf Götz (CDU)..... 7600, 7612
Thomas Adasch (CDU) 7601, 7619
Jan-Christoph Oetjen (FDP) 7601, 7605
Jens Nacke (CDU) 7602, 7615
Otto Deppmeyer (CDU) 7603, 7617
Heidmarie Mundlos (CDU) 7603
Karsten Becker (SPD) 7606
Bernd Lynack (SPD)..... 7606
Bernd-Carsten Hiebing (CDU) 7607

Volker Meyer (CDU) 7608, 7622
Reinhold Hilbers (CDU) 7608, 7627
Karl-Heinz Bley (CDU) 7609
Christian Grascha (FDP) 7609
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister
..... 7609, 7625
Rainer Fredermann (CDU)..... 7610, 7621
Burkhard Jasper (CDU) 7610
Gudrun Pieper (CDU)..... 7611
Clemens Lammerskitten (CDU) 7612
Ulf Thiele (CDU) 7612, 7624
Gabriela König (FDP)..... 7614
Dr. Marco Genthe (FDP) 7615, 7623
Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin
..... 7616, 7622, 7623, 7626, 7628
Lutz Winkelmann (CDU) 7617, 7625
Jörg Hillmer (CDU)..... 7617, 7624
Mechthild Ross-Luttmann (CDU)..... 7618, 7623
Björn Försterling (FDP) 7619, 7621
Heiner Schönecke (CDU)..... 7620
Sylvia Bruns (FDP)..... 7620, 7622
Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Ge-
sundheit und Gleichstellung
..... 7621, 7623, 7626, 7627
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin 7621
Annette Schwarz (CDU)..... 7622
Almuth von Below-Neufeldt (FDP).... 7626, 7627
Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 7626, 7627

*(Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 65, die nicht in der
77. Sitzung des Landtages am 15. Oktober 2015 be-
handelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in
der Drucksache 17/4430 abgedruckt.)*

Tagesordnungspunkt 23:

Abschließende Beratung:

**Für mehr Lehrkräfte, gegen drohenden Stunden-
ausfall: Mit einem Sofortprogramm den rot-grü-
nen Bildungsbankrott verhindern - guten Unter-
richt an allen Schulformen sicherstellen!** - Antrag
der Fraktion der CDU - Drs. 17/3829 - Beschluss-
empfehlung des Kultusausschusses - Drs. 17/4315
..... 7628

Kai Seefried (CDU)

..... 7628, 7630, 7632, 7636, 7639, 7641

Julia Willie Hamburg (GRÜNE) 7630

Heinrich Scholing (GRÜNE) 7631, 7632, 7640

Christoph Bratmann (SPD) 7633, 7635, 7636

Björn Försterling (FDP) 7637

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin

..... 7638, 7641

Björn Försterling (FDP) 7640, 7642

Beschluss 7642

(Erste Bratung: 70. Sitzung am 17.07.2015)

Tagesordnungspunkt 24:

**Neuregelung und Konzeptualisierung der Schul-
sozialarbeit in Niedersachsen** - Antrag der Frakti-
on der FDP - Drs. 17/4354 7642
Ausschussüberweisung..... 7642

Tagesordnungspunkt 25:

**Teilhabe ermöglichen - Zugang zu Bildung schaf-
fen** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4355..... 7642
Ausschussüberweisung..... 7642

Nächste Sitzung 7643

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Elke Westen (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport
Boris Pistorius (SPD)

Staatssekretär Stephan Manke,
Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister
Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Cornelia Rundt (SPD)

Staatssekretär Jörg Röhmann,
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt (SPD)

Staatssekretärin Erika Huxhold,
Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Olaf Lies (SPD)

Staatssekretärin Daniela Behrens,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Staatssekretär Horst Schörshusen,
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Justizministerin
Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Ministerin für Wissenschaft und Kultur
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Stefan Wenzel (GRÜNE)

Beginn der Sitzung: 9.03 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 77. Sitzung im 28. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtags der 17. Wahlperiode. Gemeinsam mit den Schriftführerinnen wünsche ich Ihnen einen guten Morgen!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Tagesordnungspunkt 21:

Mitteilungen des Präsidenten

Das Haus ist vergleichsweise gut besetzt. Deshalb dürfen wir bereits jetzt die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit einem Wortbeitrag von Herrn Nacke **zur Geschäftsordnung**. Bitte sehr!

(Detlef Tanke [SPD]: Völlig überraschend!)

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu einem Geschäftsordnungsbeitrag gemeldet, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, weil ich beantragen möchte, die Tagesordnung für heute zu ändern.

Wir schlagen Ihnen seitens der CDU-Fraktion vor, den gestern beratenen Tagesordnungspunkt 13, der anschließend an den Innenausschuss überwiesen wurde, erneut auf die Tagesordnung zu setzen, damit wir heute Gelegenheit haben, diesen Antrag abschließend zu beraten. Ich darf den Antrag kurz begründen.

Der Innenausschuss hat gestern Abend getagt und diesen Antrag auf die Tagesordnung genommen. Das war auch vernünftig und sinnvoll, weil schließlich die Entscheidung im Bundestag - und darum geht es ja in diesem Antrag - heute fallen wird und morgen der Bundesrat zu diesen Fragen Stellung nehmen muss und eine Entscheidung herbeiführen wird. Danach macht eine Beratung dieses Antrags keinen Sinn mehr.

Im Innenausschuss ist sehr deutlich geworden, wie sich die SPD und die Grünen zu diesem Antrag verhalten. Herr Watermann hat für die SPD in Aussicht gestellt, dass er dem zwischen CDU und SPD geschlossenen Kompromiss im Innenausschuss,

der heute im Bundestag zur Abstimmung steht und so aller Erfahrung nach auch verabschiedet werden wird, nicht zustimmen kann. Die SPD hat also dem Ministerpräsidenten an der Stelle die Gefolgschaft verweigert. Die Grünen machen das bereits seit längerer Zeit deutlich. Ich verweise nur auf das Studium der Zeitungen von heute.

Das ist ihr gutes Recht. Sie können das so machen. Das, was aber nicht richtig ist, ist, sich dann hinter Geschäftsordnungstricks zu verstecken, gestern deutlich zu machen: Nein, wir nehmen diesen Punkt nicht zur Abstimmung, wir nehmen ihn einfach von der Tagesordnung in der Hoffnung, dass er sich dann von allein erledigt. - Das ist parlamentarische Trickerei. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, wie Sie sich zu den Fragestellungen positionieren, die heute im Bundestag entschieden werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Besonders deutlich ist das gestern bei dem Wortbeitrag von Herrn Onay geworden, der noch einmal sehr deutlich gesagt hat: Es ist doch gut für uns, unsere Karten verdeckt zu halten. - Herr Onay, das ist nicht gut für Sie, sondern die Menschen haben einen Anspruch darauf, Ihre Position zu erfahren. Sie können und dürfen sie nicht verstecken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Miriam Staudte [GRÜNE]: Unsinn!)

Glauben Sie denn wirklich, Ihre Landesregierung, Herr Onay, hätte einen strategischen Vorteil, wenn Sie das Ganze hier - - -

(Belit Onay [GRÜNE]: Sie haben das aus dem Zusammenhang gerissen! -
Gegenruf von Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das macht er immer! Das macht er bewusst!)

- Ja, ich führe das ja gerade aus.

Sie haben doch den Eindruck erweckt - Sie können sich hier gern gleich zu Wort melden -, die Landesregierung hätte einen strategischen Vorteil, wenn sich der Niedersächsische Landtag an dieser Stelle heute nicht binden würde.

(Johanne Modder [SPD]: Hat er mit keinem Wort gesagt!)

Da sage ich Ihnen: Das ist nicht der Fall. Tatsächlich ist es doch so, dass Ihr Ministerpräsident hier

überhaupt keine Rolle mehr spielt. Niedersachsen gilt als unsicherer Kantonist,

(Johanne Modder [SPD]: Oh!)

Ihr Niedersächsischer Ministerpräsident, Herr Weil, gilt als durchsetzungsschwach, der seine Versprechen nicht einhalten kann, und Sie tragen die Verantwortung dafür.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Herr Watermann sagt: „Ja, das alles ist noch nicht entschieden. Das ist ja nur der Innenausschuss, das ist nur die Große Koalition, die sich dort geeinigt hat. Wer weiß, was alles noch passieren kann?“, dann sage ich Ihnen, Herr Watermann: Sie befinden sich nicht in guter Gesellschaft. Denn in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, in Hessen und in Hamburg hat man sich bereits in der Lage gesehen, sich zu dieser Fragestellung, zu dieser elementar wichtigen Fragestellung zu positionieren. Allein an der Seite Bremens befinden Sie sich; denn dort herrscht ein genauso großer Koalitionskrach zwischen SPD und Grünen, wie das hier in Niedersachsen der Fall ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen sage ich Ihnen abschließend und gebe Ihnen auch den dringenden Rat: Sie können doch nicht hinnehmen, dass einerseits auf der Titelseite der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* steht, dieser Minister gibt auf, dieser Minister zwingt die Kommunen, die Aufgaben des Landes zu übernehmen, und andererseits eine Seite später steht, diese Koalition ist nicht bereit, ihre Verantwortung auf Bundesebene zu übernehmen und wird im Bundesrat diesen Ministerpräsidenten zwingen, das Ganze abzulehnen, sich jedenfalls zu enthalten, wenn er sich nicht an das hält, was Sie eigentlich wollen. Bekennen Sie hier Farbe, damit die Menschen im Land wissen, was los ist! Nehmen Sie diesen Antrag auf die Tagesordnung, damit wir darüber abstimmen können, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege Nacke. - Ebenfalls zur Geschäftsordnung hat sich Herr Tonne, SPD-Fraktion, gemeldet. - Für alle gilt bei Geschäftsordnungsanträgen die Redezeit von fünf Minuten.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs möchte ich angesichts des Rahmens bei der Debatte, in der wir uns befinden, nämlich dass es sich um die größte Herausforderung für jedes einzelne Bundesland, auch für die Bundesrepublik, seit Jahrzehnten handelt, meinen herzlichen Dank an diejenigen ausrichten, die sich seit Tagen, seit Wochen, seit Monaten engagieren,

(Unruhe bei der CDU)

insbesondere an den Ministerpräsidenten und den Innenminister in dieser Situation.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Nacke, Ihr Redebeitrag offenbart ja dann im Laufe einer solchen Debatte immer die tatsächliche Absicht:

(Ulf Thiele [CDU]: Das süße Nichts! - Christian Grascha [FDP]: Immer die gleichen Textbausteine!)

Am Anfang der Hinweis, man müsse doch darüber reden, und dann im Zuge der fünf Minuten, die Sie hier gesprochen haben, wird klar: Es geht nicht um eine inhaltliche Debatte. Es geht nicht tatsächlich darum, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Abstimmungsverhalten wissen müssten. Es geht Ihnen um politische Spielchen. Das finde ich angesichts der Dimension das Verwerfliche dabei.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Immer die gleichen Textbausteine! Mein Gott, bekennen Sie sich doch mal! Das ist ja unglaublich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gilt genau das gestern Gesagte, nämlich dass auch heute weiter verhandelt wird, dass um einen tragfähigen Kompromiss gerungen wird.

(Zurufe von der CDU: Wo denn?)

- An jeder Stelle.

Die Aussage des Kollegen Thümler an dieser Stelle, es sei alles abschließend klar, ist schlicht falsch.

(Christian Grascha [FDP]: Quatsch!)

Überall ist Bewegung drin. In jedem Bundesland werden die Diskussionen geführt.

(Zurufe von der CDU: Wo denn? -
Christian Grascha [FDP]: Nur hier bei
Ihnen!)

Sich hier hinzustellen und zu sagen, es sei alles
fest, alles zementiert, ist schlicht falsch.

(Ulf Thiele [CDU]: Der Bundestag
stimmt heute ab!)

Sie müssen einmal feststellen: Es gibt mehr als
Schwarz-Weiß-Malerei. Das ist offensichtlich eine
völlig neue Erkenntnis.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Es wird
nicht mehr verhandelt! Das ist durch! -
Christian Grascha [FDP]: Das ist ba-
rer Unsinn, was Sie erzählen!)

Herr Kollege Nacke, ich verwahre mich auch mit
Nachdruck gegen diese Spielchen, Aussagen aus
Ausschüssen aus dem Zusammenhang zu reißen
und dann hier als absolut darzustellen. Herr Kol-
lege Watermann hat gestern ausdrücklich betont, er
habe eine persönliche Einschätzung insbesondere
zu der Frage: Darf man unangekündigte Abschie-
bungen als zwingend dort hineinverhandeln? - Ich
finde, es ist sein gutes Recht, dies auch genauso
als seine Aussage im Ausschuss kundzutun. Dar-
aus zu machen, man habe sich abschließend fest-
gelegt, ist abenteuerlich, Herr Kollege Nacke. Ich
weiß nicht, woher Sie das nehmen.

(Jens Nacke [CDU]: Er hat gesagt,
dass er das ablehnen würde!)

Das ist wieder das beliebte Spielchen, Satzbau-
steine herauszureißen und sie hier zu instrumenta-
lisieren.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]:
Peinlich! - Christian Dürr [FDP]: Was
wollen Sie? - Christian Grascha
[FDP]: Sie sind völlig regierungsunfä-
hig!)

Meine Damen und Herren, weil die Debatten eben
weiterlaufen, gilt das, was auch im Rahmen der
gestrigen Geschäftsordnung gesagt wurde: Es
besteht überhaupt kein Grund, die Tagesordnung
heute zu erweitern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Tonne. - Ebenfalls zur Ge-
schäftsordnung hat sich Herr Dürr für die FDP-
Fraktion gemeldet. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehr-
ten Damen und Herren! Herr Tonne, ich will es
Ihnen ganz offen sagen: Wir kennen Ihre Textbau-
steine bei Geschäftsordnungsdebatten mittlerweile.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Wir ken-
nen eure auch! Das ist genau das
Gleiche! - Weitere Zurufe von der
SPD und den GRÜNEN)

Der Dank an diejenigen, die sich zurzeit vor Ort
wirklich den Arsch für unser Bundesland aufrei-
ßen - auch wenn das jetzt vielleicht unparlamenta-
risch war -, ist wirklich fehl am Platze. Die fühlen
sich von Ihnen schlicht und einfach im Stich gelas-
sen, meine sehr verehrten Damen und Herren.
Das ist zurzeit die Realität vor Ort in Niedersach-
sen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei
der CDU)

Herr Tonne, ich will Ihnen noch etwas sagen: Die
Situation in Berlin ist total glasklar. Es gibt keinen
Nebel mehr. Der hat sich spätestens gestern
Abend gelichtet. Im Deutschen Bundestag, im
Innenausschuss des Deutschen Bundestags ha-
ben die Regierungsfractionen von CDU/CSU und
SPD gestern entschieden, und sie werden heute
im Deutschen Bundestag entscheiden. Ihre SPD
im Deutschen Bundestag in Berlin hat sich bereits
festgelegt. Wir erwarten, dass sich die Sozialde-
mokraten endlich auch in Hannover festlegen. Es
ist unerträglich, dass Sie sich an dieser Stelle im-
mer noch verstecken, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei
der CDU)

Herr Ministerpräsident Weil, ich will das auch ganz
persönlich in Ihre Richtung sagen: Sie haben sich
nach dem 24. September, nach dem Koalitionsgip-
fel in Berlin, für den Kompromiss, der dort errun-
gen worden ist und der heute im Deutschen Bun-
destag zur Abstimmung steht, im „heute-journal“
und in den „Tagesthemen“ abfeiern lassen. Genau
dafür!

Es ist unerträglich, dass Sie als Ministerpräsident jetzt nicht Farbe bekennen für Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Und in Richtung der Grünen: Wir haben vorgestern in der Aktuellen Stunde über das Thema TTIP gesprochen. Wir haben über die Frage von Transparenz gesprochen, darüber, wie Politiker mit Positionen umgehen und ob sie sie öffentlich äußern. Ich halte es für absolut unerträglich, dass sich Sozialdemokraten und Grüne heute hinter der Geschäftsordnung verstecken müssen und nicht öffentlich Farbe bekennen können, um 8 Millionen Niedersachsen ihre Position deutlich zu machen.

Sie sind seit dem heutigen Tage nicht mehr regierungsfähig. Jetzt ist das Ergebnis der Einstimmungsmehrheit sehr eindeutig, meine Damen und Herren.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dürr. - Es hat sich jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Limburg gemeldet. Bitte sehr!

(Ulf Thiele [CDU]: Jetzt redet der Schwanz, der mit dem Hund wackelt!)

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Zunächst, Herr Kollege Dürr: Wenn Sie hier anfangen, über angebliche Textbausteine zu diskutieren, dann muss ich sagen, Ihre Textbausteine sind geradezu legendär. Ich könnte weite Teile Ihrer Reden quasi mitreden. Das Spannende ist ja, Herr Dürr - für diejenigen, die schon in der letzten Legislaturperiode dabei waren -: Bei Ihnen hat sich im Vergleich zu Ihrer Regierungszeit auch nicht viel daran geändert. Das ist schon sehr bemerkenswert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Bei Ihnen aber schon!)

Meine Damen und Herren, in der gegenwärtigen Herausforderung tragen wir alle gemeinsam eine große Verantwortung.

(Christian Dürr [FDP]: Aber Sie übernehmen sie nicht! Sie übernehmen diese Verantwortung nicht! Darum

geht es! - Christian Grascha [FDP]:
Völlig regierungsunfähig!)

Ich möchte an dieser Stelle, Herr Kollege Dürr, ausdrücklich würdigen, dass CDU und FDP in der Tat mit ihrer Zustimmung zum gemeinsamen Kompromiss zum zweiten Nachtragshaushalt hier im Landtag auch an der Stelle gezeigt haben, dass sie bereit sind, mit uns gemeinsam diese Verantwortung für das gesamte Land zu tragen.

(Ulf Thiele [CDU]: Aber Sie nicht!)

Auch an vielen Stellen vor Ort zeigen Politiker aller im Landtag vertretenen Parteien, dass wir grundsätzlich gemeinsam bereit sind, diese Verantwortung zu tragen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: „Grundsätzlich gemeinsam bereit sind“: Was heißt das?)

Das begrüße ich ausdrücklich, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Aber die Opposition hat auch ein zweites Gesicht, und das sehen wir heute Morgen hier.

(Zuruf: Und Sie haben gar kein Gesicht!)

Sie versuchen nämlich, an anderer Stelle mit Geschäftsordnungstricks - und es sind Geschäftsordnungstricks von Ihnen, die Sie hier anwenden -, Klamauk zu veranstalten

(Christian Dürr [FDP]: Was?)

und Ihr altes Spiel weiterzutreiben, diese Regierung - wie auch immer geartet - zu beschädigen. Meine Damen und Herren, das lassen wir selbstverständlich nicht zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Grascha [FDP]: Der Ernst der Lage ist Ihnen offenbar gar nicht bewusst!)

Sie haben im Übrigen, Herr Kollege Nacke, Ihr Bedürfnis nach einer sofortigen Abstimmung dieses Antrags auch nicht, wie es sonst üblich ist, in der vergangenen Woche im Ältestenrat geltend gemacht. Dann hätte man darüber an anderer Stelle ganz anders diskutieren können.

(Christian Dürr [FDP]: Aha! Wann denn?)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich gibt es einen Anspruch darauf, dass das Abstim-

mungsverhalten öffentlich wird. Aber falls es Ihnen noch nicht aufgefallen ist: Die Sitzung des Bundesrats, die morgen stattfindet, Herr Dürr, ist öffentlich. Es gibt sogar einen Livestream im Internet.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wir sitzen im Landtag! - Jens Nacke [CDU]: Da sitzen nicht die Koalitionsfraktionen! - Christian Grascha [FDP]: Peinlich, peinlich!)

Sie müssen nicht einmal nach Berlin fahren. Selbstverständlich wird das Abstimmungsverhalten öffentlich und transparent werden.

Meine Damen und Herren, vorhin fiel der Begriff „unsicherer Kantonist“ in der Debatte. In der Tat gibt es bedauerlicherweise einen unsicheren Kantonisten in dieser Debatte, und zwar ist das Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der nicht in der Lage war, den erzielten Kompromiss tatsächlich in Gesetzestexte umzusetzen. Das ist das wahre Problem in dieser Debatte, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Grascha [FDP]: Lächerlich!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Dürr. - Herr Thümler, war das noch einmal zur Geschäftsordnung?

(Björn Thümler [CDU]: Ja!)

Zur Geschäftsordnung. Die CDU hat noch 36 Sekunden, aufgerundet eine Minute. Bitte!

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht nicht um Geschäftsordnungstricks, sondern es geht hier um Politik, meine Damen und Herren. Es geht um Ihre Verantwortung, die Sie übernehmen müssen, und wir wollen, dass Sie diese Verantwortung auch tragen.

Ich will Ihnen einmal sagen: Nachdem der Innenminister gestern in einer Unterrichtung von einem Notstand in Niedersachsen bei der Unterbringung gesprochen hat und dieser Baustein, der heute im Bundestag beschlossen wird und der morgen auch im Bundesrat beschlossen wird - es wird textgleich das Gleiche sein, weil es anders nicht geht - - - Das ist sozusagen der Ausfluss des Versagens, das Ihnen hier zur Last gelegt wird.

(Anja Piel [GRÜNE]: „Ausfluss des Versagens“: Was ist das denn?)

Deswegen: Stellen Sie sich dieser Verantwortung, und ducken Sie sich nicht weg, weil es doch unmöglich ist, dass ein Landesparlament nicht in der Lage ist, dazu etwas zu sagen, eine Meinung dazu zu haben, und sich hinter irgendetwas Nebulösem versteckt! Meine Damen und Herren, das geht nicht. Sie lassen diesen Ministerpräsidenten in der Luft hängen. Das ist doch Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Er muss morgen - morgen! - eine Entscheidung treffen, und er hat keine Basis dafür, weil Sie sich verweigern. Das ist doch nicht in Ordnung. Nun helfen Sie doch dem armen Mann, damit er überhaupt eine Chance hat, etwas zu machen.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Denn wer soll Niedersachsen denn noch ernst nehmen? Warum kriegen die das in Schleswig-Holstein hin, warum in Hessen, warum in Hamburg, warum in Nordrhein-Westfalen, warum in Baden-Württemberg? Sind die alle viel schlauer als Sie? Sind die alle vielleicht unmenschlicher als Sie? Oder was ist Ihr Problem? - Das ist doch die Kernfrage.

Deswegen: Überhöhen Sie sich doch nicht so, sondern stehen Sie zu dem, was auch die SPD-Bundestagsfraktion gestern im Innenausschuss mitgetragen hat! Das ist doch das Allermindeste, was man erwarten kann. Und auf dieser Grundlage wird morgen der Bundesrat beschließen, meine Damen und Herren.

Und deswegen: Nehmen Sie es auf die Tagesordnung, stellen Sie sich dieser Verantwortung, und ducken Sie sich nicht weg! Das wäre feige.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, das war die Debatte zur Geschäftsordnung.

Der Antrag der CDU-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 13 heute in die Tagesordnung aufzunehmen, geht auf § 66 unserer Geschäftsordnung zurück. Den Absatz 1 darf ich einleitend bemühen:

„Der Landtag kann, sofern nicht andere Vorschriften entgegenstehen, auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten oder auf Antrag einer Fraktion oder von mindestens zehn Mitgliedern des Landtags beschließen,“

- dann sagt die Nr. 1 -

„dass Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, beraten werden, es sei denn, dass eine Fraktion oder zehn Mitglieder des Landtags widersprechen.“

Ich habe die Wortbeiträge der Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen so verstanden - Sie haben sicherlich für Ihre ganze Fraktion gesprochen -, dass Sie dem Ansinnen widersprechen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

- Dann haben wir das so richtig verstanden.

Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion nicht zu verfolgen.

(Christian Dürr [FDP]: Absurd! - Christian Grascha [FDP]: Schauspiel!)

Damit wäre auch die Debatte zur Geschäftsordnung mit diesem Ergebnis erledigt, meine Damen und Herren.

Ich komme zurück auf meine einleitenden Bemerkungen zur Tagesordnung.

Wir wollen sodann die weitere Sitzung mit Tagesordnungspunkt 22 - Mündliche Anfragen - fortsetzen. Anschließend setzen wir die Beratung in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Die heutige Sitzung soll gegen 12.15 Uhr, vielleicht auch ein bisschen später, enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen die Schriftführerin Frau Tippelt mit.

Schriftführerin Sabine Tippelt:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Für die heutige Plenarsitzung liegen uns keine Entschuldigungen vor.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Ich komme jetzt zum

Tagesordnungspunkt 22:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/4365

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich, wie immer, als bekannt voraus. Man muss sich nur daran halten. Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich Sie, dass Sie sich schriftlich, in be-

währter Manier, zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen wollen.

Ich darf die Uhrzeit festhalten: Es ist jetzt 9.23 Uhr.

Ich rufe auf die

Frage 1:

Wie bewältigt Niedersachsen die Flüchtlingskrise?

Das ist eine Frage der Abgeordneten Jahns, Lorange und Focke. Diese Frage wird jetzt von Frau Jahns vorgetragen. Bitte sehr!

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf die Mündliche Anfrage der CDU-Fraktion vortragen: Wie bewältigt Niedersachsen die Flüchtlingskrise?

Seit mehreren Wochen kommen täglich bis zu 1 000 Asylsuchende auf verschiedenen Wegen und aus unterschiedlichen Staaten nach Niedersachsen, um hier Asyl zu beantragen. Dies stellt Kommunen, Bund und Land vor große Herausforderungen bei der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration der ankommenden Menschen. Ständig werden neue Notunterkünfte vom Land, den Kommunen und demnächst vom Bund eröffnet. Die Standorte der Landesaufnahmestelle sind mit jeweils mehreren Tausend Personen überbelegt. Medien und Polizei berichten von der Zunahme von Gewalt, Diebstahl und sexuellem Missbrauch in den Aufnahmestandorten und um die Aufnahmestandorte.

Die niedersächsischen Kommunen können kaum noch eine dezentrale Unterbringung nach der Verteilung auf die Kommunen gewährleisten und bringen die Flüchtlinge ebenfalls in Massenunterkünften unter. Lehrer in den Schulen beklagen fehlende Unterstützung beim Spracherwerb der Flüchtlingskinder. Die Registrierung der Asylsuchenden durch das Land hinkt bis zu zwei Monate hinterher. Das Stellen des eigentlichen Antrages auf Asyl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschieht noch später. Kommunen wie die Landeshauptstadt Hannover erwarten millionenschwere Haushaltsdefizite wegen ihrer Aufgaben bei der Flüchtlingsunterbringung.

1. Gibt es ein umfassendes aktuelles Konzept der Landesregierung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Niedersachsen?

(Jens Nacke [CDU]: Diese Frage ist eigentlich gestern schon beantwortet worden!)

2. Wie groß ist die Aufnahmekapazität Niedersachsens bei der Aufnahme von Flüchtlingen zum 30. September 2015?

3. Sieht die Landesregierung in der konsequenten Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern eines der Mittel zur Lösung der Krise?

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Jahns. - Für die Landesregierung antwortet der Innenminister, Herr Pistorius. Bitte sehr!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit mehreren Wochen kommen täglich bis zu 1 000 Asylsuchende auf verschiedenen Wegen und aus unterschiedlichen Staaten nach Niedersachsen, um hier Asyl zu beantragen. Dies stellt Kommunen, Bund und Land vor enorme Herausforderungen bei der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration der ankommenden Menschen.

Ständig werden neue Notunterkünfte vom Land, den Kommunen und demnächst vom Bund eröffnet. Die Standorte der Landesaufnahmebehörde sind mit jeweils mehreren Tausend Personen überbelegt. Medien und Polizei berichten von der Zunahme von Gewalt - - Ich lese gerade die Vorbemerkung von Frau Jahns vor. Aber niemand merkt es; auch gut.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber dieser Teil war ja auch unstrittig.

Vorbemerkung der Landesregierung: Niedersachsen steht - wie die anderen Bundesländer, die Bundesrepublik und ganz Europa - derzeit vor der Herausforderung, mit der seit Generationen größten Flüchtlingsbewegung umzugehen. Dabei liegt es für Deutschland und auch Niedersachsen in der historischen und moralischen Verantwortung, Flüchtlingen Sicherheit vor politischer Verfolgung und Krieg zu gewähren.

Angesichts der aktuellen Kriegs- und Krisengebiete rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach seiner Prognose vom 20. August dieses Jahres mit einem Zugang von etwa 800 000 Menschen, die in EASY registriert sein werden. Die anhaltend hohe Zahl der Flüchtlinge bis heute lässt befürchten, dass diese Prognose noch überschritten wird. Für Niedersachsen ergeben sich schon bis Ende September rund 60 000 Personen; dies ergibt hochgerechnet - ausgehend vom September mit allein 20 000 - bis Ende 2015 ca. 100 000 bis 120 000 Personen, meine Damen und Herren.

Das vordringlichste Problem vor dem Hintergrund dieser Zahlen sind dabei die anständige und - angesichts des bevorstehenden Winterhalbjahres - winterfeste Erstunterbringung sowie die hinreichende Versorgung der Menschen. Die Niedersächsische Landesregierung verfolgt wie schon in den vergangenen Monaten auch weiterhin das Ziel, die nicht winterfesten Plätze schnellstmöglich zu ersetzen. Hierzu werden weiterhin Container genutzt, weitere Notunterkünfte in feststehenden Gebäuden wie Kasernen errichtet und weitere Standorte für Erstaufnahmeeinrichtungen der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen eingerichtet. Hinzu kommt der Ersatz von Zelten durch sogenannte Mobile Homes.

Krisensituationen wie die hier beschriebene humanitäre Krise mit dem massiven Zulauf von bis zu 10 000 Personen nach Deutschland pro Tag, meine Damen und Herren, seit Anfang September können nicht mehr durch die regulären Kapazitäten, Organisationsformen und Organisationen bewältigt werden und erfordern ein angemessenes Handeln.

Seit Anfang September wurde deshalb im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport eine Besondere Aufbauorganisation aufgerufen, die maßgeblich durch das Kompetenzzentrum Großschadenslagen unterstützt wird. Hier werden im großen Umfang Unterbringungskapazitäten geplant und in sehr guter Kooperation mit den Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz hergerichtet und betrieben. Dafür an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für die Einsatzbearbeitung werden im Kompetenzzentrum Großschadenslagen kurz- und mittelfristige Planungen für die notfallmäßige Unterbringung erstellt. Dazu zählen vor allem die Akquise und Herrichtung von Notunterkünften zur akuten Unter-

bringung und die mittelfristige bauliche Ertüchtigung von Liegenschaften, um eine Aufnahme über die nächsten Wochen sicherzustellen. Der extreme Zulauf auch nach Niedersachsen führt zu einer sehr angespannten Lage und immer wieder auftretenden Engpässen, die mit viel Engagement aller Beteiligten bewältigt werden müssen und bewältigt werden.

Das Kompetenzzentrum Großschadenslagen kümmert sich um die Gesamtversorgung aller Notunterkünfte mit den benötigten Ausbildungs- und Verbrauchsmitteln mit einem eigens eingerichteten Landeszentrallager für den Katastrophenschutz. Daraus werden z. B. Artikel wie Matratzen, Bettdecken und Hygieneartikel an die inzwischen über 30 Standorte geliefert. Über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich im Schichtbetrieb im Kompetenzzentrum die ganze Woche über um die ankommenden Flüchtlinge und verteilen diese auf die Standorte in ganz Niedersachsen. Aktuell werden über 18 000 Notunterkunftsplätze zusätzlich zu den Kapazitäten der Landesaufnahmebehörde vorgehalten.

Ein Beispiel aus den letzten Tagen ist das weitläufige Camp Fallingbostal, das von den Briten geräumte Militärlager in der Lüneburger Heide. Die Briten haben sich hier sehr kooperativ gezeigt und dafür gesorgt, dass wir schnell - schneller, als ursprünglich geplant und erwartbar war - in diese Einrichtung einziehen konnten. Auch hier ein großes Danke für die viele Unterstützung!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Fallingbostal waren zuletzt 4 500 britische Militärs stationiert, die im Laufe des Jahres abgezogen wurden. Das Areal bietet viele leerstehende Häuser und Hallen, die nun als Notunterkunft genutzt werden sollen. Ein erster Teil des Geländes ist dazu mit großer Unterstützung der Bundeswehr bereits hergerichtet und wird seit Anfang Oktober genutzt. Aktuell sind so Kapazitäten für die Unterbringung von 1 600 Flüchtlingen in einer Notunterkunft geschaffen worden.

An dieser Stelle will ich wiederholen, was ich an anderer Stelle schon gesagt habe: Da gilt der Dank Niedersachsens und der Niedersächsischen Landesregierung auch der Bundesverteidigungsministerin, die hier sehr aktiv und sehr zuverlässig mit uns kooperiert und alle Möglichkeiten eröffnet, die sich bieten. Auf Bundesebene gibt es nämlich einen ausgeprägten Sinn dafür und versteht man sich darauf, konsensual und vor allem entschlossen

und geschlossen an diesem Thema zu arbeiten.

(Christian Grascha [FDP]: „Im Gegensatz zu hier“, hätten Sie noch ergänzen müssen! - Ulf Thiele [CDU]: Herr Minister, war das ein Hinweis an die Grünen?)

Weitere drei sogenannte Cluster des Areals stehen noch zur Verfügung und sollen noch weiter zur Unterbringung ertüchtigt und mit Unterstützung der Bundeswehr betrieben werden, sodass auf dem Gelände letztlich bis zu 6 000 Flüchtlinge untergebracht werden können.

(Ulf Thiele [CDU]: Das war ein Hinweis an die Grünen!)

Bereits seit Mitte September wird das direkt neben dem Camp Fallingbostal gelegene Camp Oerbbe als Notunterkunft genutzt. In der ehemaligen NATO-Kaserne sind mehr als 1 200 Flüchtlinge untergebracht und versorgt.

(Gudrun Pieper [CDU]: 1 263!)

- „Mehr als“ habe ich ja gesagt.

(Gudrun Pieper [CDU]: Gut!)

Ein Beispiel für die Hilfsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der ehrenamtlich Tätigen, der Katastrophenschutzdienste und auch der Kommunen ist die äußerst kurzfristige Herrichtung der ehemaligen Mackensen-Kaserne in Hildesheim. Sie ist Ende September dieses Jahres als Notunterkunft in Betrieb gegangen. Die Kaserne bietet heute 1 100 Unterbringungsplätze. Hier ist es durch tatkräftiges Handeln aller Beteiligten gelungen, notwendige Bauarbeiten und die Bestückung mit Matratzen und dem notwendigen Mobiliar in äußerst kurzer Reaktionszeit vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Über die aktuelle Situation berichtet das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport dem Niedersächsischen Landtag regelmäßig im Ausschuss für Inneres und Sport. Ich danke für die Gelegenheit dazu, das regelmäßig zu tun.

Die gegenwärtige Zuspitzung der Lage sowohl in Niedersachsen als auch in den 15 anderen Bundesländern und beim Bund zeigt, dass alle zielführenden Maßnahmen ergriffen werden müssen. Allein nach Niedersachsen kommen derzeit pro Tag mehr als 1 000 Menschen, die auf der Flucht sind.

Ich will das noch um aktuelle Zahlen erweitern. Allein im Zeitraum vom 25. September - als der Bund endlich die Koordinierung der Verteilung der Flüchtlinge, die in Bayern ankommen, übernommen hat - bis zum 7. Oktober sind über 7 000 Menschen nur über die Verteilung aus Bayern nach Niedersachsen gekommen; die Direktzugänge kommen noch obendrauf. In der Zeit vom 8. Oktober bis heute - also in einer Woche - sind alleine aus Bayern - nur über diesen Verteilmechanismus - weitere 4 558 Menschen zu uns gekommen; die Direktaufnahme in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen kommt auch hier noch obendrauf.

Um diese Flüchtlinge unterzubringen, haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen, in den Hilfsorganisationen, in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes, in den Ministerien, in den Landtagsfraktionen und in der Landesregierung Enormes geleistet und erhebliche Kraftanstrengungen geschultert, und zwar gemeinsam.

Allein seit September - nicht 2014, sondern 2015 - wurden bereits knapp 18 000 zusätzliche Notunterkünfte geschaffen. Bis Jahresende ist bereits jetzt die Einrichtung von mindestens 14 000 weiteren Plätzen geplant.

Das Land wird diese Anstrengungen fortsetzen, weiter verstärken und zusätzliche Instrumente entwickeln. Neben einer strategischen Kapazitätsplanung zählen dazu auch kurzfristige Akutmaßnahmen und Handlungsansätze, die die Kommunen einbeziehen.

So werden ganz unmittelbar - ich habe darüber gestern berichtet - zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ergänzend zu den im Auf- und Ausbau befindlichen Landeskapazitäten ab dieser Woche die Landkreise und kreisfreien Städte um befristete und vorübergehende Amtshilfe bei der Unterbringung der ankommenden Asylsuchenden ersucht.

(Jens Nacke [CDU]: Wie lange?)

Grundsätzlich werden dabei alle Landkreise und kreisfreien Städte in Anspruch genommen. Gebietskörperschaften, die bereits Standort einer Erstaufnahmeeinrichtung oder einer Notunterkunft sind, werden zunächst zurückgestellt - ein Gebot der Gerechtigkeit.

(Jens Nacke [CDU]: Wie lange, Herr Minister?)

Im Übrigen ergibt sich die Reihenfolge der Inanspruchnahme unter Berücksichtigung sonstiger im

Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylsuchenden bereits bestehender oder absehbarer Beanspruchungen sowie aus der Einwohnerzahl der jeweiligen Gebietskörperschaften. Geplant ist, dass sich die unmittelbare Zuweisung an eine Gebietskörperschaft, die von diesem vorübergehenden Schritt betroffen ist, ungefähr im Rahmen von jeweils täglich 100 bis 200 Flüchtlingen bewegt.

(Jens Nacke [CDU]: Wie lange ist „vorübergehend“?)

Um die Inanspruchnahme der Kommunen im Rahmen der Amtshilfe zeitlich und im Umfang auf das absolut Notwendige zu begrenzen, werden parallel dazu weiterhin mit Hochdruck zusätzliche Landesnotunterkünfte und neue Erstaufnahmestandorte gesucht und eingerichtet.

Darüber hinaus - - -

(Jens Nacke [CDU]: Wie lange, Herr Minister? - Gegenrufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Herr Nacke, warten Sie doch ab!

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment, Herr Minister! Keine Zwiegespräche!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Nacke, wir können das jetzt so machen oder anders.

(Jens Nacke [CDU]: Wie lange, Herr Minister?)

Ich gebe Ihnen die Antworten in meinen Ausführungen. Warten Sie es einfach ab!

Präsident Bernd Busemann:

Genau so!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Darüber hinaus hat das - - -

(Jens Nacke [CDU]: Sagen Sie etwas dazu! - Gegenruf von der SPD: Sie können doch eine Zusatzfrage stellen, Herr Nacke!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, geben Sie bitte einen Zettel ab, um eine Zusatzfrage zu stellen.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist eine entscheidende Frage! - Gegenrufe von der SPD)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Wissen Sie was, Herr Nacke? Wir können das gerne noch einmal aufdröseln. Wenn Sie von mir - - -

(Weiterer Zuruf von Jens Nacke [CDU])

Wenn Sie von mir - - -

(Anhaltende Zurufe von Jens Nacke [CDU])

Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, ich mahne Sie jetzt ab. Stören Sie bitte den Ablauf hier nicht!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Nacke, wenn Sie von mir konkrete Antworten zu Zeitabläufen verlangen, die nicht einmal die Bundeskanzlerin und der Bundesinnenminister geben können - - -

(Jens Nacke [CDU]: Ach du lieber Gott! Das ist doch *Ihre* Zuständigkeit!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, Sie kriegen jetzt einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sie haben offenbar immer noch nicht verstanden, in welcher Situation wir sind, Herr Nacke.

Darüber hinaus hat das Land - das will ich an dieser Stelle in Erinnerung rufen - bereits vor knapp zwei Wochen angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen den Kommunen den Vorschlag gemacht, Erstaufnahmeeinrichtungen gegen volle Kostenerstattung im Auftrag des Landes zu betreiben.

Das Modell sieht im Einzelnen vor, dass die Kommunen im staatlichen Auftrag die Erstaufnahme in Notunterkünften übernehmen und dafür vom Land eine kostendeckende Erstattung der damit verbundenen Kosten erhalten -

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

analog zu dem, was die Hilfsorganisationen von uns für das bekommen, was sie leisten. Außerdem soll bei der späteren Verteilung auf die Kommunen im Sinne einer schnellen Integration berücksichtigt

werden, dass bevorzugt diejenigen Flüchtlinge an einen Kreis oder eine Stadt verteilt werden, die sich dort bereits in der Notunterkunft aufgehalten haben.

Die gesetzlichen Aufgaben und die Zuständigkeit für die Erstaufnahme bleiben aber auch nach diesem Modell beim Land. Die Kommunen würden lediglich im Auftrag auf der Basis entsprechender Verträge für das Land tätig. Damit können die Kommunen die jetzt akut in Amtshilfe aufzunehmenden Flüchtlinge jederzeit in eine auftragsweise Unterbringung überführen - hätten das aber auch schon in den vergangenen 14 Tagen tun können -, für die dann das vorgenannte Verfahren und die pauschale Abgeltung aller entstehenden Kosten gilt.

Zu Frage 1: Gibt es ein umfassendes aktuelles Konzept der Landesregierung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Niedersachsen?

Die kurze Antwort lautet: Ja.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die lange folgt: Die Niedersächsische Landesregierung verfügt über ein umfassendes - - -

Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Joumaah zu?

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Ich dachte, wir sind in der Fragestunde.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Ja, da gibt es gar keine Zwischenfragen.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sie können gleich Fragen stellen, ich glaube zwei pro - - -

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Niedersächsische Landesregierung verfügt über ein umfassendes, aktuelles und ressortübergreifendes Konzept, um die enormen Herausforderungen, die mit den sehr hohen Zugangszahlen verbunden sind, zu meistern.

Dazu zählt auch die Anwendung der Instrumente des Krisenmanagements, soweit es um die sehr kurzfristige Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten in erheblicher Zahl geht. Neben den in der Vorbemerkung ausgeführten Maßnahmen zur Lösung der drängendsten und täglich akuten Probleme hat die Niedersächsische Landesregierung bereits eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen und bereitet weitere vor.

Der starke Anstieg der Flüchtlingszahlen erfordert eine Erhöhung der Kapazitäten der Landesaufnahmeeinrichtungen.

Das Land hat im letzten Jahr bereits die vorhandenen Kapazitäten an den Standorten Braunschweig, Bramsche und Friedland von 1 700 Plätzen auf gut 3 100 - ohne Zelte - erhöht. In diesem Jahre wurden weitere 500 Plätze durch die Installation und Inbetriebnahme von Großcontainersystemen an den Standorten Braunschweig und Bramsche geschaffen.

Eine vierte Erstaufnahmeeinrichtung ist für einen vorgesehenen Betriebsbeginn - in voller Größenordnung - Anfang 2016 in Osnabrück im Aufbau. Hierdurch sowie durch Anmietung von Hotels und Jugendherbergen, die Nutzung von Turnhallen und Zelten sind die Kapazitäten einschließlich der Notunterkünfte derzeit auf insgesamt mehr als 24 000 Plätze angewachsen - und nicht einmal das, wie wir wissen, reicht jetzt aus. Daher wird zum 1. November 2015 ein fünfter Standort in Oldenburg in Betrieb genommen. Außerdem wird die ehemalige Kaserne in Ehra-Lessien zum weiteren Standort der Erstaufnahme für 600 Flüchtlinge ausgebaut. Als neuer Standort soll Ehra-Lessien voraussichtlich im Frühjahr 2016 arbeiten. Aktuell wird das Gelände zunächst als Notunterkunft für Flüchtlinge genutzt.

Die Niedersächsische Landesregierung ist darüber hinaus mit Hochdruck dabei, bis zu drei weitere Standorte mit jeweils 500 Plätzen zu identifizieren. Hierzu werden derzeit Gespräche bzw. Verhandlungen bezüglich ehemaliger Kasernen in Cuxhaven-Altenwalde, Neu-Tramm und Aurich geführt.

Diese bereits seit fast zwei Jahren angespannte Lage führt in der Landesaufnahmebehörde zu einer überaus starken Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Niedersächsische Landesregierung hat auf personelle Engpässe in der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen in der Vergangenheit immer sofort reagiert und wird dies auch in Zukunft tun. So wurden sowohl im regulären Haushalt 2015 als auch im Nachtrags-

haushalt 2015 jeweils weitere Stellen für die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen vorgesehen, und auch im Haushaltsentwurf für 2016 sind weitere Stellen eingeplant. Im Ergebnis wird sich der Personalbestand der Landesaufnahmebehörde in zwei Jahren mehr als verdoppelt haben - von 280 auf fast 570, meine Damen und Herren.

Die Landesaufnahmebehörde ist über die Jahre mit abnehmenden Flüchtlingszahlen massiv geschrumpft. Das war richtig. Genauso richtig und wichtig ist, dass wir diese jetzt massiv ausbauen, um die Herausforderungen meistern zu können. Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innenministerium sind besonders belastet und benötigen dringend Unterstützung. Das Ministerium hat neben der Bewältigung der Unterbringungssituation vor allem die Aufgabe, innerhalb kürzester Zeit Strukturen für die neuen und in ihrer Dimension gewachsenen Aufgaben zu schaffen.

Die Krisenorganisation, mit der wir seit etlichen Monaten arbeiten, muss in eine dauerhafte Organisation überführt werden, weil uns diese Aufgabe, wie wir alle inzwischen - der eine früher, der andere später - verstanden haben, noch sehr lange beschäftigen wird. Dazu werde ich im Rahmen der Diskussion um die technische Liste im Haushaltsverfahren personelle und organisatorische Vorschläge unterbreiten, die bereits regierungsintern abgestimmt und in der Konsequenz am Ende unumgänglich sind. Auch für diese Maßnahmen werde ich um die Unterstützung des Hohen Hauses.

Die Höhe der jährlichen Kostenabgeltungspauschale beträgt aktuell laut Gesetz 6 195 Euro und wurde auf der Grundlage der Verhältnisse des Jahres 2013 ermittelt. Die kommunalen Spitzenverbände und die Kommunen erwarten daher eine Änderung der Kostenabgeltungsstruktur mit dem Ziel eines auf die geänderten, tatsächlichen Umstände angepassten finanziellen Ausgleichs.

Ich will das, was hier mehrfach ausgeführt worden ist, nicht wiederholen, nämlich was wir mit den Mitteln gemacht haben, die aus den Bund-Länder-Vereinbarungen nach Niedersachsen und in die Kommunen geflossen sind. Entscheidend ist: Wir befinden uns in guten und vor dem Abschluss stehenden Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden und werden, glaube ich, zu einem tragfähigen Ergebnis kommen.

Es ist allgemeiner Konsens, meine Damen und Herren, dass die Rückkehrpolitik ein wirksames und bewährtes Steuerungsinstrument der Migrationspolitik ist. Dazu gehören die Grundsatzfragen

der freiwilligen Rückkehr, der Rückkehrförderung, der Reintegration, der Rückführung und der Rückübernahme ausreisepflichtiger Personen durch ihre Herkunftsstaaten. Sowohl auf EU-Ebene - Rückführungsrichtlinie - wie auch im nationalen Bereich gilt der Grundsatz - das ist gestern erfreulicherweise noch einvernehmlich zur Kenntnis genommen worden -, dass der freiwilligen Rückkehr als der besseren Alternative einer Aufenthaltsbeendigung Vorrang vor einer zwangsweisen Rückführung einzuräumen ist.

Das Land beteiligt sich daher seit Jahren an diversen Rückkehrprogrammen und Hilfsmaßnahmen bzw. legt diese auch selbst auf. So sind z. B. mit Leistungen aus dem REAG/GARP-Programm im Jahr 2013 1 072 Personen und im Jahr 2014 1 553 Personen freiwillig auf dieser Grundlage ausgereist. Für die Zeit von Januar bis September dieses Jahres sind bereits 2 414 Förderanträge gestellt worden. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ist das eine Steigerung von nahezu 100 %.

Auch wenn Niedersachsen bereits sehr gut aufgestellt ist, ist es wichtig, die Förderung der freiwilligen Rückkehr weiter zu stärken.

Nach den bisherigen Erfahrungen gibt es bei der erforderlichen Schaffung bzw. Umrüstung von Gebäuden und Einrichtungen zu Erstaufnahmeeinrichtungen und Wohnraum zur vorübergehenden gemeinschaftlichen Unterbringung von Flüchtlingen auch landesrechtliche Anforderungen, die einer schnellen und auch finanziell vertretbaren Umsetzung in dieser besonderen Situation entgegenstehen.

Um die Unterbringung der großen Zahl von Flüchtlingen in Niedersachsen gewährleisten zu können, soll daher für einen befristeten Zeitraum von geltenden Regelungen und Standards gezielt abgewichen werden können.

Nachdem der Bund mit seinem Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes zeitlich befristete Erleichterungen im Bauplanungsrecht sowie in einem entsprechenden Umfang weitere punktuelle Erleichterungen hinsichtlich des Einsatzes erneuerbarer Energien im Gebäude schaffen möchte,

(Zustimmung bei der CDU)

sollen - neben den bereits vorgenommen vergaberechtlichen Erleichterungen - insbesondere auch landesrechtliche Regelungen im Bauordnungsrecht und im Denkmalschutzrecht für einen be-

grenzten Zeitraum bis Ende 2019 angepasst werden.

Ich füge hinzu: Alle diese Ideen, die in Berlin jetzt umgesetzt werden, sind im Grunde genommen nach der niedersächsischen Bundesratsinitiative entwickelt worden. Ich bedanke mich bei allen Akteuren auf Bundesebene dafür, dass das so schnell geklappt hat.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hierzu wurde der Entwurf eines Niedersächsischen Flüchtlingsunterbringungserleichterungsgesetzes erstellt, der als Entwurf der Regierungsfaktionen kurzfristig in den Landtag eingebracht werden soll.

Vergaberechtliche Erleichterungen sind im Hinblick auf die schon erfolgten Anpassungen in der Niedersächsischen Wertgrenzenverordnung durch das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr bereits erfolgt.

Zum Haushalt: Am 22. September hat die Niedersächsische Landesregierung einen zweiten Nachtragshaushaltsplanentwurf für das laufende Jahr beschlossen. Bereits im Juli 2015 wurden mit einem ersten Nachtragshaushaltsplan zusätzliche Mittel für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen bereitgestellt. Mit dem zweiten Nachtrag werden die Haushaltsansätze für das laufende Jahr noch einmal massiv erhöht.

Nachdem im Verhältnis zwischen Bund und Ländern seit dem Flüchtlingsgipfel am 24. September 2015 ein höheres Maß an Klarheit darüber besteht, hat die Niedersächsische Landesregierung umgehend Gespräche mit der kommunalen Ebene in Niedersachsen begonnen, die noch im Gange sind. Für die Kommunen ist im zweiten Nachtragshaushalt eine Vorauszahlung in Höhe von 250 Millionen Euro vorgesehen. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf des zweiten Nachtrags konnte der Betrag aufgrund der zusätzlichen Zahlung des Bundes in diesem Jahr noch einmal deutlich gesteigert werden. Diese Zahlung schafft Liquidität und entlastet die Kommunen wenigstens in diesem Feld im Vorgriff auf die möglichen Änderungen des Aufnahmegesetzes, die derzeit Gesprächsgegenstand mit den Kommunalen Spitzenverbänden sind.

Insgesamt zahlt das Land 2015 an die Kommunen einen Betrag von 119 Millionen Euro aus der Erstattung nach bisheriger Rechtslage. Weitere 120 Millionen Euro gehen in Richtung Kommunen als Soforthilfe und 44 Millionen Euro als Erstattung für

unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. In der Summe sind das rund 283 Millionen Euro, die vom Land an die Kommunen geleistet werden. Das sind 100 Millionen Euro mehr, als das Land vom Bund in diesem Jahr erhält, meine Damen und Herren. Das spricht eine deutliche Sprache.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hinzu kommt die Vorauszahlung an die Kommunen in Höhe von 250 Millionen Euro, die ich gerade erwähnt hatte.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist nur eine Vorauszahlung!)

Ein vergleichbar großer Ausgabenblock wird für die landeseigenen Maßnahmen gestemmt - auch das darf in Erinnerung gerufen werden -, und zwar ohne Bundesmittel, sondern allein aus eigenen Landesmitteln. Der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen werden in diesem Jahr insgesamt über 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen 80 Millionen Euro für notwendige Baumaßnahmen. Weitere 25 Millionen Euro werden über den Grundhaushalt 2015 hinaus zusätzlich bereitgestellt, insbesondere für die Integration der Flüchtlinge durch Maßnahmen der Sprachförderung oder Flüchtlingssozialarbeit.

Die Dynamik, meine Damen und Herren, ist weiterhin ungebrochen und enorm. In dieser Lage vollzieht die Niedersächsische Landesregierung mit dem zweiten Nachtragshaushalt - auch dank Ihrer Unterstützung - einen finanziellen Kraftakt. Dies wird auch für den Haushalt 2016 gelten. Wir sind nicht am Ende des Weges, sondern am Anfang.

Hier wird es im Rahmen der parlamentarischen Beratungen noch einigen Nachsteuerungsbedarf geben. Das betrifft neben der Justierung der Anteile von Bund, Ländern und Kommunen auch die Zukunft der Notaufnahmekapazitäten. Hierfür wird ebenso eine Anschlussfinanzierung erforderlich sein wie für die anderen dringenden Maßnahmen, die mit dem zweiten Nachtrag 2015 angeschoben werden.

Stichwort Sprachförderung: Mit Blick auf den Kulturbereich hat die Niedersächsische Landesregierung ein umfassendes Konzept erarbeitet, um den Flüchtlingskindern und den jugendlichen Flüchtlingen ein gutes Lernumfeld zu bieten. Dabei ist Sprache der Schlüssel zur Bildung, und deshalb ist Sprachförderung jetzt die wichtigste Aufgabe. Ziel ist es, die Kinder und die jugendlichen Flüchtlinge

so schnell wie möglich in die Lage zu versetzen, integriert am Unterricht in der Klasse teilzunehmen.

(Ulf Thiele [CDU]: Sagen Sie das mal der Kultusministerin!)

Sprachförderung und der Umgang mit Vielfalt ist Teil des Systems, meine Damen und Herren. Dies hat das Kultusministerium mit dem Runderlass „Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache“ vom 1. Juli 2014 bereits ein Jahr nach dem Regierungswechsel vorausschauend und verbindlich geregelt.

Finanzmittel im Umfang von mehr als 700 zusätzlichen Stellen für die Förderung von Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen in Schulen sind im laufenden und kommenden Haushaltjahr für das Kultusministerium vorgesehen. Rund 10 Millionen Euro sollen im zweiten Nachtragshaushalt 2015 bereitgestellt werden, rund 40 Millionen Euro zusätzlich im Haushalt 2016. Mit den zusätzlichen Ressourcen sollen namentlich Sprachfördermaßnahmen an allgemeinbildenden und an berufsbildenden Schulen erweitert und ausgebaut werden.

Die zu Beginn des Schuljahres bereits auf rund 300 erhöhte Zahl der Sprachlernklassen wird angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen um weitere 250 auf ca. 550 Sprachlernklassen ansteigen. In diesen Klassen können so mehr als 8 800 Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse auf den Regelunterricht vorbereitet werden - ein wichtiger Schritt.

Für weitere Fördermaßnahmen wie Sprachförderkurse, Sprachförderunterricht, Sprachförderkonzepte und vorschulische Sprachförderung soll der Umfang der Lehrerstunden um mindestens 7 500 Stunden erhöht werden, das sind rund 250 Stellen. Bis zu 20 Stellen von diesem Kontingent sind vorgesehen, um eine Beschulung und Betreuung von Flüchtlingskindern in Erstaufnahmeeinrichtungen zu ermöglichen.

Ferner ist zur Unterstützung der Lehrkräfte vorgesehen, mehr sozialpädagogische Fachkräfte für die schulische Sozialarbeit zur Integration junger Flüchtlinge vor allem an Ganztagschulen einzusetzen. Es handelt sich hierbei um 100 Stellen.

Die berufsbildenden Schulen werden ebenfalls mit 100 zusätzlichen Stellen ausgestattet. Für die Schulen wird ein Schulversuch eingerichtet mit dem Ziel, jugendliche Flüchtlinge möglichst schnell

und intensiv mit der deutschen Sprache, dem Kultur- und Berufsleben vertraut zu machen.

Den Schulen wird neben dem bereits bestehenden Berufsvorbereitungsjahr damit die Möglichkeit gegeben, im Sinne eines Kompetenzzentrums in dieser Situation angemessen und flexibel zu agieren und auf diese Weise auch jungen Flüchtlingen unabhängig von der Schulpflicht eine Teilnahme zu ermöglichen - auch das ein ganz, ganz wichtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Niedersächsische Landesregierung steht - das muss nicht betont werden, aber darf in einer solchen Sitzung ruhig betont werden - für eine zukunftsorientierte Flüchtlings-, Asyl- und Ausländerpolitik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese umfasst u. a. Konzepte für die Unterstützung der Kommunen bei der Aufnahme der Flüchtlinge, sichert Beratungsstrukturen und unterstützt das ehrenamtliche Engagement vor Ort.

Bereits im Jahr 2014 wurden landesweit „Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe“ auf der kommunalen Ebene eingerichtet. Zweck ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und einer chancengerechten Teilhabe in unserem Flächenland Niedersachsen sowie die landesweite Etablierung eines lokalen Migrations- und Teilhabemanagements für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Damit wird ein Ziel verfolgt, das klar formuliert ist, nämlich die Umsetzung einer zukunftsorientierten Migrations- und Teilhabepolitik des Landes Niedersachsen als einer gesellschaftlichen Querschnittsaufgabe unter Einbeziehung aller Menschen in Niedersachsen zu steuern und durch Festlegung gemeinsamer Standards nachhaltig zu gestalten. Ziel ist auch eine noch bessere Vernetzung der Gebietskörperschaften auf Landkreisebene, um den Austausch und die Zusammenarbeit der kreisangehörigen Kommunen in diesem Bereich zu erhöhen.

Über eine Richtlinie fördert das Land seit 2014 landesweit Koordinierungsstellen im Umfang von 1,44 Millionen Euro jährlich. Von 48 antragsberechtigten Gebietskörperschaften haben in diesem Jahr 47 eine solche Koordinierungsstelle einge-

richtet und erhalten die entsprechende Förderung einer halben Personalstelle.

Durch die Migrationsberatung, also die vom Land geförderte Beratung im Rahmen der Flüchtlingssozialarbeit sowie die allgemeine Arbeit der Integrationsberatungsstellen, wird ein flächendeckendes Beratungsangebot für zugewanderte und zuwandernde Menschen als Ergänzung zur vom Bund finanzierten Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und den Jugendmigrationsdiensten gewährleistet.

(Jens Nacke [CDU]: Sie können aufhören, die Stunde ist um!)

- Wenn Sie eine so umfassende Frage stellen, bin ich in der Pflicht, Ihnen eine umfassende Antwort zu geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Um den Beratungsstandard angesichts der anhaltend hohen Zugangszahlen annähernd halten zu können, ist eine wesentliche Erhöhung der Haushaltsmittel für die Migrationsberatung und somit eine Ausweitung der bestehenden oder Einrichtung von neuen Beratungsstellen zwingend notwendig. Diesem Bedarf wird durch den zweiten Nachtragshaushalt 2015 Rechnung getragen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Zu spät, Herr Minister!)

Die fortgesetzte Förderung der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen leistet einen ganz wichtigen Beitrag zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Potenziale auf kommunaler Ebene. Es ermöglicht die Professionalisierung der freiwilligen Migrationsarbeit, es fördert gezielt das ehrenamtliche Engagement in dieser Arbeit. Die Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme befähigt die ehrenamtlich Tätigen, gezielt zu helfen, ohne sich selbst zu überfordern - auch das ist ein Aspekt, der immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Die Qualifizierung der ehrenamtlichen Integrationslotsinnen und Integrationslotsen wird seit dem Jahr 2007 bereits landesweit finanziell gefördert. Die Richtlinie ist gültig bis zum 31. Dezember 2019. Im Haushaltsjahr 2015 stehen zur finanziellen Förderung der Qualifizierungsmaßnahmen 130 000 Euro zur Verfügung.

Im Rahmen des Nachtragshaushalts stellt das Land Niedersachsen darüber hinaus zusätzlich noch in 2015 insgesamt 1 Million Euro zur Unter-

stützung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe zur Verfügung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Johanne Modder [SPD] - Filiz Polat [GRÜNE]: Sehr gut!)

Eine zentrale Bedeutung hat die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Die Niedersächsische Landesregierung hat diese Herausforderung sehr entschlossen angenommen und im Rahmen der Fachkräfteinitiative Niedersachsen bereits frühzeitig einen ständigen Austausch mit den relevanten Arbeitsmarktpartnern etabliert - darunter die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, kommunale Spitzenverbände, Organisationen der Flüchtlingsarbeit und insbesondere auch die Spitzenverbände der Wirtschaft, also die Kammern und der UVN. Des Weiteren hat die Niedersächsische Landesregierung die seit November 2014 bestehenden rechtlichen Möglichkeiten eines erleichterten Arbeitsmarktzugangs für Asylsuchende und Flüchtlinge genutzt und verschiedene Maßnahmen ergriffen, die sich als Kette der Arbeitsmarktintegration darstellen. Dazu gehört es, die Kompetenzen zu erkennen.

Seit Juni 2015 läuft das Kooperationsprojekt mit der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit. Das Ziel ist, Potenziale und Kompetenzen von Asylsuchenden und Flüchtlingen frühzeitig zu erkennen, idealerweise bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes zu erfassen. Zugegebenermaßen ist das zurzeit bei der Überbelegung schwer durchzusetzen.

Seit 1. Oktober 2015 besteht die Möglichkeit einer kostenlosen Beförderung im ÖPNV für Asylsuchende im Landkreis des Sitzes der Erstaufnahmeeinrichtung. Die Fahrtberechtigung wird durch den Hausausweis der Erstaufnahmeeinrichtung legitimiert. Das Land zahlt den Verkehrsunternehmen hierfür einen Ausgleich aus Regionalisierungsmitteln. Es handelt sich zugleich um eine Maßnahme der Willkommenskultur.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aktuell - dabei geht es um die handwerkliche Ausbildung der Flüchtlinge - befindet sich ein Modellprojekt aller sechs Handwerkskammern in Niedersachsen zur Nachwuchsgewinnung im Handwerk in Vorbereitung, das vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gefördert wird.

Damit soll die Gewinnung jüngerer Asylsuchender und Flüchtlinge mit Interesse an Handwerksberufen für eine Handwerksausbildung im Ausbildungsjahr 2016/2017 u. a. durch Berufsorientierung, Eignungsfeststellung und Praktikumsvermittlung unterstützt werden. Projektstart ist der 1. November 2015.

Darüber hinaus plant das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gemeinsam mit dem IQ-Netzwerk Niedersachsen ein Modellprojekt für die Erprobung des Deutscherwerbs über EDV-gestützte audiovisuelle Sprachkurse. Diese Maßnahme ist insbesondere auch von Interesse für die Durchführung an dezentralen Standorten, wo gegebenenfalls kein ausreichendes Angebot an Regelkursen vorgehalten werden kann.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Im Juli und August 2015 hat die NBank darüber hinaus ein Interessenbekundungsverfahren für Bildungsträger zur Beantragung von Fördermitteln im Rahmen der ESF-Förderrichtlinie „Qualifizierung und Arbeit“ des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr für Qualifizierungsprojekte für Arbeitslose durchgeführt. Ein Förderschwerpunkt dabei ist die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten, insbesondere der Asylsuchenden und Flüchtlinge. Derzeit findet die Antragsberatung durch die NBank statt. Stichtag für die Antragseinreichung ist der 16. November 2015.

Zur Frage 2. Wie groß ist die Aufnahmekapazität Niedersachsens bei der Aufnahme von Flüchtlingen zum 30. September 2015?

Laut Bestandsmeldung vom 30. September 2015 betrug die Aufnahmekapazität in den Erstaufnahmeeinrichtungen und den Notunterkünften des Landes zum Stichtag 19 683 Unterbringungsplätze.

Zur Frage 3. Sieht die Landesregierung in der konsequenten Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern eines der Mittel zur Lösung der Krise?

Nach Auffassung der Niedersächsischen Landesregierung ist die konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht von abgelehnten Asylbewerbern ein wichtiger Beitrag, um die gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen. Hierzu zählt - soweit nicht erfolgreich auf eine freiwillige Ausreise hingewirkt werden kann - auch die zwangsweise Rückführung. Insgesamt ist allerdings eine differenzierte Betrachtungsweise erforderlich:

Ein Großteil - das wird in der aktuellen Debatte leider häufig übersehen - der aktuell - z. B. aus Syrien, Irak und Eritrea - nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge hat exzellente Chancen auf einen langfristigen Aufenthalt. Insoweit hat sich die Situation gegenüber dem ersten Halbjahr 2015, als noch etwa jede bzw. jeder zweite Asylsuchende aus Staaten mit sehr geringer Anerkennungsquote nach Deutschland kam, grundlegend gewandelt.

(Vizepräsidentin Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Nichtsdestotrotz haben sich Bund und Länder bei der Verabredung des Aktionsplans am 18. Juni und erneut beim Flüchtlingsgipfel am 24. September u. a. darauf verständigt, die Aufenthaltsbedingungen zu beschleunigen und, um bei vollziehbarer Ausreisepflicht zügig die Rückführung zu veranlassen, verstärkt zusammenzuarbeiten. So der Wortlaut der Vereinbarung vom 24. September.

Die Niedersächsische Landesregierung trägt diese Ergebnisse der Besprechungen der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik selbstverständlich mit, was z. B. auch an der vorausgegangen Teilnahme an sogenannten Kosovo-Projekten zum Ausdruck gebracht worden ist.

Die Abschiebung ist von der Ausländerbehörde einzuleiten, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar ist, eine Ausreisefrist nicht gewährt wurde oder diese abgelaufen ist und die freiwillige Ausreise nicht gesichert ist. Die Entscheidung über das Ob einer Abschiebung steht mithin nicht im Ermessen der Ausländerbehörde, sondern ist bei Vorliegen der genannten Voraussetzungen eine zwingende Rechtsfolge.

Zum Wie des Abschiebungsvollzugs hat die Niedersächsische Landesregierung entsprechende rechtliche Hinweise gegeben und verfahrensmäßige Vorgaben im September erneuert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus all dem wird deutlich - um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen -: Ja, die Landesregierung hat ein sehr umfassendes und überzeugendes Konzept für die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Allerdings ist diese Flüchtlingskrise kein einfaches Projekt, das man mit einem einmal gefassten Beschluss oder Konzept auf Dauer wird bewältigen können.

Darüber, meine Damen und Herren, sollten wir schnellstmöglich bundes- und landesweit einen Konsens herstellen; denn wenn wir den Menschen sagen, wir schaffen das - eine Aussage, die ich teile -,

(Jens Nacke [CDU]: Sie schaffen es nicht!)

muss man den Menschen auch sagen, wie. Man muss den Menschen auch sagen, dass es nicht leicht wird und dass sich die Gesellschaft verändern wird. Denn wenn innerhalb eines Jahres 1 Million Flüchtlinge kommen, wird es nicht mehr in den üblichen Formen weitergehen wie bisher.

Erst dann, wenn wir das gemeinsam als Konsens feststellen, werden wir der Aussage der Kanzlerin wirklich zur Geltung verhelfen, nämlich: „Wir schaffen das.“ Mit den alten Konzepten, den alten Schuldzuweisungen und den alten Reflexen werden wir dieses Problem nicht nur nicht bewältigen, sondern wir werden auch die Gesellschaft in ihrer Struktur und ihrem Zusammenhalt gefährden, meine Damen und Herren.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister, für die Beantwortung. - Uns liegt nun eine Reihe von Wortmeldungen für Zusatzfragen vor. Die erste Frage stellt der Kollege Jörg Bode. Bitte schön, Herr Bode!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pistorius, vor dem Hintergrund, dass in der heutigen Ausgabe der *Celleschen Zeitung* darüber berichtet, spekuliert oder gemutmaßt wird, dass die Stadt Celle mit dem Land Niedersachsen auf freiwilliger Grundlage einen Vertrag über die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung schließen und hierfür die Kaserne Hohe Wende nutzen wird - mit dem elementaren Ziel, das Zeltlager in Scheuen räumen zu können und künftig nicht mehr zu nutzen -, und vor dem Hintergrund, dass die *Cellesche Zeitung* dieses Vorhaben mit den Worten „man solle das ruhig machen; denn schlechter als unter dem Land kann es dann auch nicht werden“ kommentiert, frage ich die Landesregierung: Wie sind hier der aktuelle Sachstand und der Zeitplan, und welche der Aussagen werden wann wie eintreten?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, bitte schön!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann bestätigen, dass es diese Ansage aus Celle gibt. Die Vertragspartner - die Stadt Celle und aus meinem Haus die Abteilungen 3 und 6 - verhandeln gerade darüber, wie die Ausgestaltung aussehen kann. Mehr kann ich im Augenblick nicht sagen.

(Jörg Bode [FDP]: Scheuen würde dann aufgegeben?)

- Unser Ziel ist, jeden Standort, der nicht winterfest ist und durch andere ersetzt werden kann, schleunigst aufzugeben. Das ist unser erklärtes Ziel, und das gilt auch für Scheuen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Zusatzfrage stellt die Frau Kollegin Jahns.

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der *NWZ* vom 6. Oktober 2015 findet sich eine Kritik des Präsidenten des niedersächsischen Roten Kreuzes dahin gehend, dass die NABK nur kurzfristig für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stand. Vor dem Hintergrund, dass es Kritik daran gegeben hat, dass die Landesregierung die Unterbringung von Flüchtlingen dort wieder zurückgenommen hat, frage ich Sie: Wie kurzfristig war denn die Unterbringung dort gedacht? Konnte das Rote Kreuz davon ausgehen, dass es eine längerfristige Unterbringung geben wird?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach meinem Kenntnisstand konnte das Deutsche Rote Kreuz nicht davon ausgehen, dass dort eine längerfristige Unterbringung stattfinden wird; denn es lag auch nicht in unserem eigenen Interesse, dies dort auf Dauer zu machen. Für wie lange und von welchen Fristen das DRK ausgegangen ist, kann ich Ihnen leider nicht sagen.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist nicht die Wahrheit!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Die nächste Frage stellt Editha Lorberg, CDU-Fraktion.

Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wird die Landesregierung morgen im Bundesrat für den gemeinsamen Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD zur Beschleunigung von Asylverfahren stimmen?

(Zustimmung bei der CDU - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Wo waren Sie denn die ganze Zeit? - Christian Grascha [FDP]: Sehr gute Frage! - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Guten Morgen! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie hätten mich jetzt sehr enttäuscht, wenn Sie diese Frage nicht gestellt hätten.

(Lachen und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Um diese Frage zu beantworten, schicke ich zwei, drei, vier, fünf Vorbemerkungen vorweg.

(Heiner Schönecke [CDU]: Einfach Ja oder Nein!)

- Bei Ihnen mag die Welt ja so sein: schwarz oder weiß, ja oder nein. Die Realität ist aber eine andere.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

- Wenn Sie die Antwort auf die selbst gestellte Frage antizipieren wollen, kann ich mich wieder hinsetzen.

(Jens Nacke [CDU]: Ja, machen Sie das und schicken Sie den Ministerpräsidenten hierher! - Beifall bei der CDU - Unruhe)

- Dann setze ich mich wieder hin!

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, Entschuldigung! - Meine Damen und Herren, wir gewährleisten hier einen ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung. Wenn eine Frage gestellt wird, hat der Minister die Möglichkeit, das zu

antworten, was er möchte. Das ist aber nicht unbedingt das, was der jeweilige Fragesteller hören möchte. Es tut mir leid. Wir werden darauf achten, dass das jetzt bei allem Respekt vor der Emotionalität, in der diese Debatte geführt wird, ordnungsgemäß abläuft.

Der Minister hat jetzt das Wort, und er wird seine Antwort auch zu Ende führen können. Bitte schön!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Ich will daran erinnern, woher wir kommen. Das wird nämlich gelegentlich vergessen. Wir hatten am 24. September diesen Gipfel. Dort sind etliche, viele Vereinbarungen getroffen worden, die meine volle Zustimmung finden.

(Jörg Bode [FDP]: Meine auch!)

Das Wichtigste war die Frage der finanziellen Ausgestaltung der Flüchtlingskrise, die angemessene Beteiligung des Bundes an dieser finanziellen Ausgestaltung. Das war eine schon lange, lange erhobene Forderung aller Bundesländer. Dieser Forderung ist nachgekommen worden aufgrund des entsprechenden Druckes und der Verhandlungsergebnisse, die die Ministerpräsidenten dort erzielt haben. Dafür sage ich namens des Innenministeriums, namens der Landesregierung Danke, weil es höchste Zeit wurde. Das ist zunächst einmal der Kern dieses Gesetzentwurfs.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus, meine Damen und Herren - ich habe das vorhin in meinen Ausführungen schon beschrieben -, gab es im Ergebnis des Gipfels eine Aussage z. B. zu der Frage, dass man bei Abschiebungen und Rückführungen besser zusammenarbeiten wolle.

Tatsächlich hat der Bundesinnenminister dann ohne vorherige Ankündigung oder Abfrage bei den Gipfelteilnehmern u. a. daraus gemacht, dass keine Abschiebungen mehr angekündigt werden dürfen, ohne jede Möglichkeit bei den Ausländerbehörden, Ermessen auszuüben. Das ist ein einzigartiger Vorgang.

Es gibt viele andere Regelungen in dem Gesetz, die man kritisch oder aber auch zustimmend sehen kann. Ich sage dazu aus meiner Perspektive: Ein Gesetzentwurf, der auf der Grundlage eines Kompromisses entwickelt wurde, ist gewissermaßen - wie soll ich es sagen? - die Reinkarnation der Weisheit: Wer Prinzen haben will, muss Frösche

küssen. - In diesem Gesetzentwurf stehen etliche Dinge, die mich stören.

(Jens Nacke [CDU]: Aber sonst geht es Ihnen gut! - Heiterkeit bei der FDP)

- Darf ich bitte zu Ende ausführen, Herr Nacke? - Mir geht es glänzend.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn es Ihnen so gut ginge wie mir, wären Sie besser drauf!

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Die Kommunen machen die Arbeit, und Sie machen dumme Sprüche!)

- Jetzt holen Sie doch mal Luft! Wissen Sie was? Franz Josef Strauß wäre in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden.

(Björn Thümler [CDU]: Ja! Eben! Guter Mann!)

- Ja, das mag sein! Aber wissen Sie, was der einmal gesagt hat? Politik sollte man gerade in lauten Zeiten mit dem Kopf machen und nicht mit dem Kehlkopf!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Frank Oesterhelweg [CDU]: Hören Sie mal auf Herbert Wehner!)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu dem entscheidenden Punkt.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie sollen hier keine Sprüche machen, sondern sagen, was Sie tun wollen!)

- Das sage ich doch gerade!

(Ulf Thiele [CDU]: Nein, das tun Sie nicht! Sie reden hier nur rum!)

Sie müssen mir schon den Spannungsbogen überlassen, den ich bis zur Antwort ziehe.

(Detlef Tanke [SPD]: Das halten sie doch nicht aus! - Editha Lorberg [CDU]: Wir haben keine Zeit für solche Spielchen! - Björn Thümler [CDU]: Seit einer Woche eiern Sie hier rum!)

- Also, darf ich jetzt mal antworten? - Der sozialdemokratische Innenminister und der sozialdemokratische Teil der Landesregierung können mit

diesem Gesetzentwurf unter Zurückstellung einiger erheblicher Bedenken leben.

(Jens Nacke [CDU]: Aha!)

Wir sind in Gesprächen mit unserem Koalitionspartner, die heute Nachmittag fortgesetzt und zu Ende gebracht werden.

(Jörg Bode [FDP]: Aha!)

Danach wird eine Entscheidung getroffen werden, zu welchem Ergebnis wir kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Also sind Sie zurzeit handlungsunfähig! Richtig?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Die zweite Frage stellt Frau Kollegin Jahns.

Angelika Jahns (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Unterstützt sie den Vorschlag für Transit-zonen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Wenn Sie, Frau Jahns, immer so schwierige Fragen stellen, dann muss ich auch ausführlich antworten.

(Angelika Jahns [CDU]: Das war kurz und bündig!)

- Nein, darauf kann man nicht kurz und bündig antworten, weil der Bundesinnenminister bislang jeden konkreten Vorschlag zur Ausgestaltung dieser Transit-zonen schuldig geblieben ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: So ist es!)

Transit-zonen sind nach der EU-Richtlinie, auf die Herr de Maizière sich regelmäßig beruft, nach meiner Interpretation dieser EU-Richtlinie nur an den Schengen-Außengrenzen und nicht an nationalen Binnengrenzen möglich. Das ist Punkt eins. Man muss darüber reden, ob das trotzdem geht.

Der zweite Punkt ist, dass ich gerne wissen würde, wie das konkret ausgestaltet werden soll. Sobald

wir das haben, kann ich mir darüber eine Meinung bilden. Im Augenblick ist das für mich ein Gespenst, eine Fata Morgana, noch dazu eine, die mir nicht viel verspricht; denn die Transit-zonen - wie er sie bislang sehr vage beschrieben hat - sind nichts anderes als der Versuch, eine sehr kleine Gruppe, eine wirklich sehr kleine Gruppe und kleiner werdende Gruppe von Asyl-suchenden, die keinen Anspruch auf Asyl haben werden, weil sie aus sicheren Herkunftsstaaten kommen, für die Dauer ihres Verfahrens bis zu dessen Abschluss und zu ihrer Rückführung in diesen Transit-zonen zu belassen.

Ich bin bereit, über jeden Vorschlag nachzudenken, der das Problem wirklich lösen hilft. Aber unser Problem - ich will es noch einmal in Erinnerung rufen - sind aktuell nicht die Zugangszahlen vom Balkan, sondern die Zugangszahlen aus dem Irak, aus Afghanistan, aus Eritrea und vor allem aus Syrien. Diese Menschen wären auch nach den Vorstellungen von de Maizière von diesen Transit-zonen überhaupt nicht umfasst.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das hat doch niemand behauptet!)

Wie groß ist eigentlich das Lösungspotenzial dieser Vorschläge? Das ist eine Frage, die ich erst beantworten kann, wenn ich weiß, was sich der Bundesinnenminister darunter konkret vorstellt und mit welcher Unterstützung aus Brüssel wir dabei rechnen können; denn auch die brauchen wir.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Sie reden und reden immer nur! - Zuruf von Ulf Thiele [CDU] - Gegenruf von Minister Boris Pistorius: Natürlich gibt es die Vorschläge!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Dr. Max Matthiesen, CDU-Fraktion.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich darf hier noch einmal zum Verfahren etwas sagen.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist nur Koalitionsdisziplin, was Sie hier machen!)

- Herr Thiele, ich wollte jetzt etwas zum Verfahren sagen! Jeder Abgeordneter hat das Recht, hier zwei Fragen zu stellen.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie stellen das Wohl des Landes hinter das Wohl Ihrer Koalition!)

Die Fragen sollen so gestellt werden, dass eine kurze Antwort möglich ist. So steht es in unserer Geschäftsordnung. Sie müssen knapp und sollen sachlich sein. Und sie sollen so ausgestaltet werden, dass klar wird, worüber Auskunft gewünscht wird.

Das war bis jetzt der Fall. Manchmal sind die Antworten aber nicht so einfach. So, wie jeder Abgeordneter - - -

(Widerspruch von Jens Nacke [CDU])

- Wenn jetzt noch weiter dazwischengerufen wird, während ich hier - - -

(Zuruf von Minister Boris Pistorius)

- Herr Minister, ich darf auch Sie bitten, sich zurückzuhalten. Sie haben gar keine Möglichkeit, einfach so ins Publikum zu sprechen.

(Heiterkeit)

Ich kann Ihnen keine Maßregelung erteilen, und das will ich auch nicht.

Ist das Verfahren jetzt von mir gut erklärt worden, meine Damen und Herren?

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Für uns ja!)

- Okay. Ich bitte Sie, sich daran zu halten. Wir können anders nicht gewährleisten, dass es ordnungsgemäß abläuft. Wir werden das garantiert tun - auch mit den Möglichkeiten, die laut Geschäftsordnung für das Präsidium bestehen.

(Dirk Toepffer [CDU]: Sie schaffen das!)

Herr Kollege Matthiesen, Sie haben jetzt das Wort zu einer Frage. Bitte schön!

Dr. Max Matthiesen (CDU):

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Eine Frage, die die Möglichkeiten der Niedersächsischen Landesregierung betrifft. Und zwar geht es um die Beschlagnahme von privatem Wohnraum. Planen Sie, eine gesetzliche Grundlage in Niedersachsen zu schaffen, privaten Wohnraum für Flüchtlinge zu beschlagnahmen, oder wollen Sie Diesbezügliches bei der Anwendung des niedersächsischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes belassen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf eine kurze Frage eine kurze Antwort: Nein, es gibt solche Überlegungen nicht.

(Christian Grascha [FDP]: Gilt das auch für Gewerbeimmobilien? - Weiterer Zuruf - Gegenruf von Minister Boris Pistorius: Ich kann doch nicht für hundert Jahre in die Zukunft antworten!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Rudolf Götz. Bitte schön!

Rudolf Götz (CDU):

Ich frage in diesem Falle die Landesregierung. Ich habe eine Notaufnahmeeinrichtung in Andreasberg besucht. Dort ist der Arbeitersamariterbund federführend tätig. Er hat in seinen Reihen auch Landesbedienstete. Diese haben mir gesagt, dass sie nach der Sonderurlaubsverordnung statt fünf Tage in Zukunft zehn Tage dort ihre Arbeit verrichten können. Es wird aber beklagt, dass man sich nicht äußert. Man geht davon aus, dass sie länger gebraucht werden. Gibt es bei der Landesregierung Überlegungen, diese Urlaubsverordnung zu ändern oder eine Regelung für Landesbedienstete, die bei den Wohlfahrtsorganisationen wichtig sind, zu treffen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
Jörg Hillmer [CDU]: Sehr gute Frage!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Götz, vielen Dank für die Frage, weil sie in der Tat einen der aktuell wichtigsten Bausteine betrifft, nämlich die Frage, wie wir es schaffen, den Ehrenamtlichen, die ansonsten als Arbeitnehmer unterwegs wären, den Freiraum zu geben, hier überhaupt ehrenamtlich tätig zu sein.

Selbstverständlich werden wir alles tun, um zu flexiblen Lösungen für alle zu kommen, die im Landesdienst beschäftigt sind und gleichzeitig in irgendeiner Einrichtung ehrenamtlich helfen. Wir werden dafür sehr pragmatische Lösungen finden.

Der Fall von Sankt Andreasberg war mir bis eben nicht bekannt. Wir werden dem nachgehen. Wenn grundlegende Regelungen notwendig werden, werden wir sie ergreifen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das ist doch schon längst nötig!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Adasch, Ihre erste Frage!

(Ulf Thiele [CDU]: Das Problem ist, Sie haben keine Regelungen getroffen! Sie müssen eigentlich wissen, dass die alle auf dem Schlauch stehen!)

Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pistorius, ich möchte auf das Thema Abschiebungen zurückkommen und frage Sie, ob ein Abschiebestopp beispielsweise für die Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma in Ihrem Hause in Vorbereitung ist

(Filiz Polat [GRÜNE]: Sinti können gar nicht abgeschoben werden, weil sie Deutsche sind!)

bzw. ob Abschiebungen bestimmter Bevölkerungsgruppen momentan unterhalb des Erlasses ausgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Sinti sind deutsche Staatsbürger! - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Sie verstehen es gar nicht, Herr Adasch, oder?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Adasch, zunächst einmal wäre mir neu, dass wir für eine Bevölkerungsgruppe wie Sinti und Roma eigene Abschiebestopps verhängen. Das haben wir noch nie gemacht. Wenn, dann geht es um Staatsangehörigkeiten. Punkt eins.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Gucken Sie sich die Statistiken an. Das hilft manchmal, Herr Hilbers!

Zu Punkt zwei. Nein, es gibt keinerlei Planungen für irgendwelche Winterabschiebestopps in diesem Winter.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Außer nach Syrien! - Gegenruf von Minister Boris Pistorius: Vielleicht haben Sie nichts dagegen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Die nächste Frage stellt Jan-Christoph Oetjen.

(Ulf Thiele [CDU]: Völlig überflüssige Bemerkung, Herr Minister! - Reinhold Hilbers [CDU]: Relativ angefasster Minister!)

- Meine Damen und Herren, ich weiß, dass es nach der Beantwortung der Fragen hier immer eine Diskussion gibt. Bitte lassen Sie das doch sein!

(Ulf Thiele [CDU]: Weil er immer provoziert! - Gegenruf von Renate Geuter [SPD]: Wer provoziert denn hier wohl? - Jens Nacke [CDU]: Beim Hinsetzen kommen Sprüche, und dann darf hier nicht reagiert werden, oder was?)

- Herr Kollege Thiele, Sie haben doch auch die Möglichkeit! Herr Kollege Thiele, wenn ich Ihnen etwas raten darf: Nehmen Sie einen kleinen Zettel, kommen Sie nach vorne, stellen Sie die Frage. Auch nach einer Provokation, wenn man dies so empfindet, kann man das machen.

Bitte schön, Herr Oetjen, Sie haben das Wort.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident, dass wir zur Sache zurückkehren können.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bearbeitungszeiten für die Registrierung in EASY durch die steigenden Zahlen immer länger werden, hätte ich gerne von der Landesregierung gewusst, ob in Planung ist, die Kommunen im Rahmen der Amtshilfe damit zu betrauen, diesen Stau abzubauen und Verwaltungsleistungen für das Land zu übernehmen, um die Verfahren insgesamt schneller zu machen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal bitte ich um Nachsicht. Auch mir dürfen einmal die Pferde durchgehen, wenn ich mich provoziert fühle. Ich bitte um Nachsicht. Ich werde solche Bemerkungen beim Hinsetzen künftig unterlassen. Wenn Sie mir manche Zwischenrufe ersparen würden, wäre ich Ihnen umgekehrt auch dankbar.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu der Frage von Herrn Oetjen: Wir haben in den letzten Wochen und Monaten mit Nachdruck Personal eingestellt, um die Situation bei der Registrierung in den Landesaufnahmeeinrichtungen zu verbessern, die Sie zu Recht beschrieben haben. Das tun wir mit Erfolg. Die Wartezeiten bei der Registrierung gehen zurück. Unser Ziel ist es, sie auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen.

Ich ergänze: Bislang hat noch keine Maßnahme der verspäteten Registrierung dazu geführt, dass ein Flüchtling nicht versorgt wurde oder einen Asylantrag nicht stellen können. Da gibt es keinerlei zeitlichen Zusammenhang.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Jens Nacke. Bitte schön!

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten mit einigen Vertretern der CDU-Fraktion die Gelegenheit, die Aufnahmeeinrichtung in Bramsche zu besuchen. Vor diesem Hintergrund stelle ich die Frage, weil wir dort ein Zelt gesehen haben, einen riesigen Plastikkasten, in dem Hunderte Doppelstockbetten Aufnahme finden werden. Er hat keine Fenster. Um die sanitären Einrichtungen zu nutzen - die Toiletten, die Duschen; das, was wir als Dixi-Klos kennen; Dixi-Duschen gibt es dort auch -, muss man aus diesem großen Kasten hinaus. Sie stehen in einiger Entfernung von diesem Zelt.

Ich frage Sie, Herr Minister, vor diesem Hintergrund: Ist das und sind auch die Turnhallen, in denen bereits Hunderte dieser Doppelstockbetten stehen, für Sie bereits „winterfeste Unterbringung“? Ist damit zu rechnen, dass die Menschen, die derzeit noch mit ihrer Pritsche auf nacktem Gras stehen - inzwischen bei Minustemperaturen nachts -, in diesen riesigen Kasten umziehen, was zwangsläufig dazu führen muss, dass in einer solchen

Einrichtung - das sage ich Ihnen voraus - das Aggressionspotenzial steigen muss? Ich frage Sie: Zählt das bei Ihnen zu den „winterfesten Einrichtungen“, die Sie nach Ihren Ankündigungen schon eingerichtet haben?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Nacke, ich bin Ihnen für diese Frage dankbar, weil sie noch einmal deutlich macht, in welcher Situation wir uns befinden. Wir reden gar nicht mehr darüber, wie komfortabel die Unterkünfte sind. Es geht nur noch um die Frage, ob wir überhaupt noch Plätze finden.

Das Zelt in Bramsche, das Sie beschrieben haben, ist ein winterfestes Zelt. Die sind naturgemäß in der Regel ohne Fenster, weil sie sonst nicht winterfest wären.

Zu der Tatsache, dass sie vorher auf dem Rasen geschlafen haben: Das waren Ausnahmefälle, die den Verantwortlichen durchgerutscht sind. Niemand ist verpflichtet worden, mit seinem Bett auf nassem Rasen zu schlafen.

(Jens Nacke [CDU]: Im Zelt! 600 Leute!)

Die Dixi-Klos sind inzwischen durch Sanitärcontainer ergänzt worden.

Ich will damit nur sagen: Wir tun tagtäglich alles, um die Situation zu verbessern. Aber wir laufen den Zugangszahlen hinterher.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass diese Situation niemanden von uns - mich eingeschlossen - auch nur im Entferntesten zufriedenstellt. Aber nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass das eine gesamtdeutsche Situation ist - überall; Bayern ist längst dazu übergegangen, Turnhallen zu belegen und Zelte aufzustellen -, weil sie alle nicht mehr hinterherkommen. Akzeptieren Sie bitte, dass alle Verantwortlichen in Deutschland am Limit der Möglichkeiten laufen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: Genau!)

Wir sind nicht mehr in der Situation, unseren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden, wenn sich innerhalb eines Jahres die Zahl der Flüchtlinge

verfünfacht. Das muss doch jedem einleuchten, meine Damen und Herren.

(Jens Nacke [CDU]: Dann stimmen Sie morgen zu!)

- Entschuldigung, Herr Nacke, selbst wenn morgen alle Bundesländer zustimmen würden, würde dieses Gesetz das Problem nicht lösen. Nehmen Sie das bitte auch einmal zur Kenntnis!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich glaube manchmal, Sie reden lieber über die Frage, wer wie abstimmt, als über das, was abgestimmt werden soll.

(Jens Nacke [CDU]: Glauben Sie das selbst?)

Dieses Gesetz enthält keine Lösung für diese Probleme. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Jens Nacke [CDU] - Gegenruf von Detlef Tanke [SPD]: Geh die Sache doch mal ernsthaft an! - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Herr Nacke, Sie provozieren ja schon wieder!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Otto Deppmeyer.

Otto Deppmeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, wann das Land die Außenstelle in Hameln in der Linsingen-Kaserne und unter welchen Abreden an den Landkreis Hameln-Pyrmont übergeben hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach meinem Kenntnisstand Anfang September.

(Zurufe von der CDU: Und unter welchen Abreden? - Dann gibt es da gar keinen Vertrag? - Gegenruf von Minister Boris Pistorius: Mündlich! - Gegen-

rufe von der CDU: Aha! - Jens Nacke [CDU]: Wie in Bad Gandersheim?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Mundlos.

Heidmarie Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Laut *Spiegel Online* vom 9. Oktober - - -

(Unruhe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Einen kleinen Moment, Frau Mundlos! - Ich hatte vorhin darum gebeten, dass diese Debatten über den Tischen außerhalb des Mikrofons hier nicht stattfinden.

(Minister Boris Pistorius zeigt auf Abgeordnete der CDU-Fraktion)

- Ich habe schon verstanden, wer das gemacht hat.

Ich bitte jetzt wirklich, darauf zu achten, dass das nicht weitergeht. Sonst muss ich Ordnungsmaßnahmen ergreifen. Es hilft nichts. Es kann ja nicht sein, dass wir außerhalb der ganzen Geschäftsordnung das Mikrofon ad absurdum führen.

Ich sage das jetzt noch einmal in allem Ernst: Wer das jetzt weiter betreibt, der wird mit einem Ordnungsruf belegt. Es tut mir leid. Ich verstehe Emotionen - das ist keine Frage; das habe ich hier schon ein paar Mal gesagt -, gerade in einer solchen Debatte. Aber man kann sich doch auch einmal zusammenreißen. - Herr Tanke, ich sage das auch in Ihre Richtung. Aber hier ist es vor allen Dingen verstärkt.

Das habe ich jetzt zum letzten Mal gesagt. Das nächste Mal kommt ein Ordnungsruf.

Sie haben jetzt das Wort, Frau Kollegin.

Heidmarie Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Laut *Spiegel Online* vom 9. Oktober 2015 fordern sowohl der Bundesminister Gabriel als auch der Bundesminister Steinmeier eine Begrenzung der Zuwanderung. Ich frage die Landesregierung, ob sie sich diese Forderung auch zu eigen macht.

Lassen Sie mich bitte meine zweite Frage gleich anschließen, die auf die LAB Braunschweig in Besonderem abzielt. Angesichts der Tatsache, dass ich mehrfach die Gelegenheit hatte, mir vor

Ort einen Eindruck von der Situation zu verschaffen, und angesichts der Tatsache, dass auch Sie, Herr Minister, sich unlängst die Örtlichkeiten angeguckt haben, und angesichts der Enge, die man sowohl auf dem Gelände als auch in den Räumlichkeiten feststellen muss, und angesichts der Tatsache, dass der Rat der Stadt Braunschweig die Einrichtung einer Polizeidienststelle in unmittelbarer Nähe der LAB gefordert hat, frage ich die Landesregierung, welche Maßnahmen sie kurz- und mittelfristig plant, um die Einsatzmöglichkeiten von Sicherheitskräften, aber auch in puncto Brandschutz zu optimieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Mundlos, ich habe diese Äußerung vom Bundesaußenminister und vom Bundeswirtschaftsminister gelesen. Ich würde mich auch freuen, wenn es eine - wie soll ich sagen? - Reduzierung der Zugänge gäbe. Bislang gibt es aber weder von der Bundeskanzlerin noch von sonst irgendeinem Mitglied der Bundesregierung eine schlagkräftige Idee dazu, wie man das erreichen kann. Ich wünsche mir also auch, dass wir weniger Flüchtlinge kriegen, weil wir mit der augenblicklichen Zahl schlicht überfordert sein werden und dies teilweise schon sind. Aber bislang gibt es kein tragfähiges Konzept dafür. Denn auch die Idee, die gelegentlich geäußert wird, wir könnten ja eine Mauer oder einen Zaun um Deutschland herum bauen - - -

(Jens Nacke [CDU]: Wer sagt das denn?)

- Nicht ernst zu nehmende Menschen, um Gottes willen! Das kam nicht von Ihnen. Das müssen Sie einfach lesen. Das können Sie überall nachlesen.

(Jens Nacke [CDU]: Wer denn? Nennen Sie mal Namen!)

Wer immer das fordert, muss sich darüber im Klaren sein, dass das nicht funktioniert. Nicht einmal die Grenzkontrollen, die Herr de Maizière vorübergehend eingeführt hat, haben ja wirklich einen Erfolg gebracht, weil keiner, der an der Grenze ankam, zurückgewiesen worden ist.

(Jörg Bode [FDP]: Vielleicht war das der Fehler!)

Es gibt bislang also kein tragfähiges Konzept, um die Zahlen herunterzubringen - außer einem: Das ist die Bekämpfung der Fluchtursache. Damit meine ich nicht die Langfristbekämpfung der Fluchtursachen, sondern das, was sich zurzeit im Irak, in Syrien sowie in den Regionen abspielt, wo die Menschen Unterschlupf gefunden haben, also in Jordanien, im Libanon und in der Türkei.

Ich wiederhole, was ich gestern gesagt habe: Es ist unehrlich, zu sagen und zu fordern, dass die Fluchtursachen bekämpft werden müssen, um den Zustrom zu reduzieren, dann aber gleichzeitig - gewissermaßen verschämt - die eigenen Zahlungen an den Welternährungsfonds und an andere Einrichtungen zu unterlassen, die dringend notwendig wären, um die Situation vor Ort zu verbessern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Das tut die Bundesrepublik doch überhaupt nicht! Das ist unwahr!)

Das tun alle Mitgliedstaaten. Lesen Sie die Zeitungen von vorgestern!

(Björn Thümler [CDU]: Das ist doch unwahr!)

Von avisierten 2 Milliarden Euro sind nicht einmal 25 Millionen Euro zusammengekommen. Das ist doch der springende Punkt!

(Björn Thümler [CDU]: Deutschland macht das nicht! Das ist doch falsch!)

Die Fluchtursachenbekämpfung - - -

(Ulf Thiele [CDU]: Deutschland hat doch überkompensiert, was andere nicht zahlen!)

- Ich rede doch gerade - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, einen Moment, bitte! - Herr Thiele, ich hatte vorhin angedeutet, was ich tun werde, wenn die Ordnung gestört wird. Sie wird jetzt laufend gestört. Herr Thiele, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Sie haben das Wort, Herr Minister.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Ich möchte das noch einmal erklären. Ich greife damit gar nicht die Bundesregierung an. Ich sage, dass es nicht ehrlich ist, wenn alle europäischen Nationen fordern, die Fluchtursachen zu bekämpfen.

fen, dann aber ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Denn das ist der einzige Schlüssel, um vor Einbruch des Winters die Flüchtlingsströme vielleicht abzubremsen, wobei wir noch nicht berücksichtigt haben, wie viele Zehntausend Menschen schon auf dem Balkan in Richtung Deutschland unterwegs sind. Das sind doch die Herausforderungen! Deswegen sehe ich kein Konzept, um die Flüchtlingszahlen herunterzubringen.

Das Asylrecht wird niemand infrage stellen; das sehe ich bislang jedenfalls nicht. Damit scheinen alle Optionen, die derzeit auf dem Tisch liegen, keine zu sein. Deswegen ist die Frage müßig, ob wir eine Begrenzung haben wollen oder nicht. Wir können sie schlicht nicht gewährleisten! - So viel zum ersten Punkt.

(Zustimmung bei der SPD)

Zur zweiten Frage. Die Landesaufnahmeeinrichtung in Braunschweig ist eine der ältesten, wie Sie wissen. Sie ist mir gut bekannt. Ich war mehrfach dort. Die Situation ist wie in Bramsche oder in Friedland extrem angespannt.

Glauben Sie mir, es bedrückt mich zutiefst, wenn ich durch Kellerräume von früheren Lagergebäuden dieser Einrichtung gehe und sehe, dass die Menschen auch dort untergebracht sind, um sicherzustellen, dass sie nicht draußen kampieren müssen.

(Jens Nacke [CDU]: Dann tun Sie was!)

Glauben Sie mir, das ist zutiefst unbefriedigend, das bedrückt mich auch, weil es nicht schön ist, weil es hässlich ist und weil es nicht das Gesicht ist, das wir als Deutschland und Niedersachsen bieten wollen.

Aber ich wiederhole noch einmal - so lange, bis es der Letzte mit mir teilt -: Wir laufen bei diesen Zahlen am Limit. Man kann bei diesen Zugangszahlen nicht im gleichen Tempo, wie die Menschen kommen, wertige Einrichtungen schaffen, wie man sie braucht. Das muss uns allen klar werden. Auch das gehört übrigens, wie ich finde, zur Handlungsfähigkeit der Politik: Man muss reagieren, aber man muss auch ehrlich sein.

Das wollte ich vorhin zum Ausdruck bringen: Wenn wir „Wir schaffen das!“ sagen: irgendwie, irgendwann, ja. Aber dann müssen wir den Menschen auch sagen, dass es nicht leicht werden wird, dass sich die Dinge verändern werden, dass es eben nicht von jetzt auf gleich geht und dass es nicht zu den Bedingungen geht, die wir in der Vergangen-

heit gewöhnt waren. Ehrlichkeit gehört zum Vertrauen in die Politik dazu. Und die sollten wir uns gegenseitig zugestehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Jan-Christoph Oetjen.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass im Rahmen der Amtshilfe 20 Kommunen sehr, sehr kurzfristig jeweils mehrere Hundert Flüchtlinge innerhalb weniger Tage unterbringen müssen, dass auch das örtliche DRK angerufen wird - ihm wird gesagt: ihr müsst kommen, übermorgen kommen die Leute! - und dass das sehr kurzfristig funktionieren muss, frage ich die Landesregierung: Wieso dauert es auf der anderen Seite viele, viele Wochen und Monate, bis das Land eigene Erstaufnahmeeinrichtungen an den Start bringt? Warum dauert es beispielsweise bis zum Frühjahr nächsten Jahres, bis die Notunterkunft in Ehrlessien zu einer Erstaufnahmeeinrichtung umgebaut werden kann? - Ich verstehe nicht, warum das Land für diese Maßnahmen so lange braucht.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Oetjen, es ist ja so, wie Sie es beschreiben. Die Dinge brauchen ihre Zeit. Wenn das Land eine Aufnahmeeinrichtung planen und bauen will, müssen dafür bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein: Man braucht einen Raumbedarfsplan, und dann müssen Architekten beauftragt werden. Das läuft in der Hoheit des Finanzministeriums beim Staatlichen Baumanagement. Dort ist man jetzt so weit, dass sie zwei Modelle entwickelt haben, die mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten - - -

(Ulf Thiele [CDU]: Jetzt haben wir es verstanden: Der Finanzminister muss es machen! Alles klar!)

- Entschuldigung, ich habe keine Zuständigkeit zum Bauen von Einrichtungen. Das sollte selbst Ihnen, Herr Thiele, einleuchten.

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU] - Jörg Hillmer [CDU]: Wie sollen es die Kommunen machen?)

Ich setze mich jetzt wieder hin.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: Das war unsere Frage!)

- Dafür muss ich ja Sie nicht bestrafen.

(Björn Thümler [CDU]: Sie haben hier niemanden zu bestrafen! Was für ein Unsinn ist das denn!)

- Ach, seien Sie doch mal ein bisschen weniger dünnhäutig!

(Björn Thümler [CDU]: Bleiben Sie mal auf dem Teppich!)

Lieber Herr Oetjen, wir bemühen uns nach Kräften, diese Einrichtungen bauen zu lassen. Das passiert. Im nächsten Jahr, denke ich, werden wir die erste kriegen.

Gleichzeitig sind wir dabei, Langfristkonzepte für andere Standorte zu haben. Aber die erste Aufgabe im Augenblick ist, Notunterkünfte zu schaffen. Darunter fällt Ehra-Lessien. Ferner müssen bestimmte Voraussetzungen, auch baulicher Art, erfüllt sein, um eine Anlage als Erstaufnahmeeinrichtung an den Start bringen zu können. Das braucht seine Zeit. Das können wir nicht maßgeblich beschleunigen.

Deswegen liegt das Hauptaugenmerk zurzeit darauf, Notunterkünfte zu schaffen - das ist die Hauptaufgabe - und zeitgleich - mit einer anderen Geschwindigkeit und einer anderen zeitlichen Zielperspektive - die Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen zu erhöhen. Das läuft parallel, aber mit unterschiedlichen Zielperspektiven.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Karsten Becker, SPD-Fraktion.

Karsten Becker (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen nicht ausreichen, frage ich die Landesregierung, ob in Erwägung gezogen wird, neue Einrichtungen zu bauen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, diese Absicht besteht.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Bernd Lynack, SPD-Fraktion. Bitte schön!

Bernd Lynack (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass die Kommunen gestern um Amtshilfe gebeten worden sind,

(Ulf Thiele [CDU]: Die sind nicht gebeten worden! - Reinhold Hilbers [CDU]: Die sind herangezogen worden!)

ob die Amtshilfe künftig das präferierte Modell für die Unterbringung sein wird.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf erstens daran erinnern, dass Nordrhein-Westfalen dieses Modell seit mehreren Wochen fährt und relativ früh damit begonnen hat. Das Land Hessen macht etwas Ähnliches auf der Grundlage der Katastrophenschutzgesetzgebung und zieht die Kommunen darüber heran, diese Aufgabe zusammen mit der Landesregierung wahrzunehmen. Von daher ist das zunächst einmal kein Unikum. Und glauben Sie mir: Wir werden nicht die Letzten sein, die diesen Weg gehen.

Zweite Antwort: Nein, natürlich ist das nicht unser präferiertes Modell. Das ist im Grunde genommen wirklich nur eine letzte Option, um der größten Not, der akuten Not Herr zu werden. Nichts anderes! Nicht mehr und nicht weniger steckt dahinter. Sobald wir darauf verzichten können, werden wir darauf verzichten, weil die Kommunen auch so schon genug zu tun haben. Aber - ich sage es noch einmal - die Alternative dazu ist die Obdachlosigkeit für Flüchtlinge.

Meine Kenntnis der Reaktion der Landräte und Oberbürgermeister von gestern ist die, dass sich die Begeisterung in Grenzen hält. Gleichzeitig war aber viel Verständnis für die Maßnahme vorhanden.

den - bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger. Es gab sehr große Bereitschaft, sehr schnell einzuspringen, ohne dass man sich deswegen darüber freut. Aber die Landräte und die Oberbürgermeister haben einen klaren Blick für die Realität.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt Bernd-Carsten Hiebing.

Bernd-Carsten Hiebing (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass gestern 20 Kommunen, wie ich finde, zur Amtshilfe verpflichtet worden sind - den Begriff möchte ich hier so gebrauchen -, frage ich die Landesregierung: Wie sieht die finanzielle Abwicklung dieser Verpflichtung aus? Tritt das Land direkt in Leistungen ein, dass diese also gezahlt werden, oder müssen die Kommunen auch in Vorleistung treten? - Das scheint mir sehr wichtig zu sein.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hiebing, die Kommunen bekommen bei diesem Amtshilfemodell die tatsächlichen Auslagen erstattet, aber keine Personalkosten. Das ist nämlich der Unterschied zu der vertraglichen Angebotsgeschichte, die wir gemacht haben.

(Ulf Thiele [CDU]: Warum nicht?)

- Weil das Amtshilfe ist.

(Ulf Thiele [CDU]: Warum?)

- Weil es Amtshilfe ist, Herr Thiele. Wir haben den Kommunen angeboten, mit uns öffentlich-rechtliche Verträge abzuschließen,

(Ulf Thiele [CDU]: Sie können aber!)

bei denen die Kommunen eine Pro-Kopf-Pauschale bekommen hätten, die dem entspricht, was auch die Hilfsorganisationen für die gleichen

Leistungen erhalten. Das ist ein ganz fairer Vorschlag gewesen.

(Ulf Thiele [CDU]: Er will sie reinziehen!)

Leider haben sich weniger Kommunen dazu bereit erklärt, als wir benötigt hätten. Das ist der Punkt. Das können Sie nicht mir vorwerfen, höchstens den Kommunen; ich tue das aber nicht.

Jetzt ist der nächste logische Schritt - weil wir der Situation nun einmal Herr werden müssen -, zur Amtshilfe zu greifen. Dafür sind die Bedingungen anders; die kann auch ich mir nicht aussuchen.

(Zustimmung bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Er zwingt die Kommunen in die Verträge!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Jörg Bode, FDP-Fraktion.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pistorius, vor dem Hintergrund, dass Sie vorhin bei meiner Frage nach der Erstaufnahmeeinrichtung in Celle, die das Zeltlager Scheuen ablösen soll, den Teil nach den Zeitplänen nicht beantwortet haben - hier war gemeint: was erwarten Sie, wie lange die technische Herrichtung des Standorts Hohe Wende, den Sie selber auch schon haben prüfen lassen, dauern wird, bis dort tatsächlich Menschen aus Scheuen aufgenommen werden können? -, möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, dies jetzt nachzuholen und zu ergänzen, indem ich Ihnen eine andere Frage stelle: Ist das Land bereit, in diesen Verhandlungen mit der Stadt Celle die verpflichtende Erklärung abzugeben, dass das Lager in Scheuen dann dauerhaft geräumt und nicht wieder in Betrieb genommen wird?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bode, als Nachtrag: Das Ziel ist es, alle diese Plätze bis zum Winter durch Mobile Homes und entsprechende Container zu ersetzen. Daran arbeiten wir mit Hochdruck.

Zur zweiten Frage: Nein, das werden wir nicht garantieren, weil das bedeuten würde, dass ich die

Entwicklung bei der Flüchtlingsbewegung antizipieren könnte, was ich nicht kann. Wenn sich die Situation weiter so entwickelt oder womöglich in den Zahlen noch zunimmt, gibt es keine Garantien für irgendetwas in der Bundesrepublik Deutschland, was die Unterbringung von Flüchtlingen angeht.

(Jörg Bode [FDP]: Und wie lange es dauert, Hohe Wende herzurichten?)

- Wir sind in der Planung. Ich höre gerade, einige Wochen wird das noch in Anspruch nehmen.

(Zuruf von Jens Nacke [CDU])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Meyer, CDU-Fraktion!

Volker Meyer (CDU):

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung: Ist es eine Straftat nach § 95 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes, wenn sich ohne Kontrolle aus Österreich eingereiste Personen, beispielsweise aus dem Kosovo, in Niedersachsen aufhalten? Wenn nicht, warum nicht?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Das ist eigentlich eine Rechtsfrage.

(Zuruf von der CDU: Dann kann das ja die Justizministerin beantworten!)

Also, da ich eine ordentliche Ausbildung genossen habe: Ja, natürlich ist das eine Straftat nach § 95; übrigens eine, die uns bei der Polizei und bei den Staatsanwaltschaften viel Arbeit macht, weil diese Straftaten in jedem Einzelfall verfolgt werden müssen, in der Regel aber zu neunundneunzig-Komma-ich-weiß-nicht-wie-viel Prozent eingestellt werden müssen, jedoch riesige Vorgänge auslösen, die diejenigen, die auch andere Aufgaben wahrzunehmen haben, unnötig belasten, weil bei den Verfahren nichts herauskommt.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Wir befinden uns auf verschiedenen Ebenen, insbesondere auf Bundesebene, in Gesprächen, um zu erreichen, dass man hier zu einer anderen Behandlung, zu einer anderen Einstufung kommt, weil es unsinnig ist, Strafverfahren einzuleiten, die in 99 von 100 Fällen wie das Hornberger Schießen

ausgehen und nichts verändern. Aber ob das gelingt, liegt nicht in meiner Zuständigkeit, sondern liegt am Ende in der Bundeszuständigkeit.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Jens Nacke [CDU]: Und was sagt die Justizministerin dazu?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön, die Frage ist damit beantwortet. - Kollege Hilbers, die nächste Frage!

(Jens Nacke [CDU]: Ist das nicht peinlich? Sie pennt da hinten ein!)

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme mit meiner Frage noch einmal auf das Abstimmungsverhalten im Bundesrat zurück. Vor dem Hintergrund, Herr Minister Pistorius, dass Sie hier erklärt haben, wir laufen am Limit, und vor dem Hintergrund, dass dieses Gesetzespaket, das im Deutschen Bundestag heute beschlossen wird, ein Baustein zur Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge ist, die zukünftig zu uns kommen, frage ich Sie allen Ernstes, Herr Ministerpräsident: Womit rechtfertigen Sie es, dass Sie den Koalitionsfrieden von Rot-Grün hier über das Interesse des Landes stellen?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Der Minister antwortet. - Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie kommen Sie darauf, dass wir das tun?

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist offensichtlich!)

Wir werden heute Nachmittag die abschließenden Gespräche darüber führen und sehen, zu welchem Ergebnis wir kommen. Seitens der SPD habe ich, glaube ich, deutliche Position bezogen. Der Rest wird diesem Gespräch mit den Koalitionspartnern vorbehalten sein. Dann wird es zu einem Ergebnis kommen. Das sollten wir ganz entspannt abwarten.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Kollege Karl-Heinz Bley!

Karl-Heinz Bley (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei dem, was ich heute Morgen miterlebt habe, hat der Minister mit dem, was er ausgeführt hat, eine Art Regierungserklärung gegeben. Er hat aufgezeigt, wie schwierig alles ist. Er hat aber auch aufgezeigt, was wir alles Gutes tun und wie gut Niedersachsen aufgestellt ist.

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Wenn ich dann sehe, was zurzeit im Haushalt steht, und höre, was auf der Grundlage des ersten und des zweiten Nachtrags möglich ist, auch für 2016, frage ich die Landesregierung: Wie kommt das bei dem Bürger, bei all den Ehrenamtlichen, bei den Kommunalvertretern oder auch bei den MdLs an? Gibt es einen Leitfaden, gibt es irgendwo eine Möglichkeit, um genau zu sehen, was in Niedersachsen tatsächlich wo zur Verfügung steht und wie das abzurufen ist, wo die einzelnen Stellen sind, damit man diese Mittel tatsächlich einsetzen kann?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bley, mir ist kein Fall bekannt, in dem wir als Landesregierung oder die Landesverwaltung eine erfragte Auskunft schuldig geblieben wären. Wenn es das geben sollte, bitte ich um einen Hinweis. Jede Frage wird beantwortet werden, und jeder wird einen Ansprechpartner für die Frage finden, die er hat.

Von daher kann ich die Frage nur so beantworten: Wir tun bereits alles dafür, um die Kommunikation über die Mittel, die ausgegeben werden, darüber, welche Standorte es gibt, sicherzustellen. Das alles ist bei uns abfragbar.

Von daher danke ich Ihnen ausdrücklich, dass Sie in Ihrer einleitenden Bemerkung bestätigt haben, dass wir in Niedersachsen gut aufgestellt sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Christian Grascha, FDP!

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern zwei Zusatzfragen stellen.

Die eine Zusatzfrage bezieht sich auf die NABK in Loy. Vor dem Hintergrund, dass es sich hier um eine Landesliegenschaft handelt, frage ich die Landesregierung, ob geplant ist, hier erneut Flüchtlinge unterzubringen, gegebenenfalls auch vom Landkreis Ammerland.

Die zweite Frage bezieht sich noch einmal auf den Komplex Neubau. Die Frage ist ja schon beleuchtet worden. Hier würde mich interessieren: Gibt es konkrete Pläne für weitere Neubauten, gegebenenfalls auch mit Privaten?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Grascha, nein, wir beabsichtigen nicht - ich kenne auch keine entsprechenden Pläne des Landkreises Ammerland -, die Standorte der NABK erneut zur Belegung mit Flüchtlingen heranzuziehen. Mit Verlaub: Mir reicht der Wirbel, den die zwei Wochen ausgelöst haben. Ich wünschte mir, dass wir da in Zukunft zu mehr Sensibilität miteinander kommen, weil die Situation nun einmal so ist, wie sie ist. Aber wir planen das nicht, um das sehr deutlich zu sagen.

Zur zweiten Frage: Es gibt - da müsste ich jetzt selber nachfragen - im Finanzministerium Überlegungen zur konkreten Umsetzung. Was ich nicht sagen kann, ist schlicht und ergreifend, ob dabei auch Private involviert sind. Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

(Christian Grascha [FDP]: Der Finanzminister sitzt ja dort! Der kann doch etwas dazu sagen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Schneider!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation ist so, dass wir die Kapazitäten an Personal vorerst eingesetzt haben, um Notunterkünfte zu schaffen. Das hat absoluten Vorrang.

Für Neubauten müssen Sie von der ersten Überlegung - sprich: Aufstellung eines Raumprogramms -

bis dahin, dass das Ganze schließlich bezogen werden kann, mit - so würde ich einmal sagen - anderthalb Jahren rechnen.

(Ulf Thiele [CDU]: Wie bitte?)

- Vielleicht kann man es noch verkürzen.

Das ist natürlich der momentanen Situation nicht angemessen.

(Ulf Thiele [CDU]: Das können Sie aber laut sagen!)

Deswegen muss die Herrichtung - und da laufen viele, viele Projekte zurzeit parallel - von geeigneten Gebäuden - ein paar Beispiele kennen Sie; eines liegt im Landkreis Celle, das uns zurzeit beschäftigt - natürlich Vorrang haben.

Der gegenwärtige Stand ist - wenn ich also den letzten Stand mitbekommen habe; das ist ein dynamischer Prozess -, dass es ein abgestimmtes Raumprogramm gibt und dass die alternativen Wege erkundet werden, in welcher Form ausgeschrieben werden muss.

Wir sind ja rechtlich nicht frei, wenn wir uns im Bereich von Baumaßnahmen bewegen. In dem Zusammenhang ist dann auch zu entscheiden, in welcher Art und Weise man die Realisierung vorzieht.

(Christian Grascha [FDP]: Und wie ist das mit Privaten?)

- Das muss entschieden werden.

(Christian Grascha [FDP]: Dann entscheiden Sie doch!)

Private Baufirmen werden in jedem Fall tätig. Die Frage ist, in welchem Maße man dort Planungsleistungen vergibt. In der Masse geschieht das sicherlich auch, weil wir dafür gar nicht die Kapazitäten haben; denn unsere Bauverwaltung ist vollständig ausgelastet, zu einem Teil auch überlastet.

(Christian Grascha [FDP]: Das Land kann doch anmieten!)

Von daher ist völlig klar, dass wir hier in der Masse natürlich über Vergabeverfahren reden. Vergabeverfahren kosten aber Zeit. Auch das müssen Sie bedenken.

Das, was Ihnen vorschwebt, ist ein PPP-Modell oder Ähnliches. Das ist aber eine ganz andere Baustelle. Dabei hilft natürlich immer ein Blick in die Landeshaushaltsordnung. Das dürfen wir nämlich nur dann, wenn die Wirtschaftlichkeit gegeben

ist. Auf den ersten Blick - das würde ich jetzt einmal vermuten - dürfte es schwierig sein, diese Wirtschaftlichkeit darzustellen. Die rechtlichen Vorgaben im Haushaltsrecht sind natürlich auch bei diesen Fragen einzuhalten.

Der Hauptzweck, Herr Grascha, ist es, Flüchtlinge unterzubringen, und nicht, Private zu beschäftigen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Christian Grascha [FDP])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Fredermann.

Rainer Fredermann (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Herr Minister, mir drängt sich der Eindruck auf, insbesondere vor dem Hintergrund, dass bisher Einrichtungen und Liegenschaften im Zugriffsbereich des Innenministeriums, wie NABK und Polizei, und auch der Bundeswehr genutzt werden, dass sich die anderen Ministerien mit ihren Einrichtungen und Liegenschaften bisher an der Bewältigung der Flüchtlingskrise nicht beteiligen. Liege ich mit meinem Eindruck richtig?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Fredermann, Sie liegen mit diesem Eindruck nicht richtig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Burghard Jasper. Bitte schön!

Burkhard Jasper (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hat die Landesregierung einen Überblick darüber, wie viele Personen in den Standorten Friedland, Bramsche und Braunschweig untergebracht worden sind, und entspricht das der eben vom Innenminister genannten Platzzahl?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zahlen ändern sich täglich. Ich müsste die tagesaktuellen Zahlen jetzt abfragen, was gegenwärtig passiert. Ich hoffe, ich habe sie gleich.

Wir haben tatsächlich immer eine Überbelegung, zum Teil vier-, fünf-, sechsfach. Unser Hauptziel ist neben der Schaffung winterfester Plätze und zusätzlicher Plätze für die Unterbringung von Flüchtlingen, gleichzeitig die Belegungszahlen in den Erstaufnahmeeinrichtungen peu à peu herunterzufahren, damit sie wieder bei einem verträglichen Maß ankommen. Das sind die Hausaufgaben, die wir gegenwärtig erledigen und die uns ordentlich fordern; das können Sie mir glauben.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt die Kollegin Gudrun Pieper.

Gudrun Pieper (CDU):

Danke. - Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister, ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass im Camp Oerbke 1 263 Flüchtlinge untergebracht sind, vor dem Hintergrund, dass im Camp Bad Fallingbostel zurzeit 1 600 Flüchtlinge untergebracht sind - wobei die Zahl bis zum Jahresende wahrscheinlich auf 5 000 bis 6 000 anwachsen wird -, vor dem Hintergrund, dass das Thema Sicherheit eine sehr große Rolle spielen wird, erstens: Warum ist von der Polizeiinspektion Soltau im Bereich des Staatsschutzes - man muss wissen, dass es gerade bei uns im Landkreis Heidekreis mit einer rechten Gruppe durchaus ein wichtiges Thema gibt, und wir sollten diesen Menschen keine Möglichkeiten geben - ein Beamter des Staatsschutzes zugunsten der Polizeidirektion Lüneburg abgezogen worden? Das ist eine eklatante Entscheidung, und ich hoffe, dass sie bald rückgängig gemacht wird.

Zweitens. Wann gedenkt die Landesregierung, eine Polizeistation in den Camps einzurichten, zumal gerade Sicherheitsdienste im polizeilichen Bereich überhaupt nicht tätig werden können und zumal gerade vor dem Ausblick, dass wir demnächst bis zu 8 000 Menschen in dieser Region haben werden? Wann wird die Landesregierung hier tätig? - Eine Antwort, man arbeitet mit Hochdruck, reicht meines Erachtens nicht aus. Ich bitte darum, dass ich kurz zitieren darf, -

(Ulrich Watermann [SPD]: Ich würde einfach mal nur eine Frage stellen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Kollegin!

Gudrun Pieper (CDU):

- was unser Landrat mir gestern in einer SMS ganz klar mitgeteilt hat:

„Was wir brauchen, ist eine Polizeistation im Camp!!!!!!!“

Und weiter:

„Wir erreichen nichts. Unser Polizeiinspektionsleiter schreibt sich die Hände wund, und mein ständiger Appell stößt nur auf taube Ohren. Allmählich werde ich sauer.“

Das Problem ist also lange bekannt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Kollegin Pieper, das waren zwei Fragen. So bewerten wir das. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sicherheitslage in den Notunterkünften - dazu zählen selbstverständlich auch die beiden größten im Augenblick - ist uns außerordentlich wichtig. Wir nehmen das sehr ernst.

Was die Frage der Wache angeht, werden wir die Sicherheitsfrage fortlaufend überprüfen. Wir haben gegenwärtig eine ständige Polizeipräsenz, deren Umfang je nach Lage entsprechend angepasst werden wird. Natürlich wird, wenn das Camp fertig und belegt ist, die Frage einer Polizeiwache - in welcher Größenordnung auch immer - die zentrale Frage sein. Ich gehe davon aus, dass wir darum gar nicht herumkommen, will dem aber in Bezug auf die polizeiliche Lageeinschätzung ausdrücklich nicht vorgreifen.

Klar ist aber auch, dass die Zahl der Ausrufezeichen den Druck nicht wirklich erhöht, weil es immer noch um die Frage geht: Was ist notwendig? Was ist leistbar? Was entspricht der gegenwärtigen Lageeinschätzung? - Von daher erlauben Sie mir, zu sagen, dass die polizeiliche Einsatzlageeinschätzung den ersten Zugriff hat, danach richtet sich die Einsatzstärke, und danach richtet sich am Ende auch die Frage, wie viele Menschen dort von der Polizei dauerhaft in Form einer Wache oder wie auch immer eingesetzt werden.

Die zweite Frage, ob ein Mitarbeiter vom Staatsschutz von der einen Inspektion zur anderen oder zur Direktion abgeordnet wird, wird nicht im Innenministerium entschieden. Ich will gerne nachfragen, was dazu geführt hat. Aber ich gehe davon aus, dass es wohlabgewogene Gründe dafür gegeben hat. Sonst wäre eine solche Entscheidung nicht getroffen worden. Ein Mitarbeiter im Staatsschutz einer Polizeiinspektion verhindert nach meiner Erfahrung keine rechtsextremen Umtriebe. Das sind in der Regel Fragestellungen, die die Polizei vor Ort insgesamt abzubilden hat und das auch tut.

(Zustimmung bei der SPD - Gudrun Pieper [CDU]: Die sind schon immer unterbesetzt gewesen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Rudolf Götz.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Rudolf Götz (CDU):

Ich frage die Landesregierung: In Hahnenkleeböckswiese ist eine Notunterkunft eingerichtet worden. Bevor dies geschah, fand eine Bürgerversammlung statt. In der Bürgerversammlung wurde darauf hingewiesen, dass es rechtlich schwierig sein wird, einen sauberen Vertrag mit dem dortigen Betreiber zu machen, da nicht alle Eigentümer eingebunden worden sind. Man wusste dies und ist diesen Vertrag trotzdem eingegangen. Warum hat man das gemacht?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gab jemanden, der zeichnungsbefugt war und der berechtigt war, für den Eigentümer einen Mietvertrag abzuschließen. Wenn der in einem internen Rechtsverhältnis seine Vollmacht, seine Prokura überschreitet, dann ist das nicht zuerst unser Problem. Wir mussten davon ausgehen, dass er befugt war, das zu unterschreiben, was er unterschrieben hat. Wenn dann die Eigentümer dem Verwendungszweck dieses Gebäudes widersprechen, haben wir ein rechtliches Problem, das gerade ausgefochten wird. Ich kenne das aktuelle Ergebnis nicht.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das wird ja auch erst entschieden!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Lammerskitten, CDU-Fraktion. Bitte!

Clemens Lammerskitten (CDU):

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Landesaufnahmestelle in Bramsche hat es bei der Registrierung von Flüchtlingen in der Vergangenheit Wartezeiten von bis zu zwei Monate gegeben. Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen wurden in letzter Zeit unternommen, um diese Wartezeiten zu verkürzen, oder welche Maßnahmen sind noch geplant? Welche Fristen werden als angemessen angesehen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Minister, bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Lammerskitten, der Idealzustand ist gewesen, dass wir die Registrierung innerhalb von ein bis maximal zwei Wochen abschließen.

Wünschenswert wäre eine Woche. Aber das war schon lange kaum noch haltbar. Sechs bis acht Wochen sind nicht akzeptabel. Deswegen haben wir mit Nachdruck Stellen in diesen Einrichtungen besetzt, ganz deutlich.

Wir sind dabei, diese Zahl deutlich herunterzufahren, weil auch wir der Auffassung sind, dass ein solcher Zeitraum bis zur Registrierung in den Aufnahmeeinrichtungen nicht hinnehmbar ist. Ziel ist, dass wir kurz- bis mittelfristig bei vier und dann nach etwas längerer Zeit vielleicht wieder bei zwei Wochen ankommen. Angesichts der augenblicklichen Belegung und der Personalbedarfe würde ich eine schnellere Absenkung dieser Frist seriöserweise nicht in Aussicht stellen wollen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Thiele, CDU-Fraktion. Bitte!

Ulf Thiele (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich mit Ihrer Erlaubnis für meinen Zwischenruf von vorhin entschuldigen, der zu einem Ordnungsruf geführt hat. Ich bitte um ein

gewisses Verständnis, weil wir einen Innenminister erleben, der bei jeder Gelegenheit, wenn es darum geht, Vorschläge, die der Bund macht oder die aus anderen Ländern kommen und die einen konstruktiven Beitrag leisten können - - -

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist doch keine Frage! Dann machen Sie doch eine persönliche Erklärung!)

- Sie sind nicht der Präsident.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Thiele, Ihre Entschuldung ist hier angekommen. Ich bitte Sie jetzt, die Frage zu stellen.

Ulf Thiele (CDU):

Vor dem Hintergrund, dass wir hier einen Innenminister erleben, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Sie verstoßen doch schon wieder gegen die Geschäftsordnung!)

auf Teilantworten auf das Gesamtproblem bei der Frage der Reduzierung der Flüchtlingsströme mit einer aus meiner Sicht unglaublichen Destruktivität antwortet und für nicht tragfähig hält, vor dem Hintergrund, dass wir hier einen Innenminister erleben, der uns, diesem Parlament, gleichzeitig erklärt, dass er auch keine Antwort auf die Frage hat, wie man die Flüchtlingsströme reduzieren kann,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Und vor dem Hintergrund, dass wir einen Generalsekretär haben, der mit der Geschäftsordnung völlig überfordert ist!)

und vor dem Hintergrund, dass er - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Herr Kollege! Das war jetzt das dritte „Vor dem Hintergrund“, und ich glaube, das war dann auch das letzte.

Ulf Thiele (CDU):

Das war das letzte „Vor dem Hintergrund“.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Dann kommen Sie zur Frage! Alle anderen bitte ich um Ruhe.

Ulf Thiele (CDU):

- - - und vor dem Hintergrund, dass uns, nachdem der Innenminister hier erklärt hat, unter welchen Notstandsbedingungen er arbeitet, der Finanzminister an dieser Stelle erklärt, dass er bei der Frage des Schaffens zusätzlichen Wohnraums für Flüchtlinge nach den normalen Standards inklusive der Wirtschaftlichkeitsprüfung nach seinem Verordnungs-katalog, den er immer angewandt hat, auch jetzt vorgeht, frage ich diese Landesregierung, wann die Staatskanzlei endlich die koordinierende Funktion übernimmt, damit solche Widersprüche zwischen zwei Ministerien in Zukunft nicht mehr vorkommen und die Probleme endlich tatsächlich angegangen werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Thiele. - Es antwortet Herr Minister Pistorius.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal, lieber Herr Thiele, bedanke ich mich, dass Sie meine Auftritte im Parlament als Erlebnis bezeichnen. Das ist sehr freundlich von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Wenn Sie meine Rolle in der Asyldebatte in Niedersachsen und in Deutschland verfolgt und vielleicht auch einmal mit dem einen oder anderen Kollegen auf Bundesebene darüber gesprochen hätten, dann wüssten Sie, dass ich, was die Zusammenarbeit und die Bereitschaft angeht, über Lösungen nachzudenken und sie zu diskutieren, zu den konstruktivsten Innenministern der gesamten Bundesrepublik zähle. Ich öffne mich jedem Vorschlag. Ich rede über jeden Vorschlag offen. Aber es muss ein Vorschlag sein, über den man auch reden kann, der konkrete Rahmenbedingungen beschreibt. Aber solche Vorschläge liegen mir bislang nicht vor. Ich kenne nur mündliche Erklärungen.

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

- Jetzt wollen wir einmal die Zuständigkeiten endgültig klären. Landesregierungen sind noch nie für die Kontrolle von Außen- oder Binnengrenzen oder für den Zustrom von Flüchtlingen aus anderen europäischen oder außereuropäischen Ländern verantwortlich gewesen. Wenn Sie das meinen,

dann sollten Sie sich einmal die Verfassung anschauen oder sie ändern.

(Anja Piel [GRÜNE]: Ja, das hilft!)

Aber so lange bin ich dafür nicht zuständig.

(Beifall bei der SPD)

Ich suche - - -

(Ulf Thiele [CDU]: Sie sollen doch nur den Bund endlich mal machen lassen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte! - Herr Thiele, Sie haben die Möglichkeit, noch eine zweite Frage zu stellen. Weitere Zwischenrufe werde ich nicht zulassen.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Wir suchen auf Bundesebene - das mag bei Ihnen nicht ankommen; das tut mir dann auch leid - mit vereinten Kräften über die Parteigrenzen hinweg nach Lösungen für alle Fragen, die Sie und wir hier ansprechen. Aber wenn die Antworten so einfach wären, wie Sie es die Öffentlichkeit glauben machen wollen, dann hätten wir sie längst. Dass wir sie noch nicht haben, ist doch ein beredtes Zeichen dafür, wie komplex die Situation ist und wie wenig Faktoren selbst von der Bundesregierung aktiv beeinflusst werden können.

Deswegen sage ich gebetsmühlenartig: Lassen Sie uns das endlich konzedieren! Dann können wir auch viel sachlicher über die einzelnen Bausteine reden. Immer wieder den Eindruck zu erwecken, als seien kleine Teillösungen die Heilsbringer, führt zu nichts und weckt Erwartungen in der Bevölkerung, die am Ende enttäuscht werden. Es ist wichtig, auch kleine Lösungen zu besprechen; das ist völlig richtig. Auch Lösungen, die nachher vielleicht nicht zum Erfolg führen, müssen erörtert werden; da bin ich völlig bei Ihnen. Aber zu glauben, dass darin jeweils die Lösung für das Gesamtproblem liegt, ist ein Irrtum.

(Ulf Thiele [CDU]: Aber dann hören Sie doch endlich auf, immer Nein zu sagen!)

- Ich sage doch gar nicht Nein. Ich bin der Konstruktivste von allen. Ich öffne mich jedem Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Aber es muss erst einmal einen diskussionsfähigen Vorschlag geben. Und den gibt es bislang

nicht; dabei bleibe ich. Wenn es den gibt, werden Sie mich an der Spitze derjenigen sehen, die ihn sachlich erörtern, und zwar ohne vorauseilende Bedenken oder Einwände.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin König, FDP-Fraktion. Bitte!

Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben gerade sehr nett ausgeführt, Sie wollen versuchen, bei bestimmten Dingen zu helfen und dort auch zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Könnten Sie sich vorstellen - nachdem wir z. B. im Landesvergabegesetz die Wertgrenzen heraufgesetzt haben, um das Ganze schneller umsetzen zu können, um schneller bauen zu können und um die Möglichkeiten, aus Zelten und schwierigen Unterbringungsmöglichkeiten herauszukommen, zu verbessern -, auch die Standards bei Bauvorhaben herabzusetzen oder zum Teil auszusetzen? Damit meine ich nicht die Standards, die die Sicherheit betreffen, sondern klimatechnische Sachen, wärmetechnische Sachen und Sonstiges.

In dem Erstaufnahmelager in Osnabrück müssen die Flüchtlinge in den alten OP-Räumen im Keller untergebracht werden. Das Staatliche Baumanagement schafft es nicht, in den oberen Bereichen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, weil die Standards so hoch sind und sich daraus immer wieder neue Probleme ergeben. Dies dauert bis Ende 2016 - während die Flüchtlinge nicht wissen, wohin.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau König, jetzt wundere ich mich ein bisschen. Ich habe heute Morgen ausführlich darüber berichtet, und ich habe in den letzten Wochen darüber berichtet. Wir haben im Blick auf diese bundesrechtlichen Vorschriften eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die sofort aufgegriffen und noch vor ihrer Beschlussfassung von der Bundesregierung in Teilen umgesetzt worden ist.

Ich habe heute Morgen berichtet, dass es einen Gesetzentwurf gibt - der wird in Kürze über die Regierungsfractionen eingebracht -, der genau diese landesrechtlichen Vorschriften, die Sie zu Recht ansprechen, thematisiert und für entsprechende Moratorien bis zum Ende des Jahres 2019 sorgen soll.

Von daher kann ich die Frage nur so beantworten: Selbstverständlich, das machen wir längst. Das haben wir schon gemacht, bevor Sie die Frage gestellt haben.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Anja Piel [GRÜNE])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Nun stellt Herr Kollege Nacke die zweite Zusatzfrage, CDU-Fraktion.

Jens Nacke (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, in der Antwort auf meine erste Frage haben Sie hier ausgeführt, dass niemand in Bramsche gezwungen wird, mit seiner Pritsche auf Gras zu schlafen. Ich frage Sie daher: Ist Ihnen bekannt, dass es in Bramsche, eingerichtet durch die Johanniter, ein Zeltort gibt und dass alle Zelte, die dort stehen, keinen Boden haben, sondern auf nacktem Gras stehen? Jede Pritsche, die da drin ist, steht auf nacktem Gras.

Auf die Frage an den Leiter dieser Einrichtung, wie viele Flüchtlinge noch in Zelten untergebracht sind, die nicht winterfest sind, sagte er am Donnerstag: Die letzte ihm bekannte Zahl sei von Montag, da waren es wohl 255.

Ich habe daraufhin das Vieraugengespräch mit den Johannitern gesucht, die diese Einrichtung betreiben.

(Zuruf von der SPD: Frage!)

Es war nicht ganz einfach, den ganzen Leuten, die uns da begleitet haben, zu entkommen. Aber in dem Vieraugengespräch hieß es dann: Es sind 63 Zelte.

(Zuruf von der SPD: Frage! - Gegenruf von Ulf Thiele [CDU]: Macht euch nicht lächerlich da hinten!)

Jedes dieser Zelte - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Nacke führt seine Frage aus, und er bringt sie auch gleich zu Ende.

Jens Nacke (CDU):

Dort wurde ausgeführt, es seien insgesamt 63 Zelte. Jedes dieser Zelte ist mit mindestens zehn Personen belegt. Mit anderen Worten: Ihnen werden wahrscheinlich 255 nach Hannover gemeldet, aber tatsächlich sind es 500 bis 600. Deren Pritschen stehen auf nacktem Gras.

Ich frage Sie: Wann wird das abgebaut? Wann ändern Sie diese Situation? - Das, was dort abläuft, ist nicht menschenwürdig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Minister, bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Nacke, es ist in der Tat so, dass es eine Zeitlang Situationen gegeben hat, dass die Menschen in diesen Zelten mit ihren Pritschen auf Rasen schlafen mussten. Jetzt müssen sie das nicht mehr. Der Punkt ist nur: Es tun noch immer welche, und zwar, weil sie in diese Zelte hineingehen. Ich habe mich gerade vergewissert. Sie weichen quasi vor der Fülle aus und gehen dann in diese Zelte. Das ist nicht gewollt und nicht beabsichtigt.

Die Zelte stehen noch. Aber sie sind nicht mehr zur regulären Nutzung vorgesehen. Das ist die Auskunft, die ich mir gerade eingeholt habe.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist nicht richtig! Die haben doch gerade Decken gebracht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Dr. Genthe, FDP-Fraktion. Bitte, Herr Dr. Genthe!

Dr. Marco Genthe (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass überall in Niedersachsen neue Notunterkünfte errichtet werden, frage ich die Landesregierung, ob es eine kurzfristige, eine mittelfristige und eine langfristige Konzeption gibt, um die Sicherheit, also das Funktionieren des Rechts-

staates, in diesen Einrichtungen zu garantieren, insbesondere vor dem weiteren Hintergrund, dass sich dort Menschen befinden, die in staatlicher Obhut sind. Es wäre besonders gruselig, wenn denen dort das passiert, wovon sie eigentlich geflohen sind. Ich meine damit nicht nur - um die Frage zu präzisieren - den Einsatz von Polizeikräften, sondern ich meine auch das Abarbeiten der Ermittlungsverfahren durch Staatsanwaltschaften und Gerichte. Ich bin in diesem Zusammenhang erschüttert, dass die Justizministerin hier schweigt. Das Motto der Landesregierung kann ja nicht sein: Boris allein zu Haus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte, Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Genthe, Boris ist nie allein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Hören Sie doch auf mit den Sprüchen, Herr Minister!)

- Ach, Herr Nacke, wenn ich so nett angegangen werde, darf ich doch genauso freundlich antworten. Ich finde wirklich, jetzt müssen Sie einmal nicht ganz so pingelig sein.

(Jens Nacke [CDU]: Seien Sie nicht so angefasst! Kümmern Sie sich um Ihre Aufgaben!)

Erstens. Lieber Herr Genthe, die Frage der Sicherheit in den Unterkünften, gerade in den Notunterkünften, ist - das habe ich mehrfach betont - ein ganz zentraler Punkt.

Zweitens will ich aber deutlich davor warnen, den Eindruck zu erwecken, in diesen Einrichtungen herrsche ein kriminelles Tohuwabohu. Das ist nicht der Fall. Die Polizei ist vor Ort. Die Polizei kümmert sich um die Vorfälle, die passieren.

(Jens Nacke [CDU]: Die schafft das doch nicht!)

Vieles bewegt sich im sogenannten zwischenmenschlichen Bereich. Es gibt auch schwere Straftaten, gar keine Frage.

Die Aufgabe der Polizei ist es gegenwärtig, ein Sicherheitskonzept für alle diese Einrichtungen zu

erstellen, um dem zu begegnen und vor allen Dingen flexibel reagieren zu können. Bei 30 Notunterkünften unterschiedlicher Größenordnung wird man kein einheitliches Konzept entwickeln können, sondern flexibel jeweils vor Ort reaktive Konzepte entwickeln müssen. Daran wird gerade gearbeitet, weil diese Situation natürlich auch die Sicherheitslage und die Lageeinschätzung durch die Polizei beeinflusst. Dem wird mit Nachdruck und hoher Kompetenz seitens der niedersächsischen Polizei begegnet werden.

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Boris.

(Heiterkeit)

Frau Justizministerin Niewisch-Lennartz wird ebenfalls zu der Frage Stellung nehmen. Bitte!

(Christian Grascha [FDP]: Die ich auch da! Das ist ja schön!)

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Justizministerin schweigt nicht, sondern ist in enger Abstimmung mit den Staatsanwaltschaften, der Polizei und den Gerichten vor Ort im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht nur bemüht,

(Jens Nacke [CDU]: Stets bemüht!)

sondern es gelingt ihr auch, die Straftaten, die in der unmittelbaren Umgebung von Erstaufnahmeeinrichtungen begangen werden, zeitnah abzuarbeiten.

(Jens Nacke [CDU]: Stets bemüht!)

Ich möchte besonders hervorheben, dass sowohl Staatsanwaltschaften als auch Gerichte und Polizei hier ganz eng abgestimmt arbeiten, dass man sich insbesondere darum bemüht, zu ganz schnellen Entscheidungen zu kommen - im beschleunigten Verfahren -, und dass, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen, Hauptverhandlungshaft angeordnet wird, sodass man schnell und sicher zu einer Entscheidung kommt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage stellt nun Herr Kollege Deppmeyer, CDU-Fraktion. Bitte!

Otto Deppmeyer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Welche Aufgaben nimmt das Land noch in der Linsingen-Kaserne in Hameln wahr?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Minister Pistorius, bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Deppmeyer, zum gegenwärtigen Zeitpunkt geht es dort ausschließlich um Unterbringung. Leistungen des Landes werden noch nicht erbracht. Sobald das Erstaufnahmecharakter bekommt, werden entsprechend die Aufgaben vom Land übernommen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Winkelmann, CDU-Fraktion. Bitte!

Lutz Winkelmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Pistorius, ich möchte an das anknüpfen, was Dr. Genthe sagte. Er hat aus meiner Sicht vollkommen recht mit seinem Hinweis, dass auch auf die Justiz - und damit die Verantwortung der Ministerin - erhebliche Mehrbelastungen zukommen werden.

(Zuruf von der SPD: Frage!)

Aber bevor die Justiz arbeiten kann, muss erst einmal die Polizei arbeiten können.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Und nun die Frage, bitte!

Lutz Winkelmann (CDU):

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Herr Minister: Beabsichtigen Sie, beispielsweise die Polizeiinspektion Soltau persönlich aufzusuchen, um sich wirklich einmal eine fehlerfreie Wahrnehmung von der Situation zu verschaffen, die in Unterkünften wie Oerbke oder auch Fallingbostel - Fallingbostel ist ja erst in der Aufwachsensphase - herrscht, und so die These, die ich Ihnen vorhalte, zu kontrollieren, dass die Polizei natürlich in bester Weise bemüht ist, aber rein personell überhaupt

nicht in der Lage ist, dem, was dort real an strafwürdigen Handlungen passiert, nachzugehen? Beabsichtigen Sie, selber dorthin zu fahren? Ich fordere Sie dazu ausdrücklich auf.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Winkelmann, es bedarf keiner Aufforderung an den Innenminister, Polizeidienststellen aufzusuchen. Das tue ich nämlich regelmäßig. Ich weiß jetzt nicht, wann Soltau wieder auf der Agenda steht. Aber seien Sie sicher: Ich werde alle Inspektionen besuchen, die im Umfeld und im Einzugsbereich von Erstaufnahmeeinrichtungen oder Notunterkünften liegen. Das gehört selbstverständlich zu dem, was zu tun ist, auch um sich ein - wie Sie zu Recht sagen - völlig ungefiltertes und klares Bild zu verschaffen, das ich dann auch hoffe zu bekommen.

(Zustimmung bei der SPD und von Filiz Polat [GRÜNE])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Hillmer, CDU-Fraktion. Bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass das Land Niedersachsen Zehntausende eigene Beschäftigte hat, und vor dem Hintergrund, dass der Innenminister gestern bekanntgegeben hat, dass er die Kommunen zur Amtshilfe heranzieht, frage ich die Landesregierung, ob die Frau Kultusministerin ihrerseits die Mitarbeiter und Einrichtungen ihres Hauses, die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer vor allen Dingen, zur Amtshilfe zur Verfügung stellt, frage ich die Wissenschaftsministerin, ob die Einrichtungen der Kultur und auch der Wissenschaft ihrerseits den Kommunen zur Amtshilfe bereitstehen, frage ich den Agrarminister, ob seine Einrichtungen der Agrarverwaltung den Kommunen zur Amtshilfe bereitstehen

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das sind jetzt schon drei Fragen!)

- das ist *eine* Frage -, frage ich, ob auch die Mitarbeiter der Justizverwaltung den Kommunen zur Amtshilfe bereitstehen,

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Die vierte Frage!)

und frage ich den Finanzminister, ob die Mitarbeiter seiner Finanzverwaltung den Kommunen zur Amtshilfe bereitstehen,

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Die fünfte Frage!)

wenn sie darum bitten.

Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Es ist wirklich lächerlich! - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Fünf Fragen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Hillmer. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Pistorius.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hillmer, erstens leistet die Landesverwaltung umfassende Hilfe an allen Standorten.

Zweitens hat es zur Erleichterung der Arbeit in den Landesaufnahmeeinrichtungen bereits eine Vielzahl von Abordnungen gegeben. Wir arbeiten an weiteren Überlegungen, beispielsweise an dem Plan - der ist aber innerhalb der Ressorts noch nicht durchdekliniert -, Absolventen der Inspektorenausbildung aus den verschiedenen Ressorts vorübergehend heranzuziehen, um bestimmte Aufgaben an den Standorten der LAB NI und um sie herum sowie bei den Personaleinstellungen - - -

(Ulf Thiele [CDU]: Das war nicht die Frage! - Jörg Hillmer [CDU]: Ich habe nach Amtshilfe gefragt!)

- Was verstehen Sie unter Amtshilfe unter Ressorts? Wir sind *eine* Landesverwaltung.

(Jörg Hillmer [CDU]: Nein, gegenüber den Kommunen! - Jens Nacke [CDU]: Amtshilfe des Landes gegenüber den Kommunen!)

- Um Amtshilfe zu gewähren, muss Amtshilfe eingefordert werden.

(Ulf Thiele [CDU]: Ja! Sind Sie dazu bereit?)

- Die Landesregierung - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Herr Minister! - Wir lassen keine Fragen aus dem Plenum zu. Herr Hillmer hat seine Frage umfassend gestellt, und Herr Minister Pistorius antwortet umfassend. - Bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Er hat sie falsch verstanden!)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Das kann am Empfänger oder am Sender liegen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Ich kann das noch einmal konkretisieren, wenn Sie möchten!)

Die Frage, ob die Landesregierung Amtshilfe leistet, hängt davon ab, um welche Amtshilfe nachgefragt wird und in welchen Bereichen, in welchen Regionen. Ich kann nicht pauschal sagen, dass überall Amtshilfe geleistet wird, weil ich nicht weiß, welche angefordert wird.

(Jörg Hillmer [CDU]: Aber Sie würden sie nicht ablehnen?)

- Die Landesregierung würde selbstverständlich alles tun, um die Kommunen zu unterstützen. Aber wir sind selber - wenn ich das noch einmal in Erinnerung rufen darf - nicht im Ruhemodus, sondern im Krisenmodus. Auch unsere Kapazitäten sind längst limitiert. Das, was darüber hinaus noch möglich ist - es ist nicht abzuschätzen, wie viel das sein kann -, wird gerne auch gegenüber den Kommunen geleistet werden. Aber es bleibt abzuwarten, was abgefragt wird. Denn die Kommunen sind sehr nah dran an der Realität.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Ross-Luttmann, CDU-Fraktion. Bitte!

Mechthild Ross-Luttmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Sie sind eben auf einen finanziellen Unterschied zwischen Ihrem Vertragsangebot an die Kommunen und dem Amtshilfeersuchen eingegangen. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie fragen: Ist das Land im Nachhinein zur vollen Kostenerstattung bereit,

wenn Kommunen bei diesem Flüchtlingszustrom gezwungen sind, Turnhallen und Dorfgemeinschaftshäuser zu belegen und dort Schäden entstehen?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Soweit dort Sachschäden auftreten, ist das Land bereit, einzuspringen. Klar muss aber sein: Die Auswahl der Einrichtungen und der Standorte obliegt den Kommunen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Försterling, FDP-Fraktion. Bitte!

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass die Aufnahmebehörde in Braunschweig-Kralenriede seit Monaten überfüllt ist und gestern in der *Braunschweiger Zeitung* Leserinnen und Leser Vorschläge dazu gemacht haben, wo man Ausweichquartiere schaffen könnte, ob diese genannten Ausweichquartiere in den letzten Wochen und Monaten schon vom Innenministerium geprüft worden sind und was möglicherweise dazu geführt hat, dass man diese Ausweichquartiere - z. B. leer stehende Seniorenheime, leer stehende Kasernen, leer stehende Baumärkte - nicht genutzt hat.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Försterling, die Landesverwaltung, das Innenministerium, die Landesaufnahmeeinrichtungen prüfen alle Einrichtungen, die zur Entlastung der Landesaufnahmeeinrichtung Braunschweig angeboten werden. Ziel ist aber nicht - um da allen Missverständnissen vorzubeugen -, die Kapazität der Landesaufnahmeeinrichtungen zu erhöhen, sondern es geht nur darum, für vorübergehende Entlastung zu sorgen. - Das muss klar sein. Die Zahlen sollen insgesamt nicht steigen, sondern im Gegenteil sinken.

Denn wir sind uns alle darüber im Klaren, dass die Landeserstaufnahmeeinrichtungen Braunschweig, Friedland und Bramsche längst über das Limit gefüllt sind und es dringend geboten ist, die Belegungszahlen zurückzufahren. Wenn dazu vorübergehend Liegenschaften ohne großen Aufwand und vor allem ohne zeitlichen Verzug in Anspruch genommen werden können, werden wir das selbstverständlich nach kurzer, sorgfältiger Prüfung in Betracht ziehen und dann umsetzen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu seiner zweiten Zusatzfrage hat nun Herr Kollege Adasch, CDU-Fraktion, das Wort. Bitte!

Thomas Adasch (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass auch das Thema Straftaten in und um Aufnahmeeinrichtungen heute schon angesprochen wurde - zum Teil wurde ja in den Medien suggeriert, dass manche Straftaten möglicherweise unter dem Deckel gehalten werden -, frage ich die Landesregierung, welche konkreten Erkenntnisse es über Straftaten in und um Aufnahmeeinrichtungen gibt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Adasch, zunächst einmal weise ich die implizite Behauptung - die ich schon ziemlich heftig finde, wenn ich das einmal sagen darf - mit Entschiedenheit zurück,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

dass irgendjemand in der Polizei aus eigenen Stücken oder gar, weil er dazu angehalten wurde, irgendetwas „unter dem Deckel“ hält. Ich finde, das ist eine ziemlich dreiste Behauptung gegenüber der niedersächsischen Polizei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens gibt es auch keinen Grund, das zu tun. Denn - und so gut müssten Sie mich inzwischen kennen - ich bin jemand, der die Dinge immer anspricht, der nichts tabuisiert, aber auch nichts dra-

matisiert. Und wenn es Kriminalität in den Einrichtungen gibt - und die gibt es -, dann wird sie thematisiert, und dann wird dagegen vorgegangen. Niemand wird angehalten, das zu verschweigen, niemand bekommt einen Maulkorb umgehängt oder was sonst für ein Tinnel verbreitet wird.

Das passiert nicht, nicht unter mir, nicht auf meine Anweisung hin - damit das völlig klar ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und wenn Sie mich nach dem Kriminalitätsgeschehen in den Einrichtungen fragen - ich glaube, dazu gab es auch eine Mündliche oder Kleine Anfrage -: Diese Zahlen habe ich nicht abrufbereit im Kopf; das werden Sie mir nachsehen. Das ist nun wirklich nichts, was im Rahmen einer Mündlichen Anfrage unter normalen Umständen beantwortet werden kann. Wenn Sie das wissen möchten, stellen Sie die Frage zu den Erstaufnahmeeinrichtungen noch einmal schriftlich, dann beantworte ich sie gerne im Rahmen des Kriminalitätslagebildes.

(Ulf Thiele [CDU]: Die muss er nicht schriftlich stellen!)

- Ich kann das auch nachliefern. - Aber ich verbitte mir wirklich die Behauptung, irgendjemand kehre etwas unter den Teppich. Das geschieht nicht, und das ist eine sehr unfaire Behauptung gegenüber der Polizei und all ihren Dienststellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Schönecke, CDU-Fraktion. Bitte!

Heiner Schönecke (CDU):

Frau Präsidentin! Vor dem Hintergrund, dass die Kommunen jetzt um Amtshilfe gebeten worden sind, frage ich die Landesregierung erstens: Haben Sie Kenntnis davon, ob Ihnen Liegenschaften innerhalb des gesamten Portfolios der Landesregierung zur Unterbringung von Flüchtlingen hier in Niedersachsen angeboten worden sind? Wir haben ja Tausende von Liegenschaften im Umweltministerium, Landwirtschaftsministerium, Wissenschaftsministerium, Kultusministerium, Finanzministerium, Sozialministerium. Sind Ihnen aus diesen Bereichen Liegenschaften angeboten worden?

Die zweite Frage möchte ich gleich anschließen: Wie viele Mitarbeiter hat man Ihnen aus diesen Ministerien konkret angeboten, um die Bewältigung der Flüchtlingsaufgabe hier in Niedersachsen zu schaffen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Schönecke. - Bitte, Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Schönecke, zur Frage 1: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums und der Landesaufnahmeeinrichtungen nehmen sämtliche ihnen angebotene Gebäude und Liegenschaften in Augenschein - entweder direkt, oder sie lassen sich zunächst entsprechende Zeichnungen vorlegen. Jede Liegenschaft wird geprüft, auch die der anderen Ressorts. Ich nenne ein aktuelles Beispiel: Gerade wird das ehemalige Finanzamt Osnabrück-Land in Osnabrück geprüft, das eine geeignete Größe hat, um Flüchtlinge unterzubringen.

Wir nehmen also wirklich jedes Angebot ernst, aber nicht jedes Angebot ist auch ernst gemeint. Auch das gibt es leider - es gibt den einen oder anderen, der glaubt, er könne sich in dieser Phase mit seiner Schrottimmoblie noch eine goldene Nase verdienen. Darauf werden wir natürlich nicht eingehen - Ihr Einverständnis vorausgesetzt.

Zu Ihrer zweiten Frage: Inwieweit von den anderen Ministerien Personal abgestellt worden ist, würde ich gerne schriftlich nachreichen. Das habe ich auch nicht im Kopf. Es ist aber kein Problem, das zu liefern.

Wie gesagt: Das Finanzamt Osnabrück-Land ist das jüngste Beispiel. Ich würde Ihnen aber auch gerne nachliefern, welche sonstigen Liegenschaften aus den anderen Ressorts überprüft, angenommen oder verworfen worden sind.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Bruns, FDP-Fraktion. Bitte!

Sylvia Bruns (FDP):

Frau Präsidentin! Vor dem Hintergrund, dass das Robert Koch-Institut ab Oktober zu Gripeschutzimpfungen rät - Virologen bezeichnen ja vor allem Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen und die

Helfer dort als besonders gefährdet -, würde mich interessieren, welche Maßnahmen es gibt, um die Menschen aufzuklären und zu animieren, sich impfen zu lassen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Frau Sozialministerin Rundt.

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Bruns, wir sind in ganz, ganz enger Abstimmung mit dem Robert Koch-Institut. Dort wird eine bundesweite Lösung dazu erarbeitet, welche Impfungen für sämtliche Aufnahmeeinrichtungen empfohlen werden. Das ist kurz vor der Abstimmung; ich gehe davon aus, dass in den nächsten Tagen die entsprechenden Empfehlungen vorliegen werden, die wir dann auch in Niedersachsen umsetzen werden.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Försterling, FDP-Fraktion. Das ist dann Ihre zweite, Herr Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Innenminister mehrfach von 100 000 Flüchtlingen, die nach Niedersachsen kommen werden, gesprochen hat, frage ich die Landesregierung, welche Auswirkungen das auf die niedersächsischen Schulen haben wird; denn da ist bisher immer nur von einer Gesamtsumme von 80 000 Flüchtlingen und 30 000 schulpflichtigen Flüchtlingskindern ausgegangen worden. Wird es auch dort zu einer erneuten Nachsteuerung kommen?

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Försterling. - Es antwortet Frau Kultusministerin Heiligenstadt. Bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Försterling, wir berechnen zurzeit noch auf der Basis von 80 000 Flüchtlingen. Wir gehen davon aus, dass gut ein Drittel

der Flüchtlinge Kinder unter 18 Jahren sind, davon ungefähr 20 % schulpflichtig und 10 % unter sechs Jahren, also im Elementarbereich. Das sind in etwa die Prozentsätze, wobei natürlich angesichts der derzeitigen Flüchtlingssituation niemand so genau sagen kann, wie sich die Flüchtlinge tatsächlich verteilen. Und es gibt sehr viele alleinstehende junge Männer in einzelnen Regionen.

(Christian Grascha [FDP]: Es werden doch mehr als 80 000 sein!)

Wir werden allerdings - das habe ich mehrfach betont - bei dem klaren Kurs, den wir haben, bleiben. Wenn Nachsteuerungen notwendig sind, werden wir diese notwendigerweise veranlassen müssen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Fredermann, CDU-Fraktion. Es ist auch Ihre zweite Frage. Bitte, Herr Kollege!

Rainer Fredermann (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Viele Ehrenamtliche in Niedersachsen engagieren sich auch aus dem Beruf heraus für die Flüchtlinge. Unter ihnen sind auch viele Bedienstete der Landesverwaltung. Vor dem Hintergrund frage ich: Wie sieht es mit der Sonderurlaubsregelung für Landesbeamte aus? Ist daran gedacht, die Zeiten oder die Anzahl der Tage zu verlängern, um der Aufgabe, der sie sich gestellt haben, gerecht werden zu können?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Minister Pistorius antwortet.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind da, wie man so schön sagt, dicht am Puls der Zeit und überprüfen regelmäßig, ob die bestehenden Regelungen ausreichen oder nicht. Sollte es sich abzeichnen, dass die bestehenden Regelungen für die Mitarbeiter, die es betrifft, nicht ausreichen, werden wir entweder Ausnahmeregelungen schaffen oder die Sonderurlaubsverordnung ändern, was allerdings angesichts von Anhörungsfristen und Ähnlichem eher die zweitbeste Alternative wäre. Wir haben ein

wachsamem Auge darauf und werden bei Bedarf nachsteuern.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Meyer, CDU-Fraktion. Das ist auch Ihre zweite, Herr Meyer.

Volker Meyer (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Vor dem Hintergrund eines Erlasses aus dem Innenministerium vom 16. September dieses Jahres, in dem festgelegt wird, dass bei Personen, die aus Ungarn aufgrund der Entscheidung der Bundesregierung einreisen und sich in Niedersachsen aufhalten, kein Anfangsverdacht nach § 95 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes besteht und kein Ermittlungsverfahren nach § 163 StPO einzuleiten ist, frage ich die Landesregierung, ob in diesen Fällen, wie eben vom Innenminister bestätigt, Strafverfahren eingeleitet werden oder ob es keine Strafverfolgung gibt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Justizministerin Niewisch-Lennartz, Sie antworten.

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Niedersächsische Landesregierung ist der Auffassung, dass in den Fällen eines Grenzübertritts, ohne über die notwendigen Papiere zu verfügen, ein Ermittlungsverfahren im Grundsatz einzuleiten ist. Wir haben uns allerdings darum bemüht, die dadurch erforderliche Personalbindung auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren. Es hat sich dabei insbesondere in Göttingen ein Verfahren herausgebildet, das gut zu praktizieren ist, sodass die Personaldaten unmittelbar von den Einrichtungen an die Staatsanwaltschaften weitergeleitet werden können, wodurch die Polizei ein Stück weit entlastet wird.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wird jetzt ermittelt oder nicht?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Schwarz von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Frau Schwarz!

Annette Schwarz (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. Erlauben Sie mir einen kurzen Hinweis: Das ist keine Zusatzfrage, sondern meine erste Frage.

Angesichts des Amtshilfeersuchens, mit dem die Landesregierung gestern die Kommunen konfrontiert hat, frage ich die Landesregierung: Welche Unterstützung gewährt die Landesregierung den Kommunen bei der Unterbringung insbesondere von unbegleiteten Flüchtlingen im Zusammenhang mit diesem Amtshilfeersuchen, und welche Unterstützung gewährt die Landesregierung den Kommunen bei den schulpflichtigen Kindern angesichts der Tatsache, dass manche Kommune auf Turnhallen und dergleichen zurückgreifen muss, wodurch sich auch der Unterricht an den Schulen erheblich verändern wird?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Schwarz. - Minister Pistorius antwortet.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst die Vorbemerkung: Das Amtshilfeersuchen hat zunächst nichts mit der Frage zu tun, die Sie hinsichtlich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge angesprochen haben, die auf einem anderen juristischen Weg auf die Kommunen verteilt werden, nämlich in Zuständigkeit der Sozialministerien des Bundes und der Länder. Das hat nichts mit dem Amtshilfeersuchen zu tun.

Bezüglich der Schule hat Frau Ministerin Heiligenstadt gerade schon hinreichend ausgeführt, dass es, soweit erforderlich, flexible Reaktionen geben wird.

(Ulf Thiele [CDU]: Hat sie doch gar nicht!)

Die Amtshilfe selber betrifft nur die Unterbringung bei der Erstaufnahme durch das Land, um das sehr deutlich zu sagen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Nun hat das Wort zu ihrer zweiten Zusatzfrage Frau Kollegin Bruns. Bitte!

Sylvia Bruns (FDP):

Frau Präsidentin! Da unter den Geflüchteten auch Personen sind, die einen besonderen Schutzbedarf haben, insbesondere Frauen und Kinder, fra-

ge ich: Welche Konzepte werden verfolgt, um diesem Personenkreis in den Erstaufnahmeeinrichtungen gerecht zu werden?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Frau Sozialministerin Rundt!

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt ganz aktuell eine kleine Arbeitsgruppe zwischen Sozial- und Innenministerium, an der unsere Fachfrauen beteiligt sind, um genau solche Konzepte auszuarbeiten, um die besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge, nämlich Frauen, insbesondere alleinreisende Frauen mit ihren Kindern, unter besonderen Schutz zu stellen. Da wird gerade an Konzepten gearbeitet. Es wird ohnehin sicherlich in den Einrichtungen geguckt, dass es dort keine besonderen Probleme gibt. Es sollen aber richtige Konzepte erarbeitet werden, um das in den Griff zu bekommen.

(Ulf Thiele [CDU]: Es wird daran gearbeitet!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für seine zweite Zusatzfrage hat jetzt Herr Dr. Genthe, FDP-Fraktion, das Wort.

Dr. Marco Genthe (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Justizministerin gerade behauptet hat, dass sie die Verfahren der Staatsanwaltschaften und die Verfahren der Gerichte im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise im Griff hat, und vor dem weiteren Hintergrund, dass sie eben gesagt hat, sie habe diese Verfahren im Griff, weil bestimmte Verfahrensarten, wie z. B. aufenthaltsrechtliche, überhaupt nicht mehr geführt werden, frage ich die Landesregierung: Gibt es weitere Verfahren nach dem Strafgesetzbuch oder nach dem Ausländerrecht, die jetzt überhaupt nicht mehr geführt werden, bzw. wie haben sich diese Verfahren im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise entwickelt?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dr. Genthe. - Bitte schön, Frau Ministerin Niewisch-Lennartz!

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe meines Erachtens deutlich gesagt, dass die Niedersächsische Landesregierung der Auffassung ist, dass die Straftaten im Zusammenhang mit dem Grenzübertritt ohne notwendige Papiere als Straftaten zu verfolgen sind. Das wird auch getan. Das führt natürlich zu hohen Fallzahlen bei uns in den Staatsanwaltschaften. Aber jeder einzelne Fall wird dort geprüft. Die Verfahren werden entweder nach § 170 Abs. 2 oder nach § 153 Abs. 1 StPO eingestellt. Eingangs hat Herr Innenminister Pistorius schon gesagt, dass die Einstellungsquote entsprechend hoch ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Hat er nicht gesagt!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Ross-Luttmann, CDU-Fraktion. Es ist ihre zweite Zusatzfrage. Bitte!

Mechthild Ross-Luttmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Laut *Spiegel Online* vom 9. Oktober 2015 fordern der Bundeswirtschaftsminister Gabriel, SPD, und der Bundesaußenminister Steinmeier, ebenfalls SPD, eine Begrenzung der Zuwanderung. Vor dem Hintergrund dieser Aussagen frage ich die Landesregierung: Fordert die Landesregierung ebenfalls eine Begrenzung der Zuwanderung?

(Petra Tiemann [SPD]: Die Frage hatten wir jetzt doppelt!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ross-Luttmann. - Bitte, Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ross-Luttmann, Sie gestatten mir sicher, dass ich auf das Protokoll verweise, denn die Frage ist bereits beantwortet worden.

(Petra Tiemann [SPD]: Die habt ihr doppelt gestellt!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Hillmer, CDU-Fraktion. Es ist auch Ihre zweite, Herr Hillmer.

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um mögliche Fehlanreize zu beseitigen, die zu ungerechtfertigten Asylanträgen führen können, soll der Bargeldbedarf in Erstaufnahmeeinrichtungen so weit wie möglich durch Sachleistungen ersetzt werden. Dieser Vorschlag der SPD und der CDU im Bundestag ist Gegenstand des Gesetzes, das gerade im Bundestag beraten und beschlossen wird. Ich frage dazu: Wird die Landesregierung diesen Punkt unterstützen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte sehr, Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hillmer, schön, dass Sie das ansprechen. Das ist nämlich einer der Punkte, die Herr de Maizière in den Gesetzentwurf hineingeschrieben hat, obwohl es so nicht vereinbart war. Er hat nämlich verpflichtend für die Länder gesagt: In den Erstaufnahmeeinrichtungen Sachleistungen statt Geldleistungen.

(Jörg Hillmer [CDU]: So weit wie möglich!)

- Nee, nee, nee, jetzt ist das der Stand. Lassen Sie mich ausreden!

Er hat im ersten Entwurf gesagt: zwingend Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzen. - Dagegen haben wir interveniert. Unter anderem habe ich diesen Punkt im Bundestag vor zwei oder drei Wochen angesprochen und habe gesagt: Leute, es ist Unsinn, das verpflichtend zu machen, weil es entscheidend darauf ankommt, wie groß der tatsächliche Verwaltungsaufwand ist. - Bekanntlich dürfen Sie davon ausgehen, dass der Tagessatz in Erstaufnahmeeinrichtungen bei, glaube ich, 4,73 Euro liegt - das sind also weniger als 150 Euro pro Monat -, also bei einem Betrag, der so niedrig ist, dass man damit gerade einmal den täglichen Bedarf an - ich weiß nicht was - Zigaretten, Erfrischungsgetränken oder was auch immer decken kann.

Wenn all das durch Sachleistungen ersetzt werden müsste, würde das zu einem deutlich höheren

Verwaltungsaufwand in den Erstaufnahmeeinrichtungen führen, ohne dass der - wie soll ich sagen - sogenannte Pull-Effekt nennenswert zurückgeht; denn niemand - glauben Sie es mir - kommt wegen 4,75 Euro in den ersten Wochen in eine Erstaufnahmeeinrichtung in Deutschland.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb unterstütze ich die von uns durchgesetzte Formulierung „nach Abwägung des Verwaltungsaufwandes“, also: soweit möglich. - Ich sehe im Augenblick aber nicht, dass diese Klausel zum Tragen kommt, weil der Verwaltungsaufwand in der Tat zu hoch wäre.

(Ulf Thiele [CDU]: Da haben wir es nämlich! Das heißt: Sie werden es nicht umsetzen! - Gegenruf von Filiz Polat [GRÜNE]: Da zeigt sich dann auch die christlich-soziale Politik an der Frage, die Sie hier stellen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Kollege Thiele, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre zweite Zusatzfrage zu stellen. Bitte!

Ulf Thiele (CDU):

Frau Präsidentin! Vor dem Hintergrund, dass der Innenminister hier mehrfach von einer in seiner Behörde angenommenen Zahl von 100 000 Flüchtlingen in diesem Jahr gesprochen hat, die Kultusministerin hier vorhin dargelegt hat, dass das Kultusministerium nach wie vor von 80 000 Flüchtlingen ausgeht und auf dieser Basis rechnet, und der Finanzminister uns einen Nachtragshaushalt vorgelegt hat - dieser wurde ja gestern hier verabschiedet -, der auf der Zahl von 80 000 Flüchtlingen basiert, frage ich die Landesregierung, was sie auf der Basis des Nachtragshaushalts und den dort festgelegten Personalkosten tun will, wenn es zu der vom Innenminister kalkulierten und hier dargestellten Zahl von 100 000 Flüchtlingen kommt. Ich beziehe das sowohl auf die Situation im Kultusministerium als auch auf die Situation im Sozialministerium, als auch auf die Situation im Justizministerium, als auch auf die Situation im Innenministerium, als auch auf die Situation im Wissenschaftsministerium; denn alle Ministerien kalkulieren nach den Aussagen des Innenministers erkennbar auf der Basis einer falschen Zahl.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Erst werde ich kurz antworten, dann der Finanzminister.

Sehr geehrter Herr Thiele, ich will noch einmal auf das hinweisen - Sie können das auch gern im Ste-nografischen Bericht nachlesen -, was ich gesagt habe. Ich habe nicht gesagt, wir rechnen mit 100 000 bis 120 000 Flüchtlingen. Vielmehr habe ich gesagt: Wenn sich die Zahlen vom September fortsetzen - es weiß aber niemand, ob das so pas-sieren wird -, dann müssen wir uns auf diese Zahl einstellen.

Das heißt: Wir reden hier über etwas - ich versu-che ja andauernd, Ihnen das klar zu machen -, was nicht planbar ist. Sie können sich auf den Kopf stellen. Sie werden heute nicht sagen können, ob wir morgen 100 000, übermorgen 130 000 oder nächste Woche 80 000 zusätzliche Flüchtlinge haben werden oder nicht. Wir reden hier besten-falls über Schätzgrößen. Sie können den Haushalt nicht jedes Mal anpassen, nur weil sich eine Prog-nose verändert oder irgendwo eine Grenze auf-tut.

Wir befinden uns - ich wiederhole es gern noch einmal - in einem Krisenarbeitsmodus, der Reakti-onen dann verlangt, wenn sie anstehen, meine Damen und Herren. Fragen Sie die Bundeskanzle-rin - vielleicht weiß die es; wahrscheinlich wissen Sie es genauer, dann bitte ich um Amtshilfe Ihrer-seits -, wie hoch die Zahl der Flüchtlinge in den nächsten Monaten tatsächlich sein wird. Ich weiß es nicht. Ich kann nur Schätzungen auf der Grund-lage der Zugänge der letzten vier oder sechs Wo-chen vornehmen, habe aber keine Ahnung, ob es so kommen wird. Wenn ich es wüsste, könnte ich mit solchen Hellsehereien Geld verdienen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Finanzminister Schneider, bitte!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Schönen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine kurze Ergänzung: Die Haus-haltsplanung setzt natürlich auf der Vergangenheit und auch auf der Gegenwart auf. Für den Nach-tragshaushalt - wir haben heute den 15. Oktober - ist es nicht mehr sonderlich relevant, wenn wir

höhere Zahlen beispielsweise am 15. Dezember zu registrieren haben werden. Das führt ja nicht dazu, dass wir vor Weihnachten zusätzliche Lehr-kräfte einstellen und anderes machen können.

Wir laufen hier in ein Risiko. Das ist nun einmal so. Es kann durchaus sein, dass wir sehr spät im Jahr merken, dass die gestern beschlossenen Zahlen an der einen oder anderen Stelle nicht reichen. Dann muss entsprechend reagiert werden, und dafür gibt es auch Möglichkeiten.

Die Relevanz höherer Zahlen werden wir mit dem Haushalt 2016 zu diskutieren haben. Der - das will ich hier gar nicht verhehlen - macht mir große Sor-gen; denn gemessen an dem Entwurf vom Som-mer, als wir noch von 400 000 Flüchtlingen ausgehen konnten - das war die offizielle Zahl des Bun-des -, müssen wir jetzt mit deutlich höheren Zahlen rechnen, die ja im Bestand fortgesetzt werden müssen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sich das nicht sehr schnell abbauen wird. Wir werden es also beim Haushalt 2016 mit einer er-heblichen Vorbelastung finanzieller Art zu tun be-kommen und weiterhin mit großen Prognoseunsi-cherheiten.

Was den Nachtrag betrifft, finde ich, sollten wir gemeinsam - das ist ja auch gemeinsam verab-schiedet worden - sagen: Das ist alles nach bes-tem Wissen und Gewissen auf Grundlage der Er-kenntnisse, die wir zurzeit haben, entstanden. - Mehr kann man bei dieser Dynamik der Entwick-lung eigentlich nicht tun.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Finanzminister Schneider. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Winkel-mann. Das ist auch Ihre zweite, Herr Kollege.

Lutz Winkelmann (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Justizministerin, Sie haben sicherlich genau wie wir alle das Bedürfnis, dass die Menschen, die in die Erstaufnahmelager kommen und die dort unter erheblichem psychischen Druck zusammen-leben müssen, vor den Straftaten Einzelner, die dort, wie wir alle wissen, vorkommen, geschützt werden.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Und von außen!)

Das können Vermögensdelikte sein, das können Körperverletzungsdelikte sein oder leichte Erpres-

sungen, von denen berichtet wurde, aber auch Delikte, die in den Bereich der Sexualität fallen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Sie kommen jetzt zu Ihrer Frage, Herr Kollege? - Danke.

Lutz Winkelmann (CDU):

In Anbetracht der Tatsache, dass die Staatsanwaltschaften in Niedersachsen bereits jetzt extrem belastet sind - wenn nicht gar überlastet sind - und Großes leisten:

(Zurufe von der SPD: Frage!)

Haben Sie schon irgendwelche konkreten Vorstellungen, wie und, wenn ja, mit welchem Zusatzpersonal - bitte Zahlen! - Sie die Staatsanwaltschaften stärken wollen, um dazu beizutragen, dass unser Rechtsstaat in Niedersachsen in Zukunft noch funktionieren kann und Strafverfahren nicht nach § 170 Abs. 2 oder § 153 StPO eingestellt werden müssen, wie wir vorhin gehört haben, sondern Straftaten zeitnah und effizient geahndet werden?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet Frau Justizministerin Niewisch-Lennartz. Bitte!

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie haben völlig recht: Es ist mir ein wichtiges Anliegen, dass Straftaten zeitnah geahndet werden. Darum sind die Staatsanwaltschaften, die Polizei und die Gerichte auch in hohem Maße bemüht, und aufgrund des besonderen Engagements vieler Justizangestellter gelingt das auch tatsächlich im beschleunigten Verfahren mit der Maßnahme, die ich eben schon genannt habe - mit Hauptverhandlungshaft -, sodass man schnell und zügig zu Aburteilungen kommt.

Zu Ihrer Frage, was wir in Zukunft hinsichtlich der Personalverstärkung machen: Wir haben natürlich neben den Verwaltungsrichtern, die notwendig sein werden, neben Vormundschaftsrechtspflegern, die in höherem Maße notwendig sein werden, auch die Staatsanwaltschaften im Blick, wenn es darum geht, parallel im laufenden Jahr zu sehen, ob wir Flexibilisierung brauchen, um im nächsten Jahr ausreichend aufgestellt zu sein. Wir bereiten gerade ein entsprechendes Maßnahmenpaket vor, um im laufenden Haushaltsaufstellungs-

verfahren dazu die notwendigen Maßnahmen treffen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin von Below-Neufeldt, FDP-Fraktion.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im September-Plenum habe ich Herrn Innenminister Pistorius gefragt, ob es ein Konzept für den Grippeimpfschutz der vielen Flüchtlinge geben würde. Inzwischen schneit es in Deutschland. Heute hat Frau Ministerin Rundt ausgeführt, dass ein Konzept erstellt wird. Ich frage die Landesregierung: Welchen Termin haben Sie zur Vorlage dieses Konzeptes gesetzt?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung antwortet Frau Sozialministerin Rundt. Bitte!

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden nur noch wenige Tage brauchen, bis wir ein solches Konzept auch mit dem Innenministerium abgestimmt haben, so dass es dann mit dem Impfen losgehen kann.

(Beifall bei der SPD - Dr. Gero Hocker [FDP]: Das ist sehr relativ!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Dr. Birkner, FDP-Fraktion. Bitte, Herr Birkner!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass neben dem Spracherwerb die Integration in den Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung ist, frage ich die Landesregierung: Welche konkreten Programme gibt es denn derzeit zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, und welche beabsichtigen Sie darüber hinaus aufzulegen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Herr Minister Pistorius.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Dr. Birkner, ich bitte um Verständnis, dass ich auch zu dieser Frage auf meine Ausführungen von heute Morgen verweise. Darin gab es ein breites Kapitel zum Thema Arbeitsmarktintegration. Ich kann jetzt meine Rede herausholen und das noch einmal vortragen. Aber im Interesse von uns allen und der Sitzungsökonomie würde ich mir erlauben, auf das Protokoll zu verweisen.

(Beifall bei der SPD - Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Sehr schön!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage stellt nun Frau Kollegin von Below-Neufeldt. Bitte, Sie haben das Wort.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die geflüchteten Frauen mit ihren Kindern zu sprechen kommen. Frau Ministerin Rundt hat vorhin ausgeführt, auch da werde ein Konzept erstellt. Für den Fall, sehr geehrte Frau Ministerin, dass Sie jetzt wieder „in wenigen Tagen“ sagen, wüsste ich gerne einmal, was „wenige Tage“ für Sie sind; denn dabei kommt immer auf die Sichtweise des Betrachters an. Ich hätte gerne einen konkreten Termin.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Sozialministerin Rundt!

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags! Ich glaube, wir alle verstehen unter „wenigen Tagen“ ein paar, wenige Tage.

Was die Erarbeitung des Konzeptes für den Bereich „Frauen in Flüchtlingsunterkünften“, auch Frauen mit ihren Kindern, betrifft, kann ich Ihnen keinen festen Termin nennen,

(Jörg Hillmer [CDU]: 30 Tage?)

weil es erst eine Abstimmung geben muss und weil gerade an Konzepten gearbeitet wird. Auch das ist im Übrigen ein Bundesthema. Es gibt dort die ent-

sprechenden Bemühungen von Frau Bundesministerin Schwesig, ebenfalls dafür zu sorgen, dass es in diesem Bereich Gesamtkonzepte gibt. Das wird sicherlich mehr als ein paar Tage dauern.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Das war ja erschöpfend!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Hilbers, CDU-Fraktion. Das ist auch Ihre zweite, Herr Hilbers.

(Ulrich Watermann [SPD]: Alles Innenpolitiker da drüben!)

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Asylkompromiss in Berlin stellt es den Ländern anheim, die Gesundheitskarte einzuführen. Wie ist der Sachstand in Niedersachsen? Beabsichtigt die Landesregierung, diese Gesundheitskarte in Niedersachsen einzuführen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Hilbers. - Für die Landesregierung antwortet Frau Sozialministerin Rundt. Bitte!

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, die Landesregierung beabsichtigt, die Gesundheitskarte einzuführen. Wir sind im Moment dabei, die letzten Eckpunkte des Bundes abzuwarten, weil sie sehr starken Einfluss darauf haben werden, aus welchen Details diese Karte bestehen wird. Uns liegt aber bereits ein mit einer Kassenart abgestimmter Entwurf vor, sodass wir in dem Moment, in dem wir von der Bundesebene die letzten Details wissen, direkt in die Umsetzung gehen können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Dr. Birkner, FDP-Fraktion.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Justizministerin vorhin ausgeführt hat, dass wegen der Grenzübertritte ohne Papiere und ohne die erfor-

derlichen Voraussetzungen entsprechende Strafverfahren eingeleitet worden sind, frage ich Sie: Wie viele Ermittlungsverfahren sind denn in diesem Zusammenhang in Niedersachsen anhängig?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Frau Justizministerin Niewisch-Lennartz. Bitte!

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Birkner, ich habe die Zahlen im Augenblick nicht zur Hand. Ich reiche sie für das Protokoll nach.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Größenordnung!)

- Es sind mehrere Tausend.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Danke! Aber bitte nachreichen!)

- Gerne!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist 11.56 Uhr. Weitere Wortmeldungen für Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Die Antworten der Landesregierung zu den Anfragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben. Sie stehen Ihnen in Kürze im Intranet und im Internet als unkorrigierte Drucksache elektronisch zur Verfügung.¹

Ich darf aufrufen den

Tagesordnungspunkt 23:

Abschließende Beratung:

Für mehr Lehrkräfte, gegen drohenden Stundenausfall: Mit einem Sofortprogramm den rot-grünen Bildungsbankrott verhindern - guten Unterricht an allen Schulformen sicherstellen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/3829 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 17/4315

¹ (Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 65, die nicht in der 77. Sitzung des Landtages am 15. Oktober 2015 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/4430 abgedruckt.)

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort für die CDU-Fraktion dem Herrn Kollegen Seefried. Bitte!

(Unruhe)

- Kolleginnen und Kollegen, die nicht der Debatte folgen möchten, bitte ich, den Plenarsaal zu verlassen, damit wir hier in Ruhe die Beratungen fortsetzen können. - Bitte, Herr Kollege Seefried!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Niederlage vor dem Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg sitzt nach wie vor tief. Sie sitzt tief bei den Abgeordneten von SPD und Grünen, tief bei der Landesregierung und der Kultusministerin. Sie liegt - auch wenn Sie, sehr geehrter Herr Scholing, selbst davon nicht mehr berührt sind - vor allen Dingen aber tief bei den Schulen und bei unseren Lehrkräften; denn das sind diejenigen, die das, was diese Landesregierung angerichtet hat, ausbaden müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Urteil des Obergerverwaltungsgerichtes Lüneburg ist schlechthin *die* Ohrfeige für diese Landesregierung und die falschen und willkürlichen Entscheidungen, die dort getroffen worden sind. Die Entscheidungen sind aber nicht nur juristisch, sie sind und bleiben auch im Grundsatz vollkommen falsch.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt für die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für die Lehrkräfte und - das will ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen - auch für die Abschaffung der zugesagten Altersermäßigung für alle Lehrkräfte. Die Landesregierung versucht hier, sich die Welt wieder so zu machen, wie sie ihr selber am besten gefällt. Die Landesregierung ist wieder im Modus der Pippi-Langstrumpf-Politik. Das Ganze schreibt sie auch in einer aktuellen Antwort der Landesregierung nieder. In dieser Antwort der Landesregierung zur Arbeitsbelastung unserer Lehrkräfte ist die Rede davon, dass die Abschaffung der zugesagten Altersermäßigung - jetzt zitiere ich aus dieser Antwort der Landesregierung - den Betroffenen „zumutbar“ ist und diese Entscheidung auch durch das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt worden ist.

Meine Damen und Herren, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat aber gerade nicht über die Zumutbarkeit entschieden, sondern es hat darüber entschieden, dass das, was Sie da gemacht haben, gesetzlich rechtmäßig ist. Gesetzlich rechtmäßig ist es, falsch bleibt es aber trotzdem.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

SPD und Grüne - das weiß ich - können diese Diskussion über ihre eigene verfehlte Bildungspolitik selbst nicht mehr ertragen. Sie müssen es aber ertragen und auch die Debatte heute führen. So wurde eben auch mit unserem Entschließungsantrag umgegangen: möglichst schnell durch den Kultusausschuss bringen, möglichst schnell dann auch ablehnen, so wie es heute hier im Landtag passieren soll. - Aber Sie müssen diese Diskussion ertragen; denn Ihre falsche und vollkommen verfehlte Politik führt zu dramatischen Konsequenzen für unsere Schulen, für die Lehrkräfte, für die Eltern und zuallererst für die Schülerinnen und Schüler.

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung wird für alle zu einem immer größer werdenden Problem. Die Belastung unserer Lehrkräfte steigt und steigt. Sie steigt eben nicht nur in der Anforderung, guten Unterricht zu machen und dabei auch noch die Inklusion entsprechend umzusetzen, sondern die Belastung steigt auch über die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung, die durch diese Landesregierung gefährdet ist. Sie steigt durch die Mehrarbeit, die zu leisten ist, um das Oberverwaltungsgerichtsurteil auszugleichen. Sie steigt durch die Vertretung, die Lehrkräfte machen müssen. Sie steigt auch durch die zusätzliche Betreuung der Flüchtlinge, die planlos durch diese Landesregierung in unsere Schulen kommen.

Ich denke, jeder hier im Saal kann sich gut vorstellen, auch ohne selbst Pädagoge zu sein, was unsere Lehrkräfte an dieser Stelle leisten. Ich will es noch einmal betonen: Unsere Lehrkräfte in Niedersachsen leisten etwas Großartiges! Unseren Lehrkräften gilt der allergrößte Dank!

(Beifall bei der SPD)

Die Probleme, die diese Landesregierung zu verantworten hat, zeigen sich aber überall offenkundig und verschärfen sich von Tag zu Tag, eben auch mit der planlosen Flüchtlingspolitik. Sie, die Abgeordneten von SPD und Grünen, und die Ministerin Heiligenstadt tragen dafür die Verantwortung.

Wir als CDU-Fraktion haben Ihnen viele, viele Hinweise gegeben. Seit dem Sommer 2013, gleich

nach dem Regierungswechsel, wurde ein Antrag nach dem anderen hier im Parlament beraten. Im Ergebnis bleibt heute auch nach über zweieinhalb Jahren festzuhalten: Niedersachsen ist von allen Bundesländern am schlechtesten auf die aktuelle Situation in unseren Schulen vorbereitet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Woher nehmen Sie diese Erkenntnis? Das ist Populismus!)

- Frau Hamburg, das ist kein Populismus, sondern das passt genau dazu, was am Montag sogar Ihre befreundete GEW in Osnabrück zum Ausdruck gebracht hat. Selbst dort wird diese Kritik so geäußert. Die Presse hat auch darüber berichtet. Herr Yalcinkaya, der Leiter einer Hauptschule, wird auf dieser GEW-Tagung wie folgt zitiert: Die bereitgestellten Mittel und Maßnahmen gingen in die richtige Richtung, aber sie seien nicht genug, und sie kämen zu spät. - Genau so wird es dort zum Ausdruck gebracht. Frau Hamburg, Sie hätten längst viele Maßnahmen auf den Weg bringen können, wenn Sie den Vorschlägen von CDU und FDP in der Vergangenheit bereits gefolgt wären.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landesregierung gibt aber immer noch keine Antworten auf die Probleme. Im Gegenteil: Sie baut immer neue Hürden auf.

Das, was wir jetzt brauchen, sind flexible Möglichkeiten, die vor Ort in den Schulen zur Verfügung stehen, um Einstellungen vorzunehmen und um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Was wir derzeit nicht brauchen, ist ein Einstellungserlass, was wirklich nur nach SPD-Planwirtschaft funktioniert. Genau so kann man unseren Schulen derzeit überhaupt nicht helfen.

Wir brauchen eine angemessene Entschädigung für die geleistete Mehrarbeit. Sie, die Abgeordneten von SPD und Grünen, Sie, Frau Hamburg, Sie, Herr Scholing, und alle weiteren, vor allen Dingen unsere Ministerin, Sie müssen dafür sorgen und tragen dafür die Verantwortung, dass wirklich jede - das betone ich noch einmal: wirklich jede - Stelle, die hier in Niedersachsen durch Ihre falsche Politik nicht besetzt worden ist und die dann erst durch ein Gerichtsurteil geschaffen werden musste, besetzt wird und jede geleistete Mehrarbeit auch wirklich ausgeglichen wird. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

Wir alle wissen doch, dass die Belastungen für unsere Lehrkräfte steigen, genau wie ich es gera-

de beschrieben habe. Aber wie dramatisch die Belastungssituation unserer Lehrkräfte tatsächlich ist, lesen wir auch in der schon genannten Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zu der Belastung der Lehrkräfte in Niedersachsen. Die Antwort der Landesregierung ist von letzter Woche.

Ich finde, das, was in dieser Antwort steht, muss uns alle gemeinsam nachdenklich machen. Denn in dieser Antwort listet die Landesregierung die Zahlen auf, dass es weniger als 10 % unserer Lehrkräfte in Niedersachsen schaffen, bei voller Unterrichtsverpflichtung bis zur Pensionsgrenze durchzuarbeiten. Weniger als 10 %! Noch erschreckender finde ich die Zahl, dass jedes Jahr rund 80 % aller Pensionierungen von Lehrkräften Frühpensionierungen sind, weil sich diese Lehrkräfte zum großen Teil freiwillig dazu entscheiden, ihre Arbeitszeit zu verkürzen und auf Gehalt zu verzichten, weil die Situation in den Schulen nicht mehr zu schaffen ist.

Ich finde, meine Damen und Herren, das muss uns gemeinsam nachdenklich stimmen, wie wir genau auf diese Entwicklung reagieren. Deswegen brauchen wir endlich eine ehrliche Debatte darüber, was unsere Lehrkräfte leisten, statt einer Politik wie bei SPD und Grünen, die von Willkür und vom Machtgedanken getragen ist.

Eine unabhängige wissenschaftliche Erhebung der Arbeitszeit unserer Lehrkräfte wäre genau die Chance, die Sie jetzt nutzen könnten, um neues Vertrauen und auch eine neue Ehrlichkeit aufzubauen. Aber auch diese Chance haben Sie wieder vertan, indem auch mit diesem Antrag die Möglichkeit einer unabhängigen Erhebung der Arbeitszeit unserer Lehrkräfte wieder einmal vertan wird und Sie nicht einmal bereit sind, überhaupt darüber zu reden, wie eine solche Erhebung auf den Weg gebracht werden könnte.

„Augen zu und durch!“ - das ist das Motto bei dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Seefried, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Hamburg zu?

Kai Seefried (CDU):

Auch wenn die Zeit knapp ist - gerne, Frau Hamburg!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Seefried, die Uhr wird angehalten.

Kai Seefried (CDU):

Ich danke Ihnen.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Herr Seefried, vor dem Hintergrund, dass das Urteil des Gerichts deutlich gemacht hat, dass die Belastungen der letzten zehn Jahre, die an Schulen immer wieder on top gelegt wurden, Grundlage dafür sind, dass man nicht quantifizieren kann, inwiefern die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung tatsächlich zu vertreten ist, frage ich Sie, wo Ihre Demut und Eigeneinsicht bleiben, rückblickend zu schauen, was bei Ihnen dort on top gelegt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kai Seefried (CDU):

Ich darf einmal ganz einfach fragen, Frau Hamburg: Wer hat eigentlich diese Klage vor dem Oberverwaltungsgericht verloren, und gegen wen ist geklagt worden? - Es ist gegen die Landesregierung von SPD und Grünen geklagt worden, und verloren haben genau Sie!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben verloren, und Sie müssen die Konsequenzen tragen.

Genau deshalb wäre es eine Chance, eine solche Erhebung zu machen. Wenn Sie dafür offen sind, dann lassen Sie uns doch endlich diesen Weg beschreiten, sodass wir eine solche Erhebung der Arbeitszeit bekommen! Sie haben bisher jede Chance vertan, die sich hierzu im Landtag geboten hat, und jeden Antrag abgelehnt. Sie sind nicht einmal bereit, darüber zu reden, wie wir das gemeinsam auf den Weg bringen können.

Das Motto bei dieser Landesregierung ist und bleibt: „Augen zu und durch!“ Das ist auch wieder bei der GEW-Tagung am Montag in Osnabrück deutlich geworden. Die *Neue Osnabrücker Zeitung* hat dazu am Dienstag geschrieben. Ich möchte aus dem Artikel der *NOZ* zitieren, wie es sich in Osnabrück abgespielt hat. Ich glaube, das ist für alle interessant. Ich zitiere aus dem *NOZ*-Artikel:

„Dissonanzen traten gegen Ende der Eröffnungsveranstaltung auf, als die Fachgruppe der Grundschullehrer ihre an die Ministerin adressierten Beschwerdebriefe nicht los-

wurde. Vertreterinnen der Fachgruppe hechteten mit ihren vorbereiteten Utensilien hinter der Ministerin her, als sie den Saal verließ, und erwischten sie noch beim Besteigen der Dienstlimousine. Dort erhielten sie den Bescheid, dass nicht genug Platz im Wagen und die Entgegennahme jetzt nicht möglich sei.“

(Adrian Mohr [CDU]: Dialogkultur!)

Was soll man von einer solchen Situation und von einem solchen Umgang mit unseren Lehrkräften in Niedersachsen halten?

Unter dem Strich bleibt ein riesengroßes Chaos in diesem Kultusministerium, das Sie und die Ministerin zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Seefried. - Nun hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Scholing das Wort. Bitte!

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die schwierige Frage ist: Was macht man mit einem Antrag, der sich völlig überholt hat, der, glaube ich, keinen mehr interessiert und der im Übrigen abgearbeitet ist?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Man nutzt ihn, um hier noch einmal das große Bild zu zeichnen, das wir mittlerweile zur Genüge kennen. Ich wiederhole dieses Bild jetzt nicht; denn dieses Bild spiegelt gewiss nicht die Realität in den niedersächsischen Schulen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Scholing, ich darf Sie kurz unterbrechen. Herr Kollege Seefried bittet darum, eine Frage stellen zu dürfen.

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Nein. Ich habe ja noch gar nicht richtig angefangen.

(Kai Seefried [CDU]: Das Erste war ja schon falsch!)

Der Antrag der CDU - wir reden hier immerhin über diesen Antrag; über diesen Antrag wollen wir schließlich abstimmen - bezieht sich auf das OVG-Urteil. Dazu haben wir uns hier schon breit ausge-

tauscht. Ich könnte die Rede - ich habe sie jetzt nicht dabei - geradezu aus dem Ärmel hervorholen und könnte noch einmal sagen, was ich davon halte.

Natürlich hat das Urteil sowohl das Kultusministerium als auch die Landesschulbehörde und vor allem auch die Schulen vor Ort vor große Herausforderungen gestellt. Auf einmal rutschte die prognostizierte Unterrichtsversorgung von 100 % auf 96 %, und zwar zu einem Zeitpunkt, als das Einstellungsverfahren schon weitgehend abgearbeitet war. Das ist wirklich eine große Herausforderung. Und wissen Sie was, meine Damen und Herren? - Das ist gelungen! Das ist erst einmal durch Entscheidungsfreudigkeit dieser Kultusministerin, der Landesregierung, durch das Akzeptieren des Urteils und durch eine gute Zusammenarbeit mit den Verbänden gelungen.

(Ulf Thiele [CDU]: Herr Scholing!)

- Erinnern Sie sich an die Pressemitteilung? - Ich erinnere mich daran, Herr Thiele! Das war gut gelaufen!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das immer wieder herbeigeredete Chaos ist nicht eingetreten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Sie müssten einmal Ihr eigenes Gesicht sehen!)

740 Stellen wurden zur Verfügung gestellt, und ich meine - die genaue Zahl habe ich jetzt nicht im Kopf -, 500 wurden sehr zügig besetzt. Für die fehlenden Stellen wurden Konzepte entwickelt - übrigens in enger Abstimmung mit den Verbänden. Das ist von vielen Seiten so gesehen worden.

Ich möchte dazu aus einer Pressemitteilung zitieren:

„Insgesamt sei ... mit dem von Lehrerorganisationen und Kultusministerium gemeinsam getragenen Maßnahmenbündel alles Erdenkliche getan worden, um unter den gegebenen äußerst schwierigen Umständen und unter Berücksichtigung der Bewerberlage das Bestmögliche zu erreichen.“

Wissen Sie, von wem diese Pressemitteilung stammt? - Vom Philologenverband! Er ist nicht gerade dafür bekannt, der rot-grünen Landesregierung supernahe zu stehen.

„Anlass zur Panikmache bestehe daher nicht“, so endet die Pressemitteilung des Philologenverbandes.

des. Da hätten Sie also die Gelegenheit gehabt, um zu loben, nämlich zu sagen: Das ist gut gelaufen. - Diese Gelegenheit haben Sie verpasst.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Insgesamt würde ich dazu raten, ein Entsorgungskonzept für Anträge zu erarbeiten, die man wirklich nicht mehr braucht. Das wäre an dieser Stelle hilfreich gewesen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Seefried, eines kann ich Ihnen positiv nachsagen: Natürlich haben wir im Moment erhebliche Herausforderungen zu bestehen. Das ist uns allen bekannt. Es gibt Brennpunktschulen, die mit dieser Problematik zurzeit in einem so hohen Maße befasst sind, dass sie wirklich am Rand ihrer Möglichkeiten sind. Das liegt aber nicht in der Verantwortung von irgendjemandem, der irgendetwas nicht gesehen hat, sondern das ist die Situation, mit der wir umgehen.

Ich jedenfalls erkenne immer noch eine enorm hohe Bereitschaft, Wege zu finden und nicht immer nur zu schauen, wo der Schuldige ist. Vielmehr wird geschaut, was getan werden kann, damit wir die Probleme gut lösen können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Scholing. - Auf Ihre Rede folgt eine Kurzintervention des Kollegen Seefried. Bitte, Herr Seefried!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Herr Scholing, wie können Sie hier etwas als überholt und für erledigt erklären, wenn wir wissen, dass von den 740 Stellen, die durch das Gerichtsurteil ausgelöst worden sind, derzeit, wie Sie selbst sagten, nur rund 500 Stellen besetzt sind? - Das heißt, weitere 250 Stellen sind offen.

Weiterhin ist im Detail nicht geklärt, wie die Mehrarbeit ausgeglichen wird. Ferner ist die neue Arbeitszeitverordnung, die aufgrund des Gerichtsurteils geändert werden musste, bis heute nicht offiziell in Kraft. Bis heute besteht keine Einigkeit darüber, wie die Mehrarbeit finanziell angemessen ausgeglichen wird. Heute besteht die Situation,

dass den Lehrkräften Bescheide darüber ausgestellt worden sind, wie sie finanziell für die Mehrarbeit entschädigt werden sollen, obwohl die Verordnung nicht in Kraft ist, weshalb diese Bescheide für ungültig erklärt und zurückgezogen werden. Das ist die Praxis, wie sie sich derzeit an unseren Schulen darstellt und wie hier im Hinblick auf die Mehrarbeit mit den Lehrkräften umgegangen wird!

Des Weiteren wissen wir, dass es diese Landesregierung nicht schaffen wird, im Durchschnitt eine Unterrichtsversorgung von 100 % in Niedersachsen zu gewährleisten. Das werden Sie nicht hinkriegen! Die Verantwortung für diese Situation haben Sie selbst zu tragen.

Das Erschreckende daran ist aber: Mich erinnert das an die Entwicklung, wie wir sie bei dem Regierungswechsel 2002/2003 hatten. Wir sind diejenigen, die das ausbaden müssen, was Sie gerade zu verantworten haben. Wir sind diejenigen, die beim nächsten Regierungswechsel genau diese Stellen besetzen müssen, weil wir plötzlich ein G 9 und eine Oberstufe ohne Lehrkräfte haben, weil die Unterrichtsversorgung nicht gewährleistet ist, weil Sie nicht eingestellt haben.

Herr Scholing, Sie stehen vor einem Scherbenhaufen!

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Nein! Er sitzt vor einem Oppositionspolitiker!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Kollege Scholing antwortet auf die Kurzintervention. Bitte!

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Herr Seefried, Sie haben erstens noch ordentlich viel Zeit, bis Sie wieder in der Regierungsverantwortung sind, um dann die Unterrichtsversorgung wieder auf den Weg bringen. Das finde ich zu nächst einmal sehr beruhigend.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Zweitens erinnere ich daran: Das Urteil des OVG kam Anfang Juni. Da haben alle, die mit Bildung, mit Schule, mit Planung von Schule zu tun haben, die Muffe gekriegt. Ich sage das ganz offen: Auch ich habe sie bekommen. Ich habe mich wirklich gefragt, wie es gelingen kann, für das neue Schuljahr an den Gymnasien - eine wichtige Schulform; ich glaube, das muss immer wieder betont werden, damit kein falscher Verdacht aufkommt - die Unterrichtsversorgung so auf den Weg zu bringen, dass

das große Chaos *nicht* ausbricht. Ich sage noch einmal: Das ist gelungen!

Wenn über 500 Stellen besetzt werden konnten, so ist das eine wirklich enorme Leistung. Wer sich ein bisschen mit Stellenbesetzungsverfahren an Schulen auskennt und sich bewusst ist, wie sorgfältig sie abgearbeitet werden müssen - alles muss selbstverständlich rechtssicher gemacht werden -, weiß - und das behaupte ich weiterhin -: Es ist erstaunlich, wie positiv das abgearbeitet worden ist.

Es ist auch positiv, dass es nach den ganzen Auseinandersetzungen - Herr Seefried, wir hatten diese Auseinandersetzungen an den Schulen; das ist völlig richtig; ich habe an zahlreichen Podiumsdiskussionen teilgenommen, und sie waren jeweils nicht besonders erfreulich für mich - und trotz dieser schwierigen Ausgangssituation gelungen ist, die Lehrerverbände mit ins Boot zu holen und mit ihnen gemeinsam Wege zu finden. Das ist gelungen!

Natürlich, ich erinnere daran: Anfang Juni kam das Urteil. Ich bekomme weiterhin die positiven Rückmeldungen: Wie gut, dass ihr so schnell reagiert habt!

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Wir fahren in der Beratung fort. Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bratmann.

Christoph Bratmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Seefried, ich habe mich ja schon daran gewöhnt, dass bei jedem Antrag - egal, zu welchen Schwerpunktthemen - zum Bereich Bildung Generaldebatten geführt werden, insbesondere von Ihnen, und zwar immer mit den gleichen Textbausteinen - von „Bankrott“ und „Chaos“ ist dann die Rede -,

(Kai Seefried [CDU]: Das habe ich schon mehrfach gehört!)

wobei sie durchaus inflationär gebraucht werden. Sie werden außerdem zum Teil sehr monoton vorgetragen. Von daher wirkt das schon ein bisschen einschläfernd.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Ich freue mich aber schon auf den Wortbeitrag des Kollegen Försterling - er hat seine Wortmeldung schon abgegeben -; denn er trägt das zumindest etwas spritziger vor. Wir werden sehen!

Interessant ist doch, mal wieder darauf zu gucken, was mit dem Antrag bezweckt wird. Das hat eben auch der Kollege Scholing gesagt und angeführt, dass dieser Antrag schon längst von der Wirklichkeit überholt wurde. Das war er bereits bei seiner Einbringung im Juli dieses Jahres.

Gerne wiederhole ich den Titel des Antrags. Er ist etwas sperrig und etwas reißerisch und lautet: „Für mehr Lehrkräfte, gegen drohenden Stundenausfall: Mit einem Sofortprogramm den rot-grünen Bildungsbankrott verhindern - guten Unterricht an allen Schulformen sicherstellen!“ Dieser Antrag wird heute zu Recht abschließend abgelehnt, wie ich prognostiziere; denn, wie gesagt, dieser Antrag war schon bei seiner Einbringung im Juli von der Wirklichkeit überholt.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber worum geht es im Kern? - Im Kern geht es darum, nach dem OVG-Urteil zur Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien vom 9. Juni dieses Jahres mit einem Sofortprogramm mehr Lehrkräfte einzustellen, drohenden Unterrichtsausfall zu verhindern und mit den Interessenvertretungen für eine sachgerechte Kompensation der Mehrarbeit zu sorgen. Darüber hinaus fordert man mit dem Antrag, dass wieder Klassenfahrten stattfinden sollen. Außerdem wird eine wissenschaftlich begleitete Erhebung zur Lehrerarbeitszeit gefordert, auf die ich später noch zurückkommen werde.

Wir können aber erst einmal darauf gucken, dass der Schulstart vor gut fünf Wochen Anfang September unter guten Rahmenbedingungen erfolgt ist, was auf die rot-grüne Landesregierung zurückzuführen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir können zufrieden feststellen, dass über 90 % der 2 500 ausgeschriebenen Lehrerstellen bereits besetzt werden konnten.

Wir können auch feststellen, dass sechs neue Gesamtschulen an den Start gehen und kein einziges Gymnasium dafür weichen musste. Wir haben hier die Horrorszenarien gehört - ich glaube,

die FDP hat das verbreitet -, dass es landesweit bald nur noch 30 Gymnasien geben würde. Es war von „Brandrodung“ die Rede. Wir stellen jetzt fest: Wir haben mit der Schulgesetznovelle ein Gymnasialfördergesetz verabschiedet. Die Gymnasien erfreuen sich größter Beliebtheit, und zwar durch die Einführung des modernen G 9.

(Zustimmung bei der SPD)

Tatsächlich ist es so, dass beispielsweise in Hannover die Errichtung eines weiteren Gymnasiums geprüft wird. In der Stadt Gifhorn wird die Errichtung eines weiteren Gymnasiums geprüft. Ich komme aus Braunschweig. Uns liegen die Zahlen der Schulanwahl vor.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Für die Gymnasien gehen die Zahlen deutlich nach oben, zum Teil sogar etwas zulasten der Integrierten Gesamtschulen. Von einem Wettbewerbsnachteil, wie er in den letzten zweieinhalb Jahren immer wieder beschrieben worden ist, kann also überhaupt keine Rede sein.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Bratmann, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Ich bitte alle darum, Ruhe in den Plenarsaal einkehren zu lassen, bevor Sie fortfahren. - Bitte!

Christoph Bratmann (SPD):

Es liegen 86 Anträge auf Errichtung einer Ganztagschule vor. Der Ganztagschulausbau kommt wegen der Schulgesetznovelle voran. Auch das ist positiv.

Und die inklusive Beschulung - eine besonders große Herausforderung mit vielen unterschiedlichen Meinungen und Sichtweisen; das ist völlig klar - wird weitergeführt. Die kommt voran. Die Landesregierung hat gut daran getan, in der mittelfristigen Finanzplanung über 1 Milliarde Euro dafür in den Haushalt einzustellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Von daher sind das gute Rahmenbedingungen, die wir zum Schulstart 2015/2016 haben. Man kann es nicht anders sagen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Bratmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Seefried zu?

Christoph Bratmann (SPD):

Nein, ich möchte gern weiter ausführen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Dann fahren Sie bitte fort.

Christoph Bratmann (SPD):

Auch die Interessenvertretungen der Lehrkräfte - sie sind ja eben schon angesprochen worden - äußern sich zufrieden, insbesondere was die zügige Umsetzung des OVG-Urteils angeht. Schon bei Einbringung dieses Antrags im Juli habe ich den Kollegen Eberhard Brandt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zitiert. Der hat sich mit recht deutlichen Worten über die Einbringung dieses Antrags geäußert. Er hat sinngemäß gesagt, dass das komplett überflüssig ist. Ich will das gar nicht wiederholen.

Heute beziehe ich mich ebenso wie der Kollege Scholing auf den Philologenverband. Kollege Scholing hat gesagt, der Philologenverband ist tatsächlich unverdächtig, eine Vorfeldorganisation rot-grüner Bildungspolitik zu sein, und wir haben ja immer wieder insbesondere mit Herrn Audritz, dem Vorsitzenden vom Philologenverband, konstruktive Auseinandersetzungen.

Aber Horst Audritz hat sich sehr positiv geäußert, was die Umsetzung des OVG-Urteils angeht, und hat da sinngemäß gesagt: Das Land hat in einem Kraftakt zügig die erforderlichen Lehrerstellen zur Verfügung gestellt, 500 Stellen ausgeschrieben, die inzwischen zum größten Teil besetzt werden könnten; weitere Unterrichtsstunden im Gegenwert von schätzungsweise 150 bis 200 Lehrerstellen würden durch den Verzicht von Teilzeitlehrkräften auf Kürzung ihres Stundenumfanges sowie durch freiwillige Mehrarbeit von Lehrkräften gewonnen.

Ich zitiere Horst Audritz abschließend. Er sagt:

„Insgesamt sei ... mit dem von Lehrerorganisationen und Kultusministerium gemeinsam getragenen Maßnahmenbündel alles Erdenkliche getan worden, um unter den gegebenen äußerst schwierigen Umständen und unter Berücksichtigung der Bewerberlage das Bestmögliche zu erreichen. Die Situation werde sich weiter entspannen, wenn im Januar 2016 ein neuer Jahrgang junger Lehrer die Ausbildung abgeschlossen habe und für Einstellungen zur Verfügung stehe.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Horst Audritz hat an dieser Stelle mal ausgiebig recht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD)

Und er stellt eines heraus, was ich hier auch noch einmal gern erwähnen würde. Für diesen Kraftakt - es war tatsächlich ein Kraftakt - gebührt doch vielen Menschen Dank. Zum einen gebührt den Lehrkräften und den Schulleitungen Dank für ihre Kooperationsbereitschaft in dieser schwierigen Situation.

(Zustimmung von Heinrich Scholing
[GRÜNE])

Es gebührt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesschulbehörde und vor allen Dingen auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kultusministeriums besonderer Dank, dass sie schnell, umsichtig und sehr kompetent gehandelt haben. Und nicht zuletzt gebührt auch der Kultusministerin Dank. Denn sie hat umgehend nach dem OVG-Urteil die richtigen Schlüsse gezogen, hat sofort den Dialog mit den Verbänden aufgenommen und hat mit diesen Verbänden gemeinsam schnelle und pragmatische Lösungen gefunden. Das war gut, das war richtig, und das Ergebnis sehen wir jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD)

Zu den beiden letztgenannten Punkten!

(Zuruf von Christian Grascha [FDP] -
Glocke der Präsidentin)

Der Grund für den Boykott von Klassenfahrten fällt weg. Von daher haben schon viele Gymnasien signalisiert, dass sie wieder Klassenfahrten durchführen werden. Außerdem ist ein Klassenfahrtserlass gerade in der Beratung. Da gibt es noch einige kritische Punkte, aber auch dieser Klassenfahrtserlass wird zu Verbesserungen führen.

Über die letzte Forderung in diesem Antrag haben wir hier ja schon mehrfach diskutiert. Es wird von schwarz-gelber Seite ja immer so dargestellt, als seien Lehrkräfte erst seit zweieinhalb Jahren in Niedersachsen belastet. Die Kollegin Hamburg hat das ja schon durch ihre Zwischenfrage entlarvt. Dem ist nicht so, sondern es war tatsächlich ein gut gefüllter Topf an Belastungen, und wir müssen zugeben, die Mehrarbeit, die höhere Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien war dann wohl der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht

hat. Das haben wir hier auch schon mehrfach diskutiert, natürlich auch selbstkritisch.

Ich habe in vorangegangenen Reden zu diesem Thema bereits auf die Beispiele Nordrhein-Westfalen und Hamburg hingewiesen. Nordrhein-Westfalen hat eine umfangreiche Erhebung gemacht, um die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrkräften wissenschaftlich zu erfassen. Man ist im Schnitt auf 50 Stunden die Woche gekommen. Wirkliche Folgen hat das nicht gehabt. Tatsächlich haben die Gymnasiallehrer in Nordrhein-Westfalen eine Unterrichtsverpflichtung von 25,5 Stunden. Das heißt, es stellt sich in dem Zusammenhang die Frage: Welche Schlussfolgerungen wollen wir denn ziehen, wenn wir eine solche Erhebung machen, oder wollen wir beispielsweise ein Modell wie in Hamburg haben, wo die Lehrarbeit faktoriert ist, was eine erhebliche Mehrarbeit bei der Dokumentation der tatsächlichen Arbeitszeiten mit sich bringt?

Die Verbände haben gesagt, im Moment bedürfe es einer so breit angelegten wissenschaftlichen Erhebung der tatsächlichen Lehrerarbeitszeit im Land nicht, es bedürfe vielmehr des Dialogs zum Thema Belastungen am Arbeitsplatz Schule.

(Glocke der Präsidentin)

Diesen Dialog wollen wir führen, diesem Dialog werden wir uns stellen.

(Astrid Vockert [CDU]: Reden, reden,
reden! Handeln ist gefordert!)

Und das wird eine Aufgabe sein, die uns noch die nächsten Jahre beschäftigen wird. Denn der Arbeitsplatz Schule ist mit vielfältigen Belastungen gesegnet. Es lohnt sich nicht, und es macht keinen Sinn, sich da nur auf die Lehrerarbeitszeit zu fokussieren. Denn der Hebel, den wir in der Lehrerarbeitszeit haben, ist kaum gegeben. Wir müssten generell absenken. Aber das können wir nicht, das ist nicht finanzierbar, und das ist hinsichtlich des Bedarfs an Lehrkräften auch grundsätzlich nicht machbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Genau, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Christoph Bratmann (SPD):

Der Antrag hat sich überholt. Ich prognostiziere, er wird abgelehnt. Das ist auch gut so. Wir haben die

richtigen Schlüsse gezogen. Von daher bin ich zum Schulstart 2015/2016 sehr zufrieden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Zu einer Kurzintervention auf Sie, Herr Kollege Bratmann, hat sich Herr Kollege Seefried gemeldet. Bitte!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Da die Redner von SPD und Grünen ja so souveräne Redner sind und keine Zwischenfragen zulassen,

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Glocke der Präsidentin)

nutze ich das Mittel der Kurzintervention. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen.

Herr Bratmann, Sie haben gelobt, dass Sie mit diesem Schulgesetz doch die Gymnasien stärken, und Sie haben gelobt, dass dadurch ja gar nicht diese Strukturdiskussion kommt, die von CDU und FDP in die Diskussion immer eingebracht worden ist. Aber Sie wissen ganz genau, dass wir in der Debatte immer deutlich gemacht haben: Diese Schulgesetzänderung hat Konsequenzen für die Gymnasien. Diese Schulgesetzänderung wird aber vor allem die Wahlfreiheit der Eltern einschränken, was die Anwahl von Oberschulen, Realschulen und Hauptschulen betrifft. Das werden die Schulformen sein, die zuerst betroffen sein werden. Genau das haben wir in der Diskussion immer gesagt.

Jetzt frage ich Sie - angesichts dieser Warnung, die wir früh gegeben haben -, wie Sie die Entwicklung in der Stadt Hannover beurteilen, wo jetzt ein Schulentwicklungsplan vorgelegt worden ist, dass man also jetzt in den nächsten Jahren die Schullandschaft so umgestalten möchte, dass es zukünftig nur noch Gesamtschulen und Gymnasien und gar keine andere Schulform in Hannover mehr geben wird. Ist das nicht genau das, was wir im Vorwege prognostiziert haben, oder wie beurteilen Sie das? - Das war die erste Frage.

Die zweite Frage dann noch in aller Kürze hinterher: Sie haben den Klassenfahrtenerlass gelobt, der ja jetzt so viel Verbesserung mit sich bringt. Ich frage mich, wie man Lehrern mehr Geld für Klas-

senfahrten geben will, wenn die Schulen nicht mehr Geld bekommen, um den Lehrern das dann auch geben zu können, und Sie im Gegenteil mit dem Haushalt 2016 die Budgetmittel für die Schulen sogar noch kürzen wollen. Wie passt das denn, bitte schön, zusammen?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Bratmann antwortet Ihnen. Bitte!

(Astrid Vockert [CDU]: Aber antworten, nicht schönreden!)

- Frau Kollegin Vockert, das entscheidet Herr Bratmann.

Christoph Bratmann (SPD):

Frau Kollegin Vockert, wir kennen uns ja aus dem Kultusausschuss, und Sie wissen, dass ich immer fundiert antworte, wenn ich denn gefragt werden. Ich will zumindest versuchen, das jetzt hoffentlich auch zu Ihrer Zufriedenheit zu tun.

Zum Ersten: Wir haben ja hier die Debatte schon mehrfach geführt, dass Schwarz-Gelb behauptet, die Wahlfreiheit wird eingeschränkt. Ich glaube, das ist ein ziemlicher Popanz. Denn die Wahlfreiheit vor Ort - wenn wir einmal ins Land gucken, sieht man das - wird nicht eingeschränkt durch die Schulgesetznovelle. Im Gegenteil, da gibt es für die Schulträger mehr Möglichkeiten. Wir bauen da auch sehr stark auf die Schulträger und haben großes Vertrauen, dass die vor Ort schon die richtige Schullandschaft vorhalten, die sie benötigen. Denn wir haben nun einmal im Oberharz andere Verhältnisse als in der Stadt Hannover oder in Wolfsburg andere Verhältnisse als in Cuxhaven.

Die Vielfalt wird in einigen Landstrichen vielmehr durch die demografische Entwicklung bedroht,

(Kai Seefried [CDU]: In der Stadt Hannover, ja!)

dass Schulen geschlossen werden, weil sie nicht mehr hinreichend angewählt werden. Da können die Schulträger auch gar keinen anderen Schluss ziehen.

Und wenn dann anstelle von Haupt- und Realschulen, weil die Eltern sie für ihre Kinder nicht mehr anwählen, beispielsweise eine Integrierte Gesamtschule steht, dann ist das für die meisten Eltern eher ein Gewinn. Und wenn der Schulträger das vor Ort entscheidet, ist das auch richtig so.

(Zustimmung von Gerald Heere
[GRÜNE])

In der Stadt Hannover - das hatte ich eben gesagt - wird gerade geprüft, ein weiteres Gymnasium einzurichten. Von daher kann auch da von Bedrohung der Gymnasien keine Rede sein.

Der Klassenfahrtserlass ist gerade in der Beratung. Das, was mit den Schulbudgets geschieht, muss noch mit dem Kultusministerium beraten werden. Es ist aber auch kein Geheimnis, dass die Schulen insgesamt auf einem nicht unerheblichen Berg von Budgets sitzen. Da muss man gemeinsam mit dem MK die richtigen Schlüsse ziehen, wie zukünftig die Finanzierung von Klassenfahrten erfolgen wird.

Danke.

(Zustimmung bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Wir fahren in der Beratung fort. Das Wort hat Herr Kollege Försterling, FDP-Fraktion.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich relativ leicht für die Koalitionsfraktionen, lobende Worte von Lehrerverbänden aus Pressemitteilungen zu zitieren, weil man ehrlicherweise sagen muss: Die Lehrerverbände hatten von dieser Landesregierung zwischenzeitlich gar nichts mehr erwartet, und dann ist selbst der kleinste Tropfen manchmal genug, um solche Pressemitteilungen auszulösen.

(Beifall bei der FDP)

Tatsächlich kann man feststellen: Das flächendeckende Chaos zum Schuljahresbeginn ist ausgeblieben. Gleichwohl gibt es Schulen mit einer sehr schlechten Unterrichtsversorgung, mit einem wirklich dramatischen Unterrichtsausfall. Darüber haben verschiedene Zeitungen berichtet. Es ist anscheinend nicht gelungen, die Unterrichtsversorgung an den weiterführenden Schulen auf mehr als 100 % zu stemmen.

Das heißt, dass nicht das Angebot, das eigentlich vorgehalten werden müsste, an den Schulen vorgehalten werden kann. Das bedeutet auch, dass keinerlei Kapazitäten vorhanden sind, um beispielsweise bei Krankheitsausfällen zu vertreten. Aufgrund der Tatsache, dass Sie auch an die Altersermäßigung herangegangen sind, kann man

prognostizieren, dass die Krankenstände deutlich steigen werden.

Die kontinuierliche Absenkung der Unterrichtsversorgung - seitdem Sie Regierungsverantwortung tragen - führt auch zu der Situation, dass die Schulen jetzt überhaupt nicht mehr flexibel auf die schulpflichtigen Flüchtlingskinder reagieren können - weil sie bereits im Regelbetrieb an ihrem Limit sind und die Flüchtlingskinder die Situation in den Schulen jetzt noch verschärfen werden. Da helfen die Stellen, die Sie jetzt im Nachtragshaushalt ausgebracht haben, auch nicht.

Angesichts dieser Tatsache möchte ich gerne einmal eine Antwort von der Landesregierung, wie die 240 Vollzeitlehreereinheiten, die jetzt durch die Mehrarbeit der Lehrkräfte erwirtschaftet werden - das sind die Stellen, die nicht besetzt werden konnten -, künftig zurückgezahlt werden sollen. Wir alle wissen, dass der Bewerbermarkt im Lehrerbereich leergefegt ist. Das wird möglicherweise auch dazu führen, dass die ausgeschriebenen Stellen für die Sprachförderung nicht besetzt werden können. Im folgenden Jahr müssen Sie diese 240 Vollzeitlehreereinheiten, die jetzt durch Mehrarbeit abgeleistet werden, aber an die Lehrkräfte zurückzahlen. Das haben Sie versprochen. Bisher gibt es überhaupt kein Konzept, wie Sie das machen wollen.

Und angesichts der Flüchtlingsströme können Sie auch nicht mehr davon sprechen, dass das alles irgendwann über die demografische Rendite laufen wird. Ich kann Ihnen heute sagen, dass es die demografische Rendite im Bildungsbereich nicht geben wird - weil wir bereits Ende dieses Jahres wieder so viele Schüler im Schulbereich wie zum Ende des vergangenen Schuljahres haben werden. Das heißt, der Schülerrückgang durch den demografischen Wandel wird Ende des Jahres schon komplett aufgebraucht sein. Und dann kommt in ein paar Jahren noch der 13. Abiturjahrgang auf Sie zu, und auch da müssen Sie auf einen Schlag 1 250 Lehrer einstellen und die Stellen auch besetzen.

Es fehlt an jeglicher Koordinierung, an jeglicher Verantwortung dieser Landesregierung, heute schon deutlich zu machen, wie Sie die Unterrichtsversorgung in den nächsten Jahren aufrechterhalten wollen. Deswegen ist dieser CDU-Antrag sehr richtig: Er zeigt auf, dass Sie es schon in der Vergangenheit versäumt haben, die richtigen Weichen zu stellen. Und die heutige Diskussion hat noch einmal deutlich gezeigt, dass Sie immer noch nicht

bereit sind, zu handeln, damit die Unterrichtsversorgung in diesem Land auch in den nächsten Schuljahren sichergestellt werden kann.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Försterling. - Für die Landesregierung hat nun Frau Kultusministerin Heiligenstadt das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ziel der Landesregierung, die Schulen mit Lehrkräften zu versorgen, eine gute Unterrichtsversorgung sicherzustellen und gleichzeitig die Bildungsqualität in den Blick zu nehmen, hat oberste Priorität. Das haben wir mit den Einstellungsverfahren zu diesem Schuljahrgang deutlich beweisen können.

Ein besonderes Augenmerk legen wir bei Unterrichtsversorgung auf die Grundschulen.

(Björn Thümmler [CDU]: Deswegen klappt das auch nicht!)

Bei den Verlässlichen Grundschulen rechnen wir auch für den kommenden Schuljahrgang mit einer Unterrichtsversorgung zwischen 101,5 und 102 %. Für alle Schulformen insgesamt gehen wir zu Beginn des ersten Schulhalbjahres 2015/2016 von einer durchschnittlichen rechnerischen Unterrichtsversorgung von um die 99 % aus. Die Unterrichtsversorgung um diesen Wert ist u. a. natürlich auch dadurch hervorgerufen worden, dass wir umgehend, sehr flexibel und auch schon vorausschauend auf die Einstellungen, die wir mit dem zweiten Nachtragshaushalt, den wir vorgestern verabschiedet haben, vornehmen können, reagiert haben.

Die sofortige und unbürokratische Verbesserung der Situation der Beschulung von Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen hat es erforderlich gemacht, das Kontingent für besondere Fördermaßnahmen wie z. B. Sprachlernklassen oder auch spezielle Sprachförderung im Vorgriff auf den zweiten Nachtrag deutlich zu überschreiten. Dabei ist allerdings auch deutlich zu machen, dass die Flüchtlingssituation eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die wir auch nur gemeinsam bewältigen können. Herr Seefried, ich nehme sehr gerne Verantwortung für viele Aufgaben im Bildungsbereich auf mich. Dafür, dass wir Flüchtlinge in nie-

dersächsische Schulen bekommen, kann ich allerdings keine Verantwortung übernehmen - aber das ist eine Aufgabe, der wir uns gerne stellen, weil wir die jungen Flüchtlingskinder hier willkommen heißen wollen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Ministerin, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? - Es finden intensivste Beratungen im Plenum statt, und zwar auf allen Flügeln dieses Hauses. Wir werden erst fortfahren, wenn Sie Ihre Beratungen beenden. - Bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Der Landtag hat vorgestern den zweiten Nachtragshaushalt mit zusätzlichen Ressourcen in einer Größenordnung von mehr als 700 Stellen insbesondere für dieses Thema beschlossen.

In Bezug auf die Entscheidung des OVG Lüneburg zur Lehrerarbeitszeit an Gymnasien ist das Gesamtpaket zur Sicherung der Unterrichtsversorgung einvernehmlich mit den bildungspolitischen Verbänden - insbesondere GEW, Direktorenvereinigung, Schulleitungsverband und Philologenverband - erzielt worden. Es bestand ein großer Konsens hinsichtlich der möglichst hohen Anzahl von Neueinstellungen von Lehrkräften und auch einer fairen regionalen Verteilung der Stellen sowie hinsichtlich einer verlässlichen Ausgestaltung des Arbeitszeitkontos für die kommenden Schuljahre.

Wir haben auch das Einstellungsverfahren zum 31. August 2015 erfolgreich abschließen können. Danach wurden zu Beginn des Schuljahres 2015/2016 mehr als 2 570 Lehrkräfte neu eingestellt, davon mehr als 700 Lehrkräfte in den von der Entscheidung des Obergerichtes betroffenen Schulformen. Dieses Ergebnis ist nur deshalb möglich gewesen, weil die Schulleitungen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niedersächsischen Landesschulbehörde und des Kultusministeriums sehr tatkräftig und konstruktiv zusammengearbeitet haben. Auch dafür spreche ich allen Betroffenen ganz herzlich meinen ausdrücklichen Dank aus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Arbeitszeitverordnung „Schule“ wird auf den Weg gebracht. Sie wird voraussichtlich in der nächsten Kabinettsitzung vom Kabinett verabschiedet werden. Wir haben bereits mit einer Vorgriffsregelung ab dem 2. September, also schon einen Tag vor Schulbeginn in diesem Schuljahr,

die entsprechende Rechtssicherheit herstellen können.

Zur Frage nach der tatsächliche Arbeitszeit der Lehrkräfte und einer entsprechenden Erhebung bei allen Schulformen hat Herr Bratmann schon ausgeführt, dass eine wissenschaftliche Erhebung im Schuljahr 2015/2016, wie in dem Entschließungsantrag gefordert, kurzfristig gar nicht durchführbar und im Übrigen von den bildungspolitischen Verbänden auch nicht gewollt ist. Im Gegenteil: Hier möchten insbesondere die Gewerkschaften und die bildungspolitischen Verbände im Rahmen eines Dialogs einen Konsens dahin gehend erreichen, dass die Vorbereitung und Umsetzung einer derartigen Erhebung eines gründlichen und durchdachten Prozesses bedarf. Auch dafür brauchen wir Zeit, die wir uns mit den Verbänden auch gerne nehmen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich am Ende noch mit einem Märchen aufräumen, das Herr Seefried im Zusammenhang mit den Klassenfahrten hier erneut aufgetischt hat. Das Schulbudget ist im laufenden Schuljahr nicht gekürzt, sondern sogar um 5 % erhöht worden. Es ist im Übrigen stärker erhöht worden, als das zu Ihrer Regierungszeit der Fall war. Auch im kommenden Schuljahr ist beabsichtigt, das Schulbudget anteilmäßig wieder zu erhöhen.

Es geht in der Diskussion ausschließlich um die Übertragung der Reste, die von den Schulen nicht verbraucht wurden. Dazu befinden wir uns in der Prüfung, weil wir uns zum Ende des Jahres mit etwas anderen Rahmenbedingungen auseinandersetzen müssen, als wir das noch bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs getan haben. Auch von daher sind die Schulen bei uns, bei dieser Landesregierung und der sie tragenden Mehrheit in guten Händen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Ministerin, Moment, bitte! Herr Kollege Försterling hatte darum gebeten, eine Frage stellen zu dürfen. Aber er wird das dann sicherlich im Rahmen seiner zusätzlichen Redezeit machen.

Zunächst hat nun Herr Kollege Seefried nach § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung das Wort. Frau Ministerin, Sie haben Ihre Redezeit um knapp zwei

Minuten überzogen. Sie haben drei Minuten, Herr Kollege Seefried.

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Frau Ministerin, ich gebe Ihnen ja recht: Sie tragen nicht die Verantwortung dafür, dass die Flüchtlinge nach Deutschland und nach Niedersachsen kommen. Aber Sie tragen die Verantwortung dafür, wie schlecht unsere Schulen in Niedersachsen darauf vorbereitet sind.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Man kann Ihnen vorrechnen, wie die Situation entstanden ist; denn es ist eben nicht so gewesen, dass Sie rechtzeitig die Weichen für eine gute Unterrichtsversorgung und für Lehrereinstellungen gestellt haben. Im Gegenteil: Sie haben nicht nur die Weichen nicht gestellt, sondern Sie haben sogar das Stoppzeichen aufgestellt - mit Ihrer Entscheidung, die Arbeitszeit für die Lehrkräfte zu erhöhen, keine Einstellungen vorzunehmen und gut ausgebildete Lehrkräfte eben nicht in den niedersächsischen Schuldienst zu holen. Das fällt Ihnen heute auf die Füße, weil diese Lehrkräfte in unseren Schulen nicht vorhanden sind. Das ist Ihre Verantwortung, und die haben Sie zu tragen.

(Beifall bei der CDU)

Daraus ergeben sich natürlich die entsprechenden Konsequenzen, die wir heute in der Praxis in allen Schulen erleben. Wir haben heute und auch in den letzten Tagen ständig darüber diskutiert, dass wir die Sprachlernklassen nicht vernünftig besetzen können und dass nicht ausreichend Personal vorhanden ist, mit dem die Schulen arbeiten können. Wir können das in der *HAZ - Stadtanzeiger West* von heute lesen. Dort ist ein Bericht über die Peter-Ustinov-Schule in Ricklingen, in der auch wieder die Einrichtung einer Sprachlernklasse gescheitert ist, weil die Landesschulbehörde kein Personal zur Verfügung stellen kann.

Sie scheitern an den eigenen bürokratischen Hürden, die Sie aufbauen. Sie geben den Schulen eben nicht die Möglichkeit, flexibel geeignetes Personal einzustellen. Mit Ihrer Politik verhindern Sie, dass diese Lerngruppen, dass diese Sprachlernklassen eingerichtet werden. Auch dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Da Ricklingen nach meiner Kenntnis der Wahlkreis von Herrn Politze ist, erklärt sich wohl auch ein

Stück weit, warum er nicht selbst zu diesem Thema und zur Schulpolitik gesprochen hat. Wahrscheinlich ist es ihm selbst ein bisschen unangenehm, was seine Landesregierung da zu verantworten hat.

(Beifall bei der CDU)

Zum letzten Punkt, den Sie angesprochen haben: den Schulbudgets. Wir werden ja am Ende sehen, was die Wahrheit ist. Im Haushaltsplanentwurf 2016 steht definitiv: Streichung der Schulbudgets um 2,89 Millionen Euro. - Das ist ein Eingriff in diejenigen Kassen, die sich die Schulen angespart haben, um Projekte in den Schulen umzusetzen. Hat das irgendjemand den Schulen vorher gesagt? - Nein, Pustekuchen, so etwas muss man ja nicht machen. SPD und Grüne verordnen einfach, wie es funktionieren soll. Damit machen Sie alles kaputt, was in Niedersachsen an guten Rahmenbedingungen für Bildung notwendig wäre.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun Herr Kollege Försterling, FDP-Fraktion. Für Sie anderthalb Minuten, Herr Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon eine Dreistigkeit, wie vonseiten des Kultusministeriums und der Frau Kultusministerin in den letzten Tagen verbreitet wird, dass das Budget der Schulen in Niedersachsen gesteigert würde. Schauen Sie einmal in Ihren eigenen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2016! Auf Seite 87 des Einzelplans 07 ist das Schulbudget aufgeschlüsselt. Da wird die Summe gezogen: 102,57 Millionen Euro. Und nun gehen Sie bitte auf Seite 85 des Einzelplans 07 für das Jahr 2015! Was stellen Sie fest? - Sie stellen fest, dass das Schulbudget dort 103,02 Millionen Euro beträgt. Und dann haben Sie die Dreistigkeit, sich hier hinzustellen und zu behaupten, das Schulbudget für die Schulen im nächsten Jahr steigt um über 5 %!

(Astrid Vockert [CDU]: Ha, ha!)

Sie argumentieren in der Öffentlichkeit, das Schulbudget würde angeblich 108,6 Millionen Euro betragen, obwohl Ihr eigener Haushaltsplanentwurf etwas anderes sagt.

(Astrid Vockert [CDU]: Unglaublich!)

Die 6 Millionen Euro Differenz - das kann ich Ihnen sagen; das steht nämlich auch, wenn auch ganz klein versteckt, in Ihrem Haushaltsplanentwurf -, Ihre angebliche Steigerung, müssen die Schulen in diesem Jahr selbst erwirtschaften mit den Ausgaberesten, die Sie übertragen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Unfassbar!)

Das heißt, man kann den Schulen sagen: Ihr müsst heute sparen, weil ihr morgen das Geld bei der Ministerin abgeben sollt. - Und Sie stellen sich hier ganz dreist hin und sagen: „Wir steigern das Schulbudget.“ Das ist wirklich schon fast unverschämt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Um zusätzliche Redezeit hat nun auch Herr Scholing, Bündnis 90/Die Grünen, gebeten. Auch für Sie anderthalb Minuten, Herr Scholing.

(Jörg Bode [FDP]: Noch mal nachrechnen!)

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Danke für den Hinweis.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man muss die Dinge doch ein bisschen auseinanderhalten, Herr Försterling.

(Jörg Bode [FDP]: Das war Mathematik!)

Wir reden zunächst einmal über das jährlich zur Verfügung gestellte Budget. Das erhöht sich in Bezug auf die Gesamtzahl der Schulen.

Gleichzeitig kann man dem Haushaltsplanentwurf entnehmen, dass die Übertragung einmalig heruntergefahren werden soll. Ich habe aber von der Ministerin sehr deutlich vernommen, dass das in der Überprüfung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Astrid Vockert [CDU]: Ha, ha! - Christian Dürr [FDP]: Lächerlich!)

Ich sage hier bei einem der letzten Tagesordnungspunkte für heute: Die Aufregung lohnt nicht. Es wird überprüft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Scholing. - Nun hat noch einmal um das Wort gebeten für die Landesregierung Frau Kultusministerin Heiligenstadt. Bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit wir der Märchenstunde aus der CDU-Fraktion von Herrn Seefried ein für allemal ein Ende machen können: Sie behaupten ständig, wir hätten keine Lehrkräfte eingestellt. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe in meinem Wortbeitrag vorhin gerade wieder deutlich gemacht: In Niedersachsen sind mehr als 2 570 Lehrkräfte im Rahmen des Einstellungsverfahrens eingestellt worden. Da müssen wir uns im Reigen der Bundesländer überhaupt nicht verstecken. Im Gegenteil: Wir nehmen damit eine Spitzenposition ein, und das ist gut so für unsere Schülerinnen und Schüler und für unsere Schulen insgesamt im Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Ministerin, darf ich Sie kurz unterbrechen? - Die Kollegen Seefried und Försterling bitten darum, eine Frage stellen zu dürfen.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Die hatten ja jetzt nun genug Zeit zu sprechen.

(Zustimmung bei der SPD - Christian Grascha [FDP]: Das ist ziemlich unsouverän!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Dann fahren Sie fort!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Ich denke, wir können das jetzt zum Ende führen.

Zum Thema Schulbudget: Herr Försterling, nur die Lautstärke eines Redebeitrags hilft noch nicht beim Lesen von Haushaltsplänen und Haushaltsplanentwürfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Er hat die Zahlen genannt, Frau Ministerin!)

Sie werden im Protokoll nachlesen können, dass ich gesagt habe: eine Steigerung des Schulbudgets um 5 % im aktuellen Haushaltsjahr. - Von daher ist Ihre Aufregung hier wohl ausschließlich künstlich gewesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Und jetzt kürzen Sie! - Christian Grascha [FDP]: Also kürzen Sie! 2016 wird also gekürzt!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Es besteht der Wunsch nach zusätzlicher Redezeit nach § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung. Bitte schön, Herr Kollege Seefried, für Sie zwei Minuten!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Da die Ministerin, ähnlich wie die Abgeordneten der SPD und der Grünen, keine Zwischenfragen zulässt, habe ich mit zusätzlicher Redezeit noch einmal die Gelegenheit zu sprechen.

Frau Ministerin, auch wir wollen Ihnen gerne die Gelegenheit zum Lernen geben, so wie Sie es uns gerade auch entgegengehalten haben. Das müssen wir auch gar nicht mit lauten Worten und im lauten Ton tun.

Ganz einfach: Sie haben versucht, uns zu erklären, das Schulbudget sei bei Ihnen jetzt um 5 % erhöht worden. Das, was Sie dort getan haben, sei etwas ganz Herausragendes. - Aber: Diese regelmäßige Erhöhung der Schulbudgets um 5 % hat nichts mit Klassenfahrten und auch nichts mit der Erhöhung irgendwelcher Kosten für die Schulen zu tun. Diese Erhöhung hat es immer gegeben, auch bei CDU und FDP. Das ist der Inflationsausgleich, der bei den Budgets immer automatisch raufgerechnet wird. Das, was Sie hier uns hier als Wohltaten verkaufen wollen, ist nichts Neues.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann kommt es eben genau so, wie es Herr Försterling beschrieben hat: Sie machen jetzt den Griff in die Kasse und greifen auf die Sparbücher der Schulen zurück.

Aber wir haben ja heute vernommen, dass anscheinend der Protest von CDU und FDP für die Schulen Wirkung zeigt und dass das Geld jetzt doch bei den Schulen bleibt. Es ist schön, wenn wir weitergeben können, dass Sie diese Maßnah-

me rückgängig machen und nicht, wie es im Haushaltsplanentwurf steht, umsetzen werden.

Das dritte Märchen, das Sie hier erzählt haben, handelte davon, wie viele Lehrkräfte Sie eingestellt haben. Da würde mich doch einmal interessieren: Wie viele Lehrkräfte haben Sie denn im Jahr 2013 eingestellt, als Sie die falsche Entscheidung getroffen haben, dass die Lehrkräfte eine Stunde mehr arbeiten sollen und die Altersermäßigung abgeschafft wird? - Das hat Ihnen rechnerisch ein Polster von 1 000 Lehrkräften verschafft, die Sie in ebenjenem Jahr nicht eingestellt haben. Das ist genau das Loch, das Sie zu verantworten haben. Das sind die Lehrkräfte, die heute nicht vorhanden sind, weil diese Landesregierung eben nicht eingestellt hat, sondern gut ausgebildete Lehrkräfte in andere Bundesländer geschickt hat. Das war dann das dritte Märchen, das Sie hier erzählt haben.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Seefried. - Herr Kollege Försterling von der FDP-Fraktion hat nun anderthalb Minuten Redezeit.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Frau Kultusministerin bitten, drei Dinge zu klären.

Wie kann sie erklären, dass sie von einer Steigerung spricht, wenn im Einzelplan 07 für das Jahr 2016 nur 102,57 Millionen Euro enthalten sind, während im Einzelplan 07 des Jahres 2015 noch 103,02 Millionen Euro stehen?

Wie kann sie erklären, dass die Pressestelle des Kultusministeriums gegenüber den Medien von 108,6 Millionen Euro Schulbudget spricht, obwohl nur 102,57 Millionen Euro im Haushaltsplanentwurf 2016 veranschlagt sind? Vielleicht muss sie mit dem Herrn Finanzminister noch einmal darüber reden, woher die 6 Millionen Euro Differenz plötzlich kommen sollen, wenn sie jetzt in Aussicht stellt, doch nicht auf die Ausgabereise der Schulen zurückgreifen zu wollen.

Weil die Ministerin betont hat, sie habe immer so viele Lehrer eingestellt, möchte ich die Frau Ministerin bitten, deutlich zu sagen, an welchen Einstellungsterminen in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung vor dem OVG-Urteil die Landesregierung

mehr Lehrer eingestellt hat, als in Pension gegangen sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Försterling. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/3829 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Ausschussempfehlung gefolgt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 24:

Neuregelung und Konzeptualisierung der Schulsozialarbeit in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/4354

Zwischen den Fraktionen wurde vereinbart, auf eine Aussprache zu verzichten und unmittelbar zur Ausschussüberweisung zu kommen.

Federführend soll der Kultusausschuss, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Sie haben so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 25:

Teilhabe ermöglichen - Zugang zu Bildung schaffen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4355

Auch hier soll unmittelbar zur Ausschussüberweisung übergegangen werden, was ich hiermit tue.

Federführend soll der Kultusausschuss, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Sie haben so beschlossen.

Wir sind am Ende der Tagesordnung.

Ich komme zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnittes.

Der nächste, der 29. Tagungsabschnitt ist vom 11. bis zum 13. November vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Schluss der Sitzung: 12.54 Uhr.